grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte
herbst_2005 preis_euro_4.80

widerruflichkeit der normalität:
prekarität und prekarisierungen

angelsächsischer elfenbeinturm:
marxsche wert- und krisentheorie

immaterielle arbeit:
subjektivität und territorialität

kämpfe im kapitalismus:
silver, castel, hardt und negri

MIT NACHDRUCK:
harry cleaver: das kapital politisch lesen



außerdem: buchbesprechung,
virno-lesekreis, erwerbslosenkonferenz

Inhaltsverzeichnis

[1] Impressum Seite 2

[2] Editorial, Veranstaltungen, Bemerkungen, Projekte Seite 3

[3] Die Widerruflichkeit der Normalität.
Über Prekarität und Prekarisierungen [Martin Dieckmann] Seite 8

[4] Marxsche Wert- und Krisentheorie. Ein Bericht
aus dem angelsächsischen Elfenbeinturm [Engelbert Stockhammer] Seite 15

[5] Immaterielle Arbeit, Subjektivität und Territorialität [Max Henninger] Seite 25

[6] Politik der gesellschaftlichen Arbeit. Kämpfe im Kapitalismus bei Silver,
Castel und Hardt/Negri [Stephan Adolphs, Serhat Karakayali] Seite 38

[7] MIT NACHDRUCK: Reading Capital Politically – Das Kapital lesen,
aber politisch (Kapitel 5: Die Wertform) [Harry Cleaver] Seite 46

[8] Buchbesprechung Seite 65

Die offenen Redaktionstreffen der **grundrisse** finden jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen. Unser „Hauptquartier" befindet sich bis auf Widerruf in der Martinstraße 46, 1180 Wien. Weitere Infos unter: www.grundrisse.net und unter grundrisse@gmx.net
Ein Jahresabo kostet für 4 Nummern Euro 18,-, **das 2-Jahres-Abo nur 33,- Euro**!

Bestellungen bitte entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A - 1180 Wien. Bankverbindung: Österreich: (K. Reitter), BAWAG Konto Nr. 03010 324 172, Bankleitzahl 14000. Seit 1. 7. 03 kann aus allen Ländern mit EU Währung spesenfrei auf unser Konto überwiesen werden. Anzugeben sind: Betrag in Euro, BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter und der Zahlungszweck, z.B. Abo ab Nr...

Impressum: Medieninhaberin: Partei „grundrisse" Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion „grundrisse" (Wolfgang Bacher, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Birgit Mennel, Franz Naetar, Paul Pop, Karl Reitter, Klaus Zoister)
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Stephan Adolphs, Martin Dieckmann, Max Henninger, Serhat Karakayali, Engelbert Stockhammer
Graphikkonzept: Harald Mahrer
Erscheinungsort: Wien; Herstellerin: Digidruck, 1030 Wien
Offenlegung: Die Partei „grundrisse" ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse. Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

ISSN: 1814-3156
Key title: Grundrisse (Wien, Print)

Editorial

Liebe LeserInnen, eigentlich sollten hier Berichte über unser Sommerseminar „Kapitalismus, Geschlechterordnung und Revolution“ stehen. Da es aber so verschiedene Sichtweisen (und zurükkgestellte Beiträge) dazu gibt, die noch diskutiert werden müssen, werden die Berichte erst in den nächsten grundrissen zu lesen sein.

Die Texte sind diesesmal sehr (post)operaismuslastig, was eine starke Tendenz in der Redaktion bestätigt. Allerdings ist dies die erste Ausgabe der **grundrisse**, in der sich kein Text eines Redaktionsmitglieds findet - was uns sehr freut. Weniger erfreulich ist dagegen - auch darauf wird in der oben bereits angedeuteten Auseindandersetzung im Gefolge unseres Gender-Seminars noch zurückzukommen sein - die rein männliche Autorenschaft dieser Nummer.

Der Artikel von Martin Dieckmann beruht auf seinem Referat am diesjährigen Buko-Kongress in Hamburg und stellt eine erfrischende Perspektive auf das Themenfeld Prekarität und Prekarisierung vor. Da diese Thematik bereits im Umfeld des Euromayday sowie im Beitrag von Gundula Ludwig und Birgit Mennel in der vorigen Ausgabe der **grundrisse** einen hohen Stellenwert einnahm und - nimmt, würden wir auch über weitere Beiträge zu diesem Thema freuen. Wir laden alle Interessierten ein, uns Artikel (nicht nur) zu diesem Thema zu schicken.

Da wir immer wieder versuchen, über den deutschsprachigen Tellerrand hinauszublicken, findet ihr des weiteren einen Artikel über die marxistische Diskussion im angloamerikanischen Raum von Engelbert Stockhammer. Da es Widerspruch gegen die „mathematisierte“ Lesart von Marx gab, sind auf den folgenden Seiten kritische Anmerkungen dazu von Karl Reitter zu lesen. Max Henningers Beirag nimmt aus einer postoperaistischen Sichtweise das Verhältnis von immaterieller Arbeit und Subjektivität in den Blick und verknüpft seine Analyse mit der Ideologietheorie Louis Althussers. Adolphs und Karakayali vergleichen die Kämpfe im Kapitalismus, wie sie von Beverly Silver und Robert Castel gesehen werden, um anschließend die Sichtweise von Hardt und Negri als diejenige zu bewerten, welche die Kämpfe der Multitude am besten zum Ausdruck bringt. In der Rubrik „MIT NACHDRUCK“ freuen wir uns, euch die deutsche Erstübersetzung eines Kapitels von Harry Cleavers Buch „Reading Capital Polititcally“ zu präsentieren. Darin geht es um die Entwicklung der Marxschen Wertformanalyse in ihrer Beziehung zum Klassenkampf.

Auf den folgenden Seiten findet ihr außerdem Einladungen zu Aktivitäten, an denen die **grundrisse** aktiv sind: Ein Arbeitskreis wird sich mit Paolo Virnos „Grammatik der Multitude“ beschäftigen, außerdem beteiligen wir uns sowohl am Kongress zum Garantierten Grundeinkommen in Wien als auch an der geplanten Erwerbsarbeitslosenkonferenz. Zu guter Letzt möchten wir uns bei Clemens, Gerold und Roland für Übersetzungs- und Lektoratsarbeiten bedanken und freuen uns wie immer über neue Abos.

die **grundrisse**-redaktion





Die Grammatik der Multitude lesen: Eine Einladung

Der Begriff der **Multitude** (übersetzbar mit „Menge“, „Die Vielen“) gewinnt in der gegenwärtigen Debatte immer mehr an Bedeutung. Ursprünglich von Spinoza entwickelt, wurde er unter anderem durch die Arbeiten von Michael Hardt und Antonio Negri in die Diskussion eingeführt. Was unter Multitude zu verstehen sei, was dieser Begriff leistet und was nicht, in welchem Verhältnis er zum Begriff der ArbeiterInnenklasse steht, diese Fragen werden in der Auseinandersetzung äußerst kontrovers beantwortet.

Im Herbst dieses Jahres wird nun endlich die nach der englischen auch die deutsche Übersetzung von Paolo Virnos „La grammatica della moltitudine“, zu Deutsch: „Grammatik der Multitude. Zur Analyse zeitgenössischer Lebensformen“ erscheinen. Dieser Text ist aus mehren Gründen bemerkenswert. Virno, ein wichtiger Vertreter des italienischen Postfordismus, hat darin mündlich vorgetragene Referate schriftlich festgehalten. Das gesprochene Wort ist im Text noch zu spüren, er ist daher sehr präzise, fast thesenartig vorgetragen, lebendig und anschaulich. Obwohl Virno sehr komplexe philosophische Themen bemüht, können auch jene der Argumentation und Darstellung folgen, die mit den Referenzen nicht so vertraut sind, die Grammatik der Multitude ist kein Insidertext. Auch der Umfang hält sich in Grenzen, er umfasst kaum mehr als 100 Seiten. Einerseits stellt dieser Text eine präzise Untersuchung des Begriffs der Multitude dar, nach dem Erscheinen von „Grammatik der Multitude“ zielt der gerne erhobene Vorwurf der Schwammigkeit und Vagheit endgültig ins Leere. Andererseits - der Untertitel „Zur Analyse zeitgenössischer Lebensformen“ legt dies ja nahe - verknüpft Virno die philosophische Untersuchung des Begriffs durchgehend mit der Analyse der postfordistischen Arbeits- und Lebensverhältnisse. Der philosophische Diskurs ist mit soziologischen und empirischen Befunden verknüpft. Ein Faktum, das diesen Text zusätzlich für eine genaue Debatte prädestiniert.

Wir werden daher einen Lesekreis zu diesem Buch initiieren. Struktur und Ablauf wollen wir nicht vorwegnehmen sondern auf einem ersten Treffen mit all jenen gemeinsam bestimmen, die am Arbeitskreis Interesse haben. Eine erste Zusammenkunft wird Ende Oktober stattfinden. Informationen findet ihr nicht nur rechtzeitig auf unserer Homepage **www.grundrisse.net**, es wird auch eine diesbezügliche Aussendung geben. Wer daher in unseren Mailverteiler aufgenommen werden möchte, möge eine kurze Nachricht an **grundrisse@gmx.net** schicken.

Bemerkungen zum Artikel von Engelbert Stockhammer

Vorweg möchte ich festhalten, dass es Engelbert Stockammer in dankenswerter Weise gelingt, unseren LeserInnen, aber auch der Redaktion einen Einblick in eine wenig bekannte, aber um so komplexere Debatte zu geben. Die mathematisierte Rezeption der Marxschen Kategorien im englischsprachigen Raum ist hierzulande wenig bekannt und kaum diskutiert. Aber schon die Verwendung des Ausdrucks „Elfenbeinturm“ im Titel will ja wohl anzeigen, dass diese Debatte insgesamt irgendwie schief liegt. Wenn es also ein gemeinsames Defizit gibt, worin mag es bestehen?

Nach meiner Auffassung wird der mögliche Gewinn, der sich aus der Formalisierung und Mathematisierung der Marxschen Begriffe ergibt notwendigerweise durch massiven Verlust an Aussage- und Analysekraft erkauft. Ich sehe mich dabei durchaus in Übereinstimmung mit dem Autor, der etwa im Abschnitt zum so genannten Transformationsproblem schreibt: „*Es geht also ausschließlich um die quantitativen, nicht um den qualitativen Aspekt der Werttheorie. Phänomene wie Warenfetischismus spielen daher keine Rolle.*“ Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Abstraktion von den qualitativen Momenten nicht auch die quantitative Seite beschädigt und unter dem Strich die Marxschen Begriffe einen völlig anderen Sinn erhalten, der mit dem von Marx Gemeinten nur noch wenig zu tun hat. Der Verdacht, dass die angelsächsische Elfenbeinturmdebatte mit Marxschen Begriffen nur kokettiert, will sich nicht zerstreuen lassen.

Ein schematischer Überblick über den Marxschen Wertbegriff mag da mehr Klarheit verschaffen und hilft uns zu verstehen, auf welchem Feld die Quantifizierung lokalisiert ist.

Gebrauchswert	(Tausch)Wert
konkrete, sinnlich wahrnehmbare Arbeit produziert Gebrauchswerte, die nichts Gemeinsames besitzen	*Substanz*: abstrakte Arbeit
	Maß: gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit
	Form: Verdopplung in Ware und Geld

So wie ich sehe, bewegt sich die mathematisierte Kapitalrezeption vorwiegend im Feld „Maß“, zudem existiert auch eine starke Tendenz, alles aus Maß- und Größenverhältnissen abzuleiten und definieren zu wollen. Als Illustration für diese beschränkende Methode bietet sich der Wertbegriff selbst an. So weist der Autor etwa auf folgenden Einwand hin: „*Von vielen Kritikern, allen voran Steeman (1977), wird argumentiert, dass man keine Werte benötigt um Preise zu berechnen.*“ Wenn wir allerdings wissen, dass damit eine „*Arbeitswertlehre*“ widerlegt werden soll, wird zugleich klar: hier potenzieren sich die Missverständnisse. Um es klipp und klar zu sagen: Es gibt bei Marx keine Arbeitswertlehre! Gerade in einem Milieu, wie das angelsächsische universitäre, das Exaktheit, Wissenschaftlichkeit und strenge Definitionen einfordert, ja Präzision bis zur Spitzfindigkeit fördert, ist ein derartiger Ausdruck für die Marxsche Position unverzeihlich. Wie argumentiert Marx tatsächlich? Die Substanz des Wertes, die abstrakte Arbeit, ist geschichtliches Resultat der contrafaktischen Gleichsetzung der verschiedenen konkreten Arbeiten. Gesellschaftlich wirksam ist diese Gleichsetzung erst in der entfalteten kapitalistischen Produktionsweise. Die Substanz des Wertes, die abstrakte, allgemein menschliche Arbeit trägt also einen geschichtlichen Index, ihre „*Vollgültigkeit*“ (MEW 42; 39) erreicht sie erst in der kapitalistischen Produktionsweise. Wenn seine komplexe Werttheorie mit einem Ausdruck zusammengefasst werden soll, dann würde sich wenn schon der Terminus gesellschaftlich-geschichtliche Wertlehre anbieten, niemals jedoch der Ausdruck „Arbeitswertlehre“, denn dieser unterstellt ja, Arbeit käme immer und jederzeit die Eigenschaft zu, Wert zu schaffen.

Mit der These: „*dass man keine Werte benötigt um Preise zu berechnen*“ wird weiters eine Argumentation widerlegt, die Marx nie benutzt hat. Marx begründet also die Substanz des Wertes, die so missverständlich und irreführend als „Arbeitswertlehre“ bezeichnet wird, **vor** dem Begriff der gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit. Wie das „Wie viel“ des Wertes zustande kommt, ist bei der Ableitung der Wertsubstanz noch gar nicht Thema! Wer also die Konzeption der Wertsubstanz widerlegen möchte, muss unter anderem von folgender Begründung ausgehen: „*Indem sie ihre verschiednen Produkte einander im Austausch als Werte gleichsetzen, setzen sie ihre verschiednen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich. Sie wissen das nicht, aber sie tun es.*“ (MEW 23; 88) Die Begründung und Ableitung der Wertsubstanz erfolgt also völlig unabhängig von quantitativen Gesichtspunkten! Marx begründet also die Wertsubstanz aus dem gesellschaftlichen Verhältnis scheinbar unabhängiger Warenbesitzer und war keineswegs so tollkühn, die Wertsubstanz wie auch die Wertform aus quantitativen Verhältnissen ableiten zu wollen. Es ist zwar ein populäres Missverständnis zu behaupten, um die Ausbeutung erklären oder beweisen zu können, müsse Marx eine „Arbeitswertlehre“ entwerfen. Mit der Marxschen Argumentation und Begriffsentwicklung hat diese Fehlinterpretation freilich nicht das geringste gemeinsam.

Der Fokus auf quantifizierbare Größen muss die Zweiseitigkeit von Gebrauchswert/Tauschwert, die die gesamte **kapitalistische** Ökonomie kennzeichnet, ignorieren. Marx nennt diese Entgegensetzung auch den „*Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht*“ (MEW 23; 56). Die Bedeutung dieser Entgegensetzung kann hier nicht ausgeführt werden, sie ist jedoch kaum zu überschätzen. Ich verweise bloß auf die damit gesetzten zwei unterschiedlichen und widersprüchlichen Rationalitäten, die sich daraus ergeben und in ständigem Konflikt zueinander stehen. Einerseits gibt es das Kalkül der Profitmaximierung, kurzum aus Geld soll mehr Geld werden, Basis der Berechnung sind mathematisierbare Preiszahlen. Die Produktion und Erhaltung von Gebrauchswerten ist jedoch so variantenreich und unterschiedlich, wie es die Gebrauchswerte sind. Es erfordert eine andere Ökonomie ein Buch herzustellen, wie ein Auto zu produzieren, und diese wiederum haben mit Softwareproduktion ebenso wenig gemeinsam, wie mit der Aufzucht von Hühnern. Denken wir noch an die Produktion des Gebrauchswertes Arbeitskraft so lässt sich schlussfolgern: Alle diese Gebrauchswerte folgen einer unterschiedlichen Logik/ Rationalität/Ökonomie.

Es ist tatsächlich ein bürgerlicher Traum, Ökonomie als eindimensional, nur einem Kalkül folgend, darzustellen. Daran beteiligten sich große Namen, Max Weber oder Jürgen Habermas zum Beispiel. Geld und Geldvermehrung sei das einzige, legitime und rationale Steuerungsmedium der Ökonomie, so könnte diese Position zusammengefasst werden. Spätestens beim Abschnitt über den **Gebrauchswert** der Ware Arbeitskraft – und es ist der Gebrauch dieses so spezifischen Gebrauchs-

werts, auf dem die Mehrwertproduktion beruht – sollte klar sein, dass dieser *„Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht"* nicht folgenlos ignoriert und durch eine eindimensionale Formalisierung ersetzt werden kann.

Zum so genannten Transformationsproblem

Insbesondere im Abschnitt *„Das Transformationsproblem und die neuen Lösungen FAQ – frequently asked questions"* hat Engelbert Stockhammer sehr klar und präzise Thema und Probleme des Transformationsproblems herausgearbeitet. Alle, die mit dieser Frage nicht sehr vertraut sind empfehle ich die Lektüre dieser Passage, denn meine Einwände bauen sozusagen auf dem dort dargestellten Kenntnisstand auf. Sowohl bei Stockhammer, aber auch bei Michael Heinrich, der in seinem Buch „Die Wissenschaft vom Wert" ebenfalls recht ausführlich diese Probleme erörtert, fällt auf, dass die Marxsche Lösung sehr rasch zurückgewiesen wird. Marx geht davon aus, dass auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene die Summe der Werte gleich der Summe der Preise, sowie die Summe des Mehrwerts gleich der Summe der Profite ist. *„Und in dieser Weise ist in der Gesellschaft selbst – die Totalität aller Produktionszweige betrachtet – die Summe der Produktionspreise der produzierten Waren gleich der Summe ihrer Werte."* (MEW 25; 169) Auf der Ebene der gesamten Gesellschaft existiert also weder eine Abweichung der Preise von den Werten noch der Mehrwertmasse von der Profitmasse. Wenn ich jetzt etwas vereinfachend sowohl die Argumentation von Michael Heinrich als auch von Engelbert Stockhammer zusammenfasse so läuft ihre Kritik an Marx darauf hinaus, dass diese Annahme selbst in Zweifel zu ziehen sei. Anders gesagt, sollte tatsächlich auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene die Profitmasse gleich der Mehrwertmasse und die Preissumme gleich der Wertsumme sein, dann, aber nur dann existiere tatsächlich kein Transformationsproblem. Daher schreibt auch Stockhammer: *„In der Debatte um das Transformationsproblem geht es vor allem darum, ob die Invarianzpostulate korrekt sind oder nicht. Dies ist nicht immer der Fall." Auch Michael Heinrich stellt die Invarianzpostulate in Frage: „Dann kann aber auch nicht mehr ohne weiteres unterstellt werden, dass die allgemeine Profitrate des Produktionspreissystems mit der Durchschnittsprofitrate des Wertsystems übereinstimmt."* (Heinrich 1999; 270)

Während Marx klar davon ausgeht, dass sowohl im Wertesystem als auch im Produktionspreissystem die gesellschaftliche Gesamtproduktion in einer angenommenen Zeiteinheit als c + v + m darstellbar ist und die Transformation von Werten zu Produktionspreisen an dieser Formel nichts ändert, scheinen jene, die darin ein Problem sehen, dieses zu bestreiten. Die Diskussion müsste sich eigentlich um den Charakter der Marxschen Annahmen überhaupt drehen. Das ist hier nicht debattierbar, nur so viel: Roman Rosdolsky hat in seinem seinerzeit viel beachteten Werk „Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapital" die These vertreten, es gäbe einen methodischen Bruch zwischen den ersten beiden Bänden und dem dritten Band des Kapitals. Während Marx sich methodisch zuerst auf die *„Analyse des Einzelkapitals"* beschränken würde, ginge er (teilweise bereits im II. Band) im dritten endgültig *„Zur Betrachtung des Kapitals in seinen gesellschaftlichen Zusammenhängen über."* (Rosdolsky 1974; 88)

Im ersten Band des Kapitals scheint es so, als ob die Ausbeutung im Unternehmen A nichts mit der Ausbeutung im Unternehmen B zu tun hätte, insbesondere wenn beide Kapitale in völlig unterschiedlichen Sphären agieren. Der Profit, den Kapitalist A erreichen kann, scheint sich allein durch interne Faktoren, wie etwa die Höhe der Produktivität, die individuelle Mehrwertrate usw., zu ergeben. Marx kann allerdings zeigen, dass gerade durch die Konkurrenz die einzelnen Kapitale zu kommunizierenden Gefäßen werden. Einen vorläufigen Abschluss der Analyse der kapitalistischen Kumpanei findet sich eben im Abschnitt zur Transformation vom Wertesystem zum Produktionspreissystem.

Im Gegensatz zum ersten Band hat sich nun die Betrachtungsweise gedreht. Der Kapitalismus erscheint nun nicht mehr als eine Summe zahlloser verstreuter und aufsummierter Kapitalverhältnisse, sondern als *„Gesamtexploitation der Arbeit durch das Gesamtkapital"* (MEW 25; 80) der ständige Werttransfer durch den Ausgleich der Profitrate schmiedet aus vereinzelten Kapitalisten die Klasse der Bourgeoisie. Was Marx also zeigen will ist, dass gleich große Kapitale gleich große Profitmassen realisieren. Anders gesagt, mit dem Begriff Produktionspreis soll gezeigt werden, wie der Werttransfer innerhalb der Kapitalisten – trotz und gerade wegen ihrer Konkurrenz – funktioniert.

Noch anders ausgedrückt: Marx zeigt uns, wie aus den vereinzelten Kapitalisten auch ökonomisch eine Klasse geschmiedet wird. Während also im I. Band vom individualisierten Kapitalisten und seiner Stellung in der Ökonomie ausgegangen wird, ändert Marx diese Perspektive und geht – etwas salopp gesagt – im III. Band vom gesellschaftlichen Gesamtkapital aus. Ich vermute, dass jene, die auf dem Transformationsproblem beharren, nicht bereit sind, diesen Schritt mitzugehen und stattdessen die gesellschaftlichen Größen wie Gesamtprofitmasse oder gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate aus

den Einzelkapitalen errechnen und erschließen wollen. Dass sich bei dieser Methode massive Probleme ergeben, glaube ich gerne. Aber auch in diesem Falle ist auf den Doppelcharakter zu verweisen: Es ist nicht einzusehen, warum die Summe der produzierten Waren und Dienstleitungen sich wie durch Zauberhand vergrößern oder verkleinern könnte, wenn sie einmal in Werten, das andere mal in Produktionspreisen ausgedrückt werden. Was sich ändert ist die Verteilungsgröße für das Einzelkapital, und genau das will Marx zeigen.

Karl Reitter

In Planung: Konferenz zur Erwerbsarbeitslosigkeit

Kurz nachdem einige Medien über neuerlich steigende Zahlen in der Arbeitslosenstatistik berichtet und Maßnahmen gefordert hatten, zauberte auch schon Wirtschafts- und Arbeitsminister Bartenstein eine neuerliche Beschäftigungsinitiative aus den Hut. Das Problem dabei: Nach jeder Beschäftigungsinitiative dieser Regierung stiegen die Zahlen der Erwerbsarbeitslosigkeit weiter, und das obgleich ständig an den Statistiken herumgedreht wird. Ganz offensichtlich dienen diese Initiativen nicht der Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern bedienen die Klientel der Regierungsparteien in Wirtschaft und in der Oberschicht. Tatsächlich ist die Regierung tatkräftig mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen beschäftigt (so etwas nennt mensch schlanken Staat), mittels Pensionsreformen, 0-Defiziten, einer *Sparefroh-Politik* bei Investitionen und Steuererleichterungen für Reiche usw.

In dem Maße, wie einerseits Arbeitsplätze vernichtet werden, ist andererseits die Regierung damit beschäftigt, jenen, die davon betroffen sind zu vermitteln, dass es in ihrer individuellen Verantwortung liegt, dass sie erwerbsarbeitslos sind. Waren dafür noch vor 20 Jahren gesellschaftliche Begründungen wie Wirtschaftsentwicklung, geographisch-strukturelle Probleme etc. selbstverständlich so hat sich das grundlegend geändert. Dazu wurde ein System einer Ethik der Arbeitszentriertheit entwickelt (*workfare* statt *welfare*) und über ständige Wiederholungen naturalisiert – wirklichkeitsmächtig gemacht. Wir begegnen heute unzähligen Aufmerksamkeitstechnologien, die uns alle das gleiche vermitteln: Arbeit, Leistung, Wettbewerb. Dies entspricht einer ideologischen Verkoppelung zwischen Neoliberalismus und Neokonservatismus. Hier verknüpft sich scheinbar widersprüchliches, liberales mit konservativem, bis hin zu rechtsextremen und totalitären Formen von Politik. Es sei nur daran erinnert, dass es liberale und sozialdemokratische Parteien waren, die besonders tiefe Schneisen in die soziale Realität rissen (Clinton, Blair, Schröder).

Die Arbeitszentriertheit umfasst mehr eine Strategie des Reagierens (ein ständiges „verbessern" und anpassen) als ein fixes Konzept. Die Generallinie ist die des Arbeitszwanges, der Arbeitszwangsprogramme. Diesen Sinn haben die „Aktivierungskurse- und maßnahmen". Es geht darum, für einen Arbeitsmarkt zu aktivieren, der immer kontingenter, schlechter bezahlt, unsicherer, kurz prekärer wird. Es geht um die Konstituierung einer Klasse von *working poor*. Das ist der eigentliche Sinn der Arbeitszentriertheit. Dafür wird die Ethik der Arbeit bemüht, die beinahe an totalitäre Regime erinnert.

Aus diesen und noch vielen anderen Punkten haben wir (autonome Erwerbsarbeitslosengruppen und Einzelpersonen) uns entschlossen eine Konferenz zum Thema Erwerbsarbeitslosigkeit einzuberufen. Es geht uns dabei nicht darum ein exklusives Treffen zu arrangieren, gerade weil wir wissen, dass unsere Situation aufs Engste mit der aller anderen Untergruppen verbunden ist.

Deshalb rufen wir alle Interessierten auf, sich an einer solchen Konferenz zu beteiligen, unabhängig davon, ob sie erwerbsarbeitslos sind oder noch in Erwerbsarbeit stehen, ob prekär beschäftigt oder neu selbständig - weil wir glauben, dass Widerstand gegen ein System der Perspektivlosigkeit und Verelendung eine Sache der Vielfalt, der Pluralität („Multitude") sein könnte.

Die Konferenz zur Erwerbsarbeitslosigkeit wird vom **15. und 16. Oktober 2005** im **Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien**, stattfinden. Ein genaues Programm ist in Ausarbeitung.

Walter

Weitere Informationen gibt es auf folgenden Webseiten:

www.amsand.at.tt,
www.zum-alten-eisen.org,
www.arbeitslosensprecherin.at
www.grundrisse.net

Martin Dieckmann

Die Widerruflichkeit der Normalität*
Über Prekarität und Prekarisierungen

Referat auf dem BUKO-Kongress in Hamburg, Mai 2005

Vorbemerkung: Dem Referat vorangegangen war ein Puppenspiel, das eine Talkshow mit verschiedenen Teilnehmerinnen, darunter auch eine DGB-Vertreterin, zum Thema Prekarisierung darstellte. Darauf nimmt das Referat anfangs Bezug.

Stephan Born und Paula Thiede in der Talk-Show

In diesen Tagen beginnen in der Druckindustrie Streiks um den Erhalt beziehungsweise um die Substanz des ältesten und besten Flächentarifvertrags aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Geschichte dieses Tarifvertrages ist ein guter Einstieg zum heutigen Thema beziehungsweise zur Fragestellung der folgenden Überlegungen. Dieses lautet: *In welchem Verhältnis stehen Prekarität und Prekarisierung zum so genannten Normalarbeitsverhältnis – und welche Normen werden ins Zentrum neuer Klassenverhältnisse unter einem neuen Arbeitsregime gerückt werden?*

Um dies zu verdeutlichen, möchte ich in die eben aufgeführte Talkshow als Teilnehmende noch zwei Figuren einführen: Stephan Born und – Paula Thiede. Stephan Born werden einige hier im Raum vielleicht kennen, Paula Thiede dagegen wohl kaum jemand. Stephan Born war ein führendes Mitglied des Bundes der Kommunisten 1848, er selbst kam aus dem grafischen Gewerbe. Im Gefolge der Revolution 1848 gründete er die erste nationale Gewerkschaftsorganisation, die „Allgemeine Arbeiter-*verbrüder*ung“. In dieser Traditionslinie steht dann auch der legendäre, weil erste Flächentarifvertrag in Deutschland – der nationale Tarifvertrag der Buchdrucker, die ihn erkämpften, indem sie die Unternehmer jahrelang beharrlich unter Streikfeuer legten. Dies alles dank einer immensen Disziplin und Solidarität in den eigenen Reihen. Heute würde man sagen: An der Nahtstelle einer wichtigen Wertschöpfungskette zwangen sie den Unternehmern den Kartellgedanken auf.

Dies alles würde auch Stephan Born zur Talk-Show beisteuern: die starke Idee der *Brüder*lichkeit, der Solidarität, das Ziel und schließlich die große Errungenschaft tariflich geschützter Arbeitsverhältnisse. Gegen das Koalitionsverbot aus den ersten Jahren der Französischen Revolution setzte man die Koalitionsfreiheit durch, indem man von ihr kämpferisch Gebrauch machte. Wie es Born betonen würde: „Die Internationale *erkämpft* das Menschenrecht!“ „Tarifschutz, vor wem?“ wird die Moderatorin fragen. Natürlich vor der Willkür der Unternehmer, schließlich als Ausgleich dessen, was auch das bürgerliche Arbeitsrecht die „strukturellen Unterlegenheit der Arbeitnehmer/innen“ nennt. In die Norm des regulierten Arbeitsverhältnisses ist der Klassengegensatz als Kräfteverhältnis einge-

schrieben. In der Talk-Show wird die Gewerkschaftsvertreterin Stephan Born zustimmen: So war es, so soll es sein, so wird es sein!

Fast unscheinbar dagegen tritt *neben* Stephan Born Paula Thiede auf. „Wer sind *Sie* denn?“ wird die Moderatorin fragen. Keine Frage, Stephan Born wird sie herzlich begrüßen, Paula Thiede gehörte schließlich zu seinen politischen Nachfolgerinnen. Doch auch für Insider ist sie heute die Nobody par excellence. Paula Thiede wird in die Runde fragen: „Tarifschutz, ja! Aber vor wem? *Auch vor mir?*“

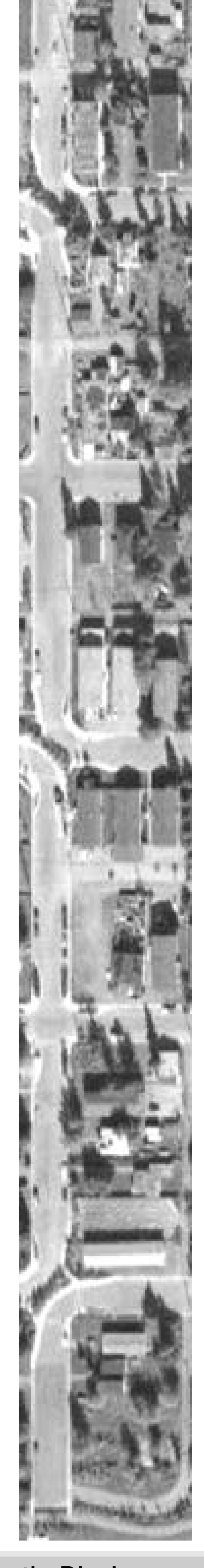
Und sie wird die Geschichte der Tarifverträge der Druckindustrie ein wenig anders als Born erzählen, nämlich als eine Geschichte eines Schutzes vor Prekarität, der zugleich ein prekärer Schutz war. Denn der Tarifschutz der Buchdrucker im ersten Flächentarif Deutschlands galt erstens nur für Facharbeiter, zweitens nur für Männer und drittens nur für Deutsche. Paula Thiede aber war erstens eine Hilfsarbeiterin, zweitens eine Frau. Nur dass sie eine Deutsche war, hatte sie mit den Ein- und Ausschlusskriterien dieses Tarifvertrages gemeinsam. Und hier die Antwort auf die Frage: Wer war eigentlich Paula Thiede? Sie war nicht berühmt, aber von großer Bedeutung. Diese reicht so weit, dass man die Hausadresse der ver.di-Bundesverwaltung nach ihr benannte: „Paula-Thiede-Ufer“. Paula Thiede organisierte ab Ende des 19. Jahrhunderts die weiblichen Hilfskräfte in der Druckindustrie – dies in einer eigenen Branchengewerkschaft, *neben* der Hilfsarbeitergewerkschaft, die wie der Buchdruckerverband nur Männer aufnahm. So noch nach 1900! (Übrigens kamen Hilfsarbeiterinnen und Druckfacharbeiter erst nach 1945 in der IG Druck und Papier zusammen.)

Was Stephan Born und Paula Thiede beizutragen haben zu unserem Thema, ist die Geschichte oder die historische Geburt des so genannten Normalarbeitsverhältnisses – auch als Geschichte von Vereinigungen, die erneut Spaltungen und Hierarchien erzeugten. Die Grundform „geschützter Arbeitsverhältnisse“ ist der Tarifvertrag. (So heißt er in der Schweiz: „Generalarbeitsvertrag“.) Und ein Tarifvertrag schützt immer nach zwei Seiten hin: Gegen Unternehmerwillkür einerseits, andererseits gegen die Konkurrenz durch andere Lohnabhängige, der man Grenzen zieht. (So was nannte man Abwehr von „Schmutzkonkurrenz“.) Die *Integration durch Solidarität* bedeutet also immer auch zwangsläufig Ausschluss – durch Solidarität. Denn das Tarifrecht ist so etwas wie das „Kartellrecht der kleinen Leute“. Und wie das Kartellrecht Marktverhältnisse regelt, regelt der Tarifvertrag Grenzen, Segmente eines Arbeitsmarktes, auch durch *Zutrittsrechte.* Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dies ist kein Ergebnis bösen Willens. Es hat damit zu tun, dass auch diese Grundform kollektiver Einkommenssicherung dem Kapitalismus eingeschrieben ist. Unter Umständen bringt sie den Kapitalismus erst richtig zum Funktionieren, worauf die DGB-Gewerkschaften heute nicht ganz zu Unrecht verweisen. Das so genannte Normalarbeitsverhältnis hatte es also mitnichten mit universeller Egalität als Gleichbehandlung zu tun, es ist – vom Tarifvertrag bis in die Sozialstaatlichkeit hinein – durchzogen von Hierarchisierungen und Segmentierungen. Und die Solidarbeziehungen darin sind entsprechend ungleich entwickelt. Die Bildung der formals modernen *Arbeiterklasse* aus dem frühen Proletariat heraus erfolgte zwar entlang der sozialen Antagonismen, schuf aber niemals aus sich heraus jenen homogene Block, den uns die Großen Erzählungen vom „historischen Subjekt“ erzählen wollen.

„Prekarität“ ist „Proletarität“

In welchem Verhältnis steht nun dieses historische Normalarbeitsverhältnis zur so genannten Prekarisierung? Und, was ist das eigentlich – Prekarisierung? Das lässt sich durch eine kleine Textkorrektur erläutern, eine Korrektur an einem berühmten Marx-Text. Marx schrieb in den *Grundrissen*: „In dem Begriff des freien Arbeiters liegt schon, dass er Pauper ist: virtueller Pauper“. Ersetzt man nun den Begriff des Paupers (des Armen) durch den des Prekären, stimmt der Satz nach wie vor: „Im Begriff des freien Arbeiters liegt schon, dass er Prekärer ist: virtueller Prekärer.“ Was aber ist Prekarität? Ich bediene mich hier eines definitorischen Tricks und bemühe statt eines Fremdwörterbuchs das Lexikon einer romanischen Sprache, den Großen Langenscheidt Französisch-Deutsch. Da heißt es unter „Précarité“: „1. Unsicherheit, 2. (juristisch) Widerruflichkeit“. Für unser Thema gelten beide Bedeutungen zusammen. Etwa so: *Prekarität ist die Unsicherheit von Lebensverhältnissen durch Widerruflichkeit des Erwerbs.* Das hat mit der „freien Arbeiterin“ ja dahingehend zu tun, dass sie – per definitionem – frei von Arbeitsmitteln ist, dass sie nur im Besitz – wie Marx es schrieb – des „Arbeitsvermögens“ ist, also im weiteren Sinne getrennt ist von den Mitteln des eigenen Tuns (John Holloway).

Und das ist auch die Voraussetzung des Paupers, zumindest als objektive Armut. Denn der „freie Arbeiter“ ist per definitionem objektiv arm. Der Klassengegensatz tritt nicht erst im Arbeitsprozesse zu Tage, sondern schon auf dem Arbeitsmarkt. Es sind dort nämlich keineswegs Freie und Gleiche, die (normale oder prekäre) Arbeitsverhältnisse eingehen. Es herrscht, sagt selbst das bürgerliche



Arbeitsrecht, „strukturelle Überlegenheit" des Kapitals. Prekarität ist also nicht mehr und nicht weniger als die Grundform von Lohn*abhängigkeit*. Nicht von Lohn*arbeit*, sondern von Lohn*abhängigkeit*, denn der „freie Arbeiter" ist auch dann abhängig, wenn er erwerbslos ist, während es umgekehrt durchaus Lohnarbeiter gibt, die keineswegs zwingend lohnabhängig sind. Zugespitzt: Prekarität ist historisch wie grundsätzlich identisch mit der *Proletarität*. Die revolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts kannten den Begriff der „Arbeiterklasse" noch gar nicht, sondern lediglich den Begriff des „Proletariats". Von den Urschriften der frühen Kommunisten bis zu Marx und auch später in wichtigen Differenzierungen bei Rosa Luxemburg fasst der Begriff des „Proletariats" alles zusammen, was wir heute als Prekarität und Prekarisierung kennen.

Karl-Heinz Roth hat für die Gegenwart des späten zwanzigsten und frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts von der „Wiederkehr der Proletarität" gesprochen. Exakt an diesem Punkt treffen sich nämlich alte und neue Proletarität – und das bedeutet auch: Es treffen sich unterschiedliche Tendenzen, Richtungen von Prekarisierung. Da ist zum einen die Prekarisierung hin zum „freien Arbeiter", etwas, das durchaus viel mit der „Hineingeworfenheit des Menschen" in eine fremde Welt zu tun hat: Trennung der Menschen von den bisherigen Mitteln ihres bisherigen Tuns. Historisch ist dies das Bauernlegen, die Zerstörung der Zunftordnung und damit des Berufsschutzes für Handwerker zu Gunsten des Freihandels auf dem Arbeitsmarkt. Also das, was – wiederum laut Marx – eine notwendige Voraussetzung der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals ist. Das gilt aber nicht nur für die lange vergangenen Zeiten, sondern ist ein Prozess, der die Geschichte des Kapitals als Klassenverhältnis fortlaufend begleitet, und zwar in den Metropolen wie weltweit: an den „Rändern", dort, wo Menschen in riesigen Massen *proletarisiert* werden. Niemals war deren Zahl weltweit größer als in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. (Diese gewaltige sozio-ökonomische Umwälzung im Weltmaßstab nach 1945 hat Eric Hobsbawm eindrucksvoll in seinem Buch „Zeitalter der Extreme" belegt.)

Eines der Merkmale dieser klassischen Proletarität sowohl in der Frühgeschichte wie in den späteren Phasen des Kapitalismus ist die *Migration als Mobilität*. Wenn überall die Einkommen gleich schlecht sind, wandert die erzwungen oder freiwillig frei gesetzte Arbeitskraft jeweils zu den besseren Arbeitsbedingungen. Oder aber, wenn überall gleich schlechte Arbeitsbedingungen sind, wandert die Arbeitskraft zum höheren Einkommen. Migration durch Mobilität war und ist auch ein stiller, dabei aber äußerst wirksamer Arbeitskampf: Krupp und andere Zechenherren bauten die Arbeitersiedlungen, um die nomadisierenden Bergleute an die Zeche zu „binden". Auch die Mobilität der „freien Arbeiter" wurde (in den Metropolen) hinterrücks zu einer Waffe im Kampf um die Voraussetzungen des „Normalarbeitsverhältnisses".

Ich habe von Prekarität als *Unsicherheit der Lebensbedingungen durch Widerruflichkeit des Erwerbs* gesprochen. Das historische Normalarbeitsverhältnis zeichnete sich durch erhebliche Relativierung dieser „Widerruflichkeit" aus. Aktuell ist diese Beschränkung der Widerruflichkeit auf allen Ebenen in Frage gestellt. Als Beispiele nenne ich den Kündigungsschutz, aber auch das Aushebeln von tariflichen Regelungen durch allgemeine Öffnungsklauseln zur betrieblichen Ausrichtung am Marktgeschehen. So ist das so genannte Normalarbeitsverhältnis als Ergebnis der Kämpfe des 18. und 19. Jahrhunderts bis weit hinein ins 20. Jahrhundert identisch mit der *Entproletarisierung der Arbeiterklasse* geworden – bei fortlaufender Zuführung von Arbeitskraft im Zustand der Prekarität. Die Urenkel Stephan Borns und die Enkel Paula Thiedes gelangten, nicht immer durch die selben Kämpfe, aber dennoch zu gleichen, zumindest ähnlichen Rechtsverhältnissen.

Grund dafür war die Entfaltung von Macht. Marx hatte von der „großen Masse" gesprochen, die sich einer zunehmenden, erdrückenden Entfremdung entledigen müsse. Er meinte das *Proletariat*. Die Machtentfaltung als *Arbeiterklasse* lag aber vorrangig begründet in der enormen Zusammenballung von Arbeitskraft in großen industriellen Aggregaten. Die Integration ganzer Wertschöpfungsketten in Großfabrikstrukturen war dafür maßgebend. Sicherlich auch die besondere Stellung einzelner Arbeitergruppen innerhalb des Produktionsprozesses – also die besondere Macht der *Facharbeit*. Doch auch die „Massen-

arbeiterinnen", die Un- und Angelernten der tayloristischen Massenproduktion konnten ihre ganze Macht analog der Macht der Facharbeit entfalten – eben als *Fabrikmacht*. Davon haben zuletzt die 1960er und frühen 1970er Jahre in Westeuropa, allen voran in Italien, in Gestalt der Fabrikkämpfe und der Kämpfe gegen die „Fabrikgesellschaft" Zeugnis abgelegt.

Die Aufspaltung der „Kerne"

Was wir nun seit den 1980er Jahren Prekarisierung nennen, fand seine erste Erscheinungsform in der Ausfransung der Ränder jener großen Aggregate der industriellen Arbeit. Dies betraf zum einen bestimmte Glieder der industriellen Produktionskette – als Auslagerung in so genannten Zulieferer –, zum anderen die Auslagerung einfacher Dienste aus Dienstleistungsunternehmen. So kam die klassisch gewordene Unterscheidung von „Kernen" und „Rändern", von „Stammbelegschaften" und „Randbelegschaften", zu Stande. Aus diesem Zeitraum ist auch bekannt, wie sich Spaltungen in Kern oder Stamm einerseits und die Ränder andererseits massiv in der Spaltung auch der arbeitsrechtlichen Verhältnissen niederschlugen, etwa in der Ausweitung von Leiharbeit, besonders aber der befristeten Arbeitsverhältnisse.

Falsch war aber schon damals die Auffassung, es bliebe bei dieser einfachen Zweispaltung in ein externes Heer von Prekären einerseits und eine abgeschmolzene, ihre Stellung aber vehement verteidigende, dabei sich einigelnde „Kernbelegschaft" andererseits. Denn außen wie innen handelte es sich um den selben Prozess, dessen Logik sich freilich erst später in Gänze erschloss. Es ist eine Logik der Spaltung und Neuzusammensetzung der Arbeit und diese Logik hat mit dem Megawort der Gegenwart – *dem Markt* und *den Märkten* – zu tun.

Seit den 1990er Jahren sind wir nämlich mit einer systematischen Zerlegung beziehungsweise Aufspaltung der vormaligen „Kerne" konfrontiert. Dies kann man industriesoziologisch beschreiben, man kann es ökonomisch erklären – es bleibt ein Klassenkampf zur Zerstörung der Reste der alten „zentralen Arbeiterklasse" und ihrer *Macht in der Arbeit*. Dem liegt ein Paradigmenwechsel im Gefüge von Betrieb, Unternehmen und Markt beziehungsweise Märkten zu Grunde: Die klassische Unterscheidung eines kooperativen Arbeitsprozesses in einem Unternehmenszusammenhang einerseits und eines äußeren Produktmarktes wird aufgehoben. Stattdessen wird der Arbeitsprozess selbst in eine Vielzahl unternehmerischer Einheiten aufgegliedert. Der Markt wird in den Betrieb geholt und spaltet diesen – gleichgültig gegenüber der jeweiligen Rechtsform des Unternehmens – in unternehmerische Einheiten auf. Diese werde dann marktförmig aufeinander bezogen. Ein Unternehmen, oft ein riesiger Konzern, entfaltet *in sich* die Kooperationsbeziehungen der Arbeit als Marktbeziehungen, in denen ein und dieselbe Einheit jeweils in unterschiedlicher Funktion sowohl „Kunde" wie „Dienstleister" ist.

Für die Macht der Arbeit hat das katastrophale Folgen: Sie *implodiert*. Einerseits stehen sich unter diesem neuen Regime einander zuarbeitende Einheiten nunmehr als Anbieter und Kunden gegenüber. Andererseits werden die unternehmensinternen Dienstleistungen in Konkurrenz gebracht mit internen Dienstleistungen anderer Unternehmen. So entstehen – matrixartig - eine Vielzahl einander überlagernder Märkte, auf denen Produkte als Dienstleistungen, Dienstleistungen als Produkte gelten – je nach Richtung von Angebot oder Nachfrage.

Auch der Preis der Arbeitskraft, soweit er bislang tariflich bestimmt war, gerät unter immensen Druck dieser neuen Märkte. In einem Tarifsystem wie dem der deutschen Branchentarife waren die *Märkte des Endproduktes* mit entscheidend für die Höhe der Tarifleistungen. Mit der Aufspaltung der Arbeitsprozessketten in Marktbeziehungen löst sich dieser Zusammenhang auf. Nunmehr gelten „marktgerechte Preise", wobei der Marktvergleich auf das Kostenniveau anderer Einheiten anderer Betriebe zielt. Kurzum, die „Märkte", auf die bislang die gesamte Macht der Arbeit konzentriert war, werden matrixartig zerlegt und übereinander gelegt. Die *Macht der Arbeit im Kapital* wird *systematisch zerlegt, dezentriert*. Man spricht hier neuerdings auch von der Durchsetzung einer „marktzentrierten Produktionsweise".

„Rand" und „Zentren" spiegeln sich – Matrix reloaded?

Diese etwas grobe Zusammenfassung mag verwirren. Aber auch in der Lebenswelt der Arbeit stellt sich Verwirrung ein. Denn das gesamte Gefüge von Innen und Außen wird auf den Kopf gestellt: Rand und Zentren spiegeln sich ineinander. *Matrix reloaded* – wer ist noch drinnen und draußen? Ich kann es niemand ersparen – die Verwirrung wird noch gesteigert. Denn all das geht unter einer höchst effektiven Steuerung durch ein hoch zentralisiertes Kommandoregime vonstatten. Wie in einem Netzwerk hat die Dezentrierung so gut wie keine Grenzen, so lange es ein *gemeinsames, verbindliches Protokoll* gibt. Aus der IT-Technik wissen wir, dass aus Verdrahtungen erst dann Netzwerke entstehen, wenn ein gemeinsames Protokoll gilt.

Das zentrale, aber nicht immer sichtbare Kommando zeichnet sich aber durch die *Herrschaft über das Protokoll* aus. Dies ist die Grundfigur der *Globalsteuerung*, die uns auf allen Ebenen – nicht nur im Arbeitsprozess – begegnet. Und wir haben allen Grund, hier nicht nur das Experiment der x-ten Managementreform zu suchen, sondern eine weiter und tiefer greifende Struktur von Gesellschaft und *gesellschaftlicher Arbeit*.

Um die Mechanismen dieser Macht über die Arbeit zu erkennen, also auch das Protokoll der Globalsteuerung zu dechiffrieren, bedarf es heute keiner ausgedehnter Entdeckungsreisen mehr. Um das Bild des Spiegels erneut zu bemühen: Es geht darum, dass *das Eine* zum Spiegelbild *des ganz Anderen* wird. Die Freien und Selbstständigen, die Freelancer, werden zum Vorbild ganz anderer Arbeitsverhältnisse. Dafür hat man den Begriff des „Arbeitskraftunternehmers" erfunden, bald darauf aber feststellen müssen, dass man hier aufs Spiegelbild reingefallen ist. Denn das wirklich Verrückte an diesem Prozess ist, dass die Arbeit keinesfalls massenweise zur Arbeit von Freien und Selbstständigen wird – dass sie aber so strukturiert wird, *als ob sie* Arbeit von Freien und Selbstständigen wäre. Der Unterschied zwischen beiden ist grundlegend und darf nicht verwischt werden, wenn man das Neue dieser „marktzentrierten Produktionsweise" verstehen will.

Um dies am Arbeitsvertragsrecht zu verdeutlichen. Hier unterscheidet man zwischen *Werkvertrag* und *Dienstvertrag*. Die Freien und Selbstständigen schließen *Werkverträge* ab, sie werden für das Produkt bezahlt. Diejenigen, die dabei gut verdienen, sind dann auch so frei, erst einmal nicht weiter arbeiten zu müssen. Im klassischen Arbeitsvertrag aber, dem Dienstvertrag, stellen die Lohnabhängige nur ihre Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit zur Verfügung. (So hat es kürzlich auch der Europäische Gerichtshof festgestellt: Arbeitszeit in einem Dienstverhältnis ist nicht die Zeit, in der real gearbeitet wird, sondern in der dem Unternehmen die Arbeitskraft der Beschäftigten zur Verfügung steht.) Wenn nun die Angestellten beginnen, ihre Arbeitskraft nach unternehmerischen Gesichtspunkten einzusetzen, verhalten sie sich, als würden sie *für die Arbeit* und nicht *für die Verausgabung ihrer Arbeitskraft* bezahlt. Das, was Marx den Lohnfetisch genannt hat – der Glaube, für die Arbeit bezahlt zu werden –, wird dann zum realen Arbeitsverhalten, aber ohne die zumindest abstrakt gegebenen Freiheiten der Freien und Selbstständigen nutzen zu können, denn auf die unmittelbare Verfügbarkeit über die Lohnarbeit verzichtet das Unternehmen ungern. Diese Verkehrung von Zwang und Freiheit lässt sich als Muster überall wiederfinden, wenn es um dezentrierende Delegation von Unternehmerfunktionen geht. Manager nennen dies: „den Markt an jeden Schreibtisch bringen". Jede Unternehmenseinheit wird einem besonderen Marktsegment zugeordnet und damit unmittelbar konfrontiert. Ins Bild gebracht hat dies Wilfried Glissmann: Stand der Unternehmer bislang zwischen Beschäftigten und Kunden, sozusagen an der Nahtstelle des Unternehmens zum Markt, tritt er nun beiseite und konfrontiert den abhängig Beschäftigten direkt mit dem Kunden. Das ist von Glissmanns Kollegen Klaus Peters, wiederum passend, auf die Formel gebracht worden: Von der unternehmerischen Freiheit bleibt die Entscheidungsfreiheit auf der Kommandobrücke, während die unternehmerischen Marktzwänge nach unten hin delegiert werden. So entsteht durch mehr „Selbstständigkeit" mehr Druck.

Wenn ein Subjekt sein Individuum beschädigt

Das hat gravierende Folgen für das Verhältnis von Subjekt und Individuum. Zunächst erscheint dies alles wie der Ausstoß aus der bisherigen Integration, Ausstoß hinein in die Welt einer äußeren Prekarität. Denn der „Markt" wird ja immer als das Außen gedacht und erfahren. Prekarisierung im Sinne eines *Widerrufs von Normalität* findet tatsächlich auch statt. Doch dies nun im Innern, im Herzen des Kapitals. So wie Marx einmal meinte, die Konkurrenz sei nichts anderes als die Art, in der das Kapital zu seiner Einheit fände, ist die marktförmige Dezentrierung des Gesamtarbeitsprozesses nichts anderes als eine neue, nunmehr netzwerkartige Integration der Arbeitsprozesses.

So weit, so gut. Man hat dies alles durchschaut, also alles beim Alten? Nein, eben davon kann gar keine Rede mehr sein. Denn die Marktförmigkeit der Arbeitsbeziehungen wird real. Es sind – wieder einmal – die wirklichen Menschen, die diese Verhältnisse, wenn auch nicht immer aus freien Stücken, eingehen. Die Individuen beginnen mehr und mehr damit, sich selbst zu beschädigen. Provozierend zugespitzt: *Das „Subjekt" beschädigt „sein" Idividuum*. Denn es ist nunmehr das Subjekt des „unternehmerischen" Menschen. Indem das Kommando dieses Arbeitsregimes unternehmerische Funktionen nach unten delegiert, werden die Menschen gezwungen, in sich selbst die Funktionen als Lohnabhängige und als Unternehmer zu integrieren. Dies alles unterm „stummen Zwang" der Märkte. Im Extremfall setzen sie sich selbst einem permanenten Benchmarking aus. Als Beispiel nenne ich eine Angestellte, die einmal meinte, Gleitzeit sei für sie nicht gerecht. Es sei nicht einzusehen, warum sie, wenn sie in der Projektarbeit langsamer arbeite als die Anderen, mehr Stunden Freizeitausgleich nehmen dürfe als die Hochleister, die schließlich in

kürzerer Zeit, also produktiver, die Prokjektziele erreichten. Im O-Ton: „Ich brauche länger für die selbe Arbeit, also kann ich doch nicht mit mehr Freizeit belohnt werden."

Das unternehmerische Subjekt, um dies zu betonen, ist nicht bloß eine schizoide Verkehrung im Bewusstsein – es ist eine *reale* Verkehrung, in der sich das Subjekt dieses Handelns und Verhaltens gegen das Individuum und seine Ressourcen kehrt. Das kapitalistische, unternehmerische Subjekt unterwirft „sein" Individuum. Der doppeldeutige Sinn liegt auf der Hand: Selbst-Ausbeutung ist Ausbeutung *durch das fremd eigene Selbst*. Dies wäre dann nicht mehr nur eine „innere Landnahme" durchs Kapital. Als Ausschöpfung noch nicht verwerteter Ressourcen der Individuen und ihrer sozialen Beziehungen ist dies auch eine Landnahme des Innen der Individuen – durch deren „Subjekt".

Neue „Proletarität" – neue Klassenverhältnisse

So kann man im Modell der Globalsteuerung durch indirekte Steuerung bereits so etwas wie den Umriss einer neuen Norm von Arbeitsverhältnissen erkennen. Was heißt dies aber für die Klassenverhältnisse, für die Neuzusammensetzung alter wie neuer Proletarität? Die qualifizierte Arbeit erlebt eine regelrechte *Implosion der Macht in der Arbeit*. Dies betrifft große industrielle Einheiten eben so wie die vormals großen Unternehmenseinheiten der Angestelltenwelt. Sind nunmehr alle gleich, also alles paletti im Klassenkampf – es gibt ja ein neues Proletariat?

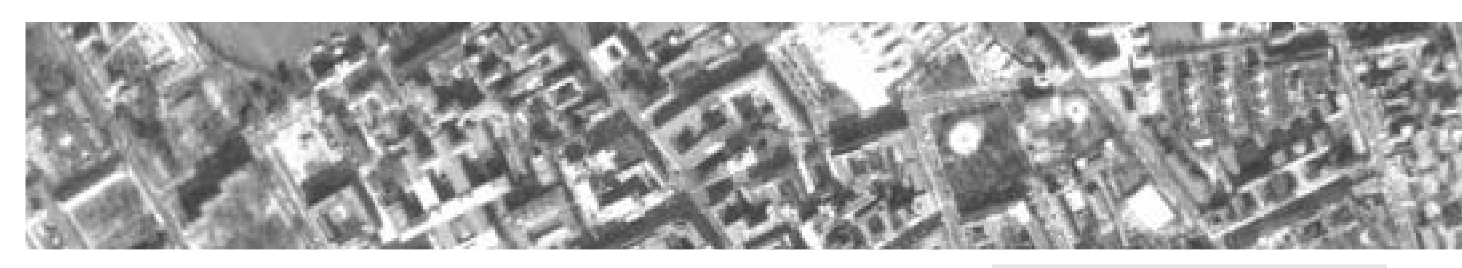
Nein, dem ist keineswegs so und es dürfte erst recht nicht bei der derzeitigen Unübersichtlichkeit bleiben. Denn die Dezentrierung der Arbeitsprozesse und damit die Entmachtung der historischen „Klasse" geht keineswegs einher mit einer einfachen Angleichung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse. Neue Hierarchisierungen zeichnen sich dort ab, wo es um spezifische Funktionen und Qualifikationen geht. Und diese sind auf die Steuerung dieser Prozesse bezogen und leiten sich, netzwerktechnisch gesprochen, aus der Protokollmacht ab. Die neuen Eliten der Arbeit werden sich über das *Wissen* über derartig komplexe Prozesse und über die Mechanismen zu deren Steuerung auszeichen. Sie tun es im Übrigen heute schon.

Wenn man so will, kann man Parallelen zur Geschichte der Fabrik und der Angestellten ziehen. Diese waren im 19. Jahrhundert ja noch nicht einbezogen in die industrielle Arbeitsorganisation, firmierten sogar als „Fabrikbeamte". Ihre Macht war die *Teilhabe an der herrschaftlichen Macht*, es war nicht die Macht *in der Arbeit*. Die ersten Exemplare einer zukünftigen Elite postfordistischer Arbeit sehen wir heute schon in Gestalt der *Accounter*, die nichts herstellen können, wohl aber die Rahmenbedingungen jeder Herstellung definieren lernen. Und das ist dann auch das Kennzeichen ihrer Teilhabe an herrschaftlichen Machtverhältnissen: Ausübung der *Definitionsmacht* über „Märkte" als Handlungsrahmen unternehmerischer Subjekte.

Die gesamte Entwicklung scheint nun ganz und gar der Möglichkeit *kollektiver Erfahrung als Klassenerfahrung* zuwider zu laufen. Teilweise mag dies zutreffen, aber auch nur dann, wenn man die Klassenerfahrung reduziert auf die herrschaftliche Integration im Arbeitsprozess, damit auch die mögliche Kollektivität und Solidarität auf das Zwangskollektiv und die Fabrikdisziplin reduziert. Ganz anders dagegen, wenn man von der Grunderfahrung der Prekarität als Proletarität ausgeht. Um es zu wiederholen: Schon im Zustand objektiver Armut tritt der Klassengegensatz hervor. In den verschiedenen Varianten prekarisierter Arbeitsverhältnisse – sowohl der Auftrags- wie Lohnabhängigen – wird diese Trennung von den Produktionsmitteln im Besonderen und der „Protokollmacht" im Allgemeinen deutlich erfahrbar. Insoweit haben wir es keinesfalls mit einer neuen, sondern der klassischen „Proletarität" zu tun.

Neu dagegen ist, dass es sich um die Proletarität *hoch entwickelter kapitalistischer Subjekte handelt* – um hochgradig vergesellschaftete Individuen. Weder Freelancer noch neue selbstständig Abhängige oder abhängig Selbstständige werden aus einer vor- oder nichtkapitalistischen Lebenswelt herausgerissen. Sie sind, manchmal bis auf die einfachsten Dienstleistungen heruntergebrochen, *Manager ihres verkehrten Selbst*. Darin verfügen sie aber auch über hohe Fähigkeit von Selbstorganisierung, die freilich kapitalistisch verkapselt bleibt.

Der Antagonismus im Kapitalverhältnis ist keineswegs aufgehoben, an seiner Zentralität zu zwei-



feln, wäre fahrlässig. Doch er zerstreut sich auch zunehmend in die Individuen selbst – in den abgründigen Kampf um die Ressourcen der Selbstökonomisierung. Als entwickelte kapitalistische Subjekte können solche Individuen fürs Kapital zu Zeitbomben werden, wenn sie den Kampf zum Schutz ihrer Ressourcen aufnehmen. Und dies auch nur dann, wenn sie sich in einer neuen, *freien Kollektivität* gemeinsam ihrer Selbst-Ausbeutung und damit zu einem Gutteil ihres fremd eigenen Selbst widersetzen.

Wie dies gelingen kann, lasse ich hier offen. Vorerst allgemein und ein wenig diffus bleibend kann aber schon gesagt werden, dass eine freie Kollektivität sich weder aus der alten Fabrikdisziplin noch aus einem Marktkartell postfordistischer Marktarbeiter ableiten lässt. Die Subversion beginnt dort, wo Menschen sich in ihren Besonderheiten, als Individuen, begegnen – und lernen, dass kollektiver Schutz eben der Entfaltung von realer Individualität und nicht von Standards dient.

Wie und wo wird dies heute zur Diskussion gestellt? Die gesamte Diskussion über Prekarität und Prekarisierungen kreist zumeist um sozial- und wohlfahrtsstaatliche Absicherung oder auch nur die fürsorgliche Abfederung von Flexibiltät. Um die Absicherung eben der *frei gesetzten Unfreien* und der *unfreien frei Gesetzten*. Das ist zunächst auch erforderlich, denn die Sozialleistungen erhalten angesichts des Dumpings von Löhnen und Honoraren eine immense Bedeutung. Aber es gibt darin eine gefährliche Tendenz, die sich im Slogan nach mehr *Flexicurity* ausdrückt: als Amalgam aus *Flexibility* und *Security*, also als sozial- und wohlfahrtsstaatliche Absicherung von unternehmerischer Flexibilität durch Grundsicherungsformen. *Flexicurity*. Darin findet man im Übrigen schon die Leitlinie eines postfordistischen Sozialstaats im Sinne von Globalsteuerung. Stattdessen müsste die Diskussion und auch die Aktion sich wieder direkt den Basisprozessen zuwenden und dort nach den Rissen im Grund des Kapitalverhältnisses fahnden (Risse im Grund, die man hin und wieder – und sogar immer öfter – in Schriften wie den Marxschen „Grundrissen“ findet). Diese Suche nach dem Riss im Grund des Kapitals ist auch eine höchst empirisch Angelegenheit. Eine Frage dabei wäre: „Wie haltet ihr es denn mit euch und eurem ‚Selbst‘, Genossinnen und Genossen?“

Ob alles darauf hinlaufen muss, die Spiegel zu zerschlagen, in denen man uns dies üble Subjekt des Selbst-Unternehmens als Spiegelbild hinhält, weiß ich nicht. Es wird schon reichen, die Spiegel zu verhängen – mit roten, schwarzen oder auch Regenbogenfahnen. Und sich dann einfach umzudrehen und den Anderen zuzuwenden, auch wenn diese noch vom fremd eigenen Spiegelbild gefangen sind. Und dann wird man sich auf einen Weg machen müssen, der nicht derselbe aber ähnlich dem von Paula Thiede und Stephan Born ist. Es ist nicht derselbe Weg, er geht aber in dieselbe Richtung. Und ich hoffe, wir kommen ein Stück weiter. Und das heißt auch – über die *„Arbeit“* hinaus.

E-mail: mail@martin-dieckmann.com

* Dieser Artikel wurde erstmals in: „DIE AKTION“ in der Edition Nautilus veröffentlicht.

Engelbert Stockhammer

Marxsche Wert- und Krisentheorie
Ein Bericht aus dem angelsächsischen Elfenbeinturm

Der Autor dankt Roland Atzmüller, Stefan Ederer und der grundrisse-Redaktion für kritische Diskussion und konstruktive Kommentare.

Ende der 60er Jahre erlebte die marxistische Diskussion eine Renaissance in den westlichen Ländern. StudentInnen-, Friedens- und (vor allem in den USA) Bürgerrechtsbewegung führten zu einem gestiegenen Interesse an sozialkritischen Theorien, das auch den Marxismus betraf, der politisch bis dato vom real existierenden Sozialismus dominiert war. Anders als in den deutschsprachigen Ländern fand dies in den angelsächsischen Ländern auch personellen Niederschlag in den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten. Sowohl in den USA als auch in Großbritannien wurden MarxistInnen als ÖkonomInnen in Lehre und Forschung beschäftigt.[1] Es entwickelte sich eine eigene ökonomische Diskussion, die im deutschsprachigen Raum wenig bekannt ist. Über diese soll im Folgenden ein kurzer und notwendigerweise eklektischer Überblick gegeben werden.[2]

Es überrascht wohl kaum, dass die unterschiedliche akademische Ausbildung und Institutionalisierung zu unterschiedlichen Diskussionen führten. Namentlich der ausgiebige Gebrauch von mathematischen Modellen und quantitativen Methoden in der Ökonomie erweist sich oft als Verständnisbarriere. Teils um den Standards der eigenen Disziplin gerecht zu werden, teils wohl aus der Überzeugung, dass es zum Erkenntnisgewinn beitrage, gebrauchen auch marxistische ÖkonomInnen nunmehr Mathematik und Statistik, wie ein Blick in den *Review of Radical Political Economy* bestätigt. In diesem Artikel wird Ökonomie im engen, akademischen Sinn gebraucht. Damit ist keine Wertung darüber impliziert, ob die Methoden der modernen Wirtschaftswissenschaften adäquat oder auch nur nützlich für die Marxsche Theorie sind, sondern es wird eine reale Spaltung in der marxistischen Diskussion beschrieben. Wie sich die Ökonomie von anderen Sozialwissenschaften losgelöst hat (zumindest ihrem eigenen Selbstverständnis nach), so hat sich auch Marxsche Ökonomie oft weit von anderen marxistischen Forschungsbereichen entfernt.

Gegenstand dieses Aufsatzes sind also diverse Debatten in der angelsächsischen Marxschen Ökonomie. Der Aufsatz beginnt (Abschnitt 1) mit einer allgemeinen Verortung der Marxschen Ökonomie im Rahmen des Westlichen Marxismus. Hier wird auch der weite Marxismus-Begriff, der hier verwendet wird, gerechtfertigt. Abschnitt 2 widmet sich der Werttheorie. Drei prominente Lösungen des Transformationsproblems werden in einem Kasten

kurz formal behandelt. Abschnitt 3 widmet sich Diskussionen der Krisentheorie und Abschnitt 4 bietet Schlussbetrachtungen.

1. Westlicher Marxismus und Marxsche Ökonomie bis 1968

Perry Anderson (1976) verwendet den Begriff Westlicher Marxismus um die Entwicklung der marxistischen Theoriebildung nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg zu beschreiben. In dieser Zeit bildet sich eine heterogene marxistische Tradition, die neue Fragen stellte und vom Sowjetkommunismus theoretisch unabhängig war. Der Westliche Marxismus umfasst die Frankfurter Schule ebenso wie den marxistischen Existenzialismus und den Strukturalismus. Die Unterschiede zwischen Klassischem und Westlichem Marxismus sind ebenso sehr institutioneller wie theoretischer Art. Während bis zur Russischen Revolution die führenden marxistischen TheoretikerInnen auch politisch führend in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung tätig waren, ist dies für die Westlichen MarxistInnen mit wenigen Ausnahmen (v.a. Gramsci) nicht der Fall. So waren Herbert Marcuse und Jean Paul Sartre zwar politisch aktiv, aber nicht notwendigerweise in den kommunistischen Parteien. Auch ist eine Akademisierung der Diskussion erfolgt: Die meisten ProponentInnen sind an Forschungsinstitutionen beschäftigt, die Diskussionsorgane sind oft wissenschaftliche Zeitschriften und nicht politische, auch wenn der Übergang hier zweifellos oft fließend ist. Ein Kennzeichen fast aller Westlichen Marxismen ist die starke Bezugnahme auf zeitgenössische nicht-marxistische Literatur und die Aufnahme und Verarbeitung von deren Themen und Argumenten.[3] Zunehmend organisieren sich marxistische Diskussionen entlang von akademischen Disziplinen und nicht nach politischen oder organisatorischen Gesichtpunkten. Ob Geschichte, Ethnologie, Soziologie, Philosophie oder eben Ökonomie, marxistische Diskussionen haben sich spezialisiert und diszipliniert (im doppelten Sinne).

Die Entwicklung der Marxschen Ökonomie passt strukturell gut in den von Anderson skizzierten Westlichen Marxismus. Im Falle der Ökonomie erfolgte die Akademisierung im angelsächsischen Raum allerdings erst nach der StudentInnenbewegung. Davor gab es in den USA praktisch keine MarxistInnen auf einem Lehrstuhl für Ökonomie.[4] Anders in Großbritannien. Dort hatte sich in Cambridge eine Gruppe von kritischen ÖkonomInnen gefunden, die später unter dem Namen Postkeynesianer oder Neoricardianer[5] bekannt wurden und stark von Keynes und Ricardo beeinflusst waren. Sie arbeiteten vor allem zur Frage der Wachstums-, Produktions- und Verteilungstheorie. Unter diesen war Michal Kalecki (1987), der von Marx kommend ähnlich wie Keynes eine Theorie der effektiven Nachfrage entwickelte. Für die weitere Entwicklung der Marxschen Ökonomie bedeutendsamer war allerdings Piero Sraffa, ein italienischer Kommunist und Freund Antonio Gramscis, der durch Unterstützung von John Maynard Keynes mit der Herausgabe der Werke David Ricardos beauftragt worden war. Sraffa (1960) formalisierte einige Argumente Ricardos und legte damit den Grundstein für die Attacke der Postkeynesianer gegen die neoklassische Verteilungstheorie. Gemäß der neoklassischen Theorie werden alle Produktionsfaktoren nach ihren jeweiligen Grenzproduktivitäten entlohnt. Der Lohn ist demnach gleich dem Grenzprodukt der Arbeit, d. h. dem Output das ein zusätzliche Arbeiter oder eine zusätzliche Arbeiterin herstellt. Der Profit ist durch das Grenzprodukt des Kapitals gegeben. Die jeweiligen Grenzprodukte sind technologisch determiniert, die Verteilungstheorie ist damit entpolitisiert: Die Einkommensverteilung hängt nicht von der relativen Stärke von Arbeit und Kapital im Klassenkampf ab, sondern ist schlicht eine Folge der verwendeten Produktionstechnologie.

In den *Kapitalkontroversen* demonstrierten die Postkeynesianer (J. Robinson, P. Garegani, L. Pasinetti), dass die (makroökonomische) neoklassische Verteilungs- und Produktionstheorie logisch inkonsistent ist. Die Debatte wurde auf mathematisch hohem Niveau (unter Verwendung von linearer Algebra) geführt und ist nicht einfach zusammenfassbar, die Grundlage für die Widersprüche in der neoklassischen Verteilungstheorie sind jedoch schlicht: um das Grenzprodukt des Kapitals zu kennen, müsste der Wert der Kapitalgüter bekannt sein. Dieser hängt aber von den Löhnen und der Profitrate ab. Es sind die Grenzprodukte (von Arbeit und Kapital) also nicht unabhängig von der Einkommensverteilung determiniert. Dies bedeutet auch, dass die Grenzprodukte von Kapital und Arbeit nicht rein technologisch bestimmt werden können. Wie in der Debatte gezeigt wurde, führt dies zu Widersprüchen im neoklassischen Kapitalbegriff (in der makroökonomischen Version der Theorie).[6]

Sraffa und die Postkeynesianer hatten ihre Theorien und Modelle als Kritik an der Neoklassik entwickelt. Diese Modelle sollten jedoch auch zum üblichen Referenzsystem in der marxistischen Werttheorie werden. Den Grundstein dafür legten nicht zuletzt Maurice Dobb und Ronald Meek, die beide Sraffa nahestanden und (wie vermutlich Sraffa) die Marxsche Arbeitswerttheorie in der Tradition Ricardos sahen und als logisch der neo-

klassischen Theorie überlegen betrachteten. Für sie war der (logisch) erfolgreiche post-keynesianisch/neoricardianische Angriff auf die Neoklassik der Auftakt zur Rehabilitierung der Marxschen Theorie.[7] Die ricardianische Tradition betont die Werttheorie als eine Theorie der (relativen) Preise und sieht die Arbeitswerte als streng unabhängig von den Preisen. Beide Punkte sollten in der werttheoretischen Diskussion der 1970er und 80er Jahre in Frage gestellt werden.

2. Werttheorie

Mit den sozialen Bewegungen der 60er Jahre erwachte auch das Interesse an der Marxschen Theorie neu. Die Werttheorie steht im Zentrum der Marxschen Ökonomie, da sie die fundamentalen Begriffe und Relationen bestimmt. Speziell die Theorie der Ausbeutung, aber auch die Krisentheorie hängen an der Arbeitswertlehre. Gemäß dieser ist der Wert einer Ware bestimmt durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen, abstrakten Arbeitszeit. In den meisten Versionen der Arbeitswerttheorie wird postuliert, dass die Werte (als nicht direkt beobachtbare Größen) die tatsächlichen Austauschverhältnisse, d.h. die Preise bestimmen. In einer realen Ökonomie werden Waren natürlich nicht zu Werten, sondern zu Preisen bewertet, d.h. ge- und verkauft. Die Frage des Verhältnisses von Werten zu Preisen ist daher ein fundamentales Problem der Marxschen Ökonomie (bzw. jeder anderen Arbeitswerttheorie) und war bereits im 19. Jahrhundert von Eugen von Böhm-Bawerk als potentielle Schwachstelle des Marxismus erkannt worden. Heute ist es als *Transformationsproblem* bekannt (siehe Kasten weiter unten).

In den 60er und 70er Jahren entflammt die Diskussion um das Transformationsproblem von neuem. Nicht nur der berühmte bürgerliche Ökonom (und Nobelpreisträger) Paul Samuelson verfasste eine Kritik der Arbeitswertlehre, sondern die neoricardianischen Argumente wurden von Ian Steedman, der sich zu dieser Zeit als Marxist betrachtet, in *Marx after Sraffa* (1977) gegen die Arbeitswerttheorie gewandt. Kritik kam also sowohl von außen als auch von innen. Steedmans Kritik war die folgende: Die Werte sind den Preisen nicht in einem logisch-mathematischen Sinn vorgelagert. Die gleichen Informationen, die die Bestimmung von Preisen erlauben, erlauben auch die Berechnung von Arbeitswerten. Die Berechung von Arbeitswerten ist zur Erklärung von Preisen nicht notwendig, sondern stellt bloß einen ‚Umweg dar. Unter bestimmten Umständen (der Herstellung von mehr als einem Produkt in einem Produktionsprozeß) kann es zu unsinnigen (z.B. negativen) Arbeitswerten kommen. Arbeitswerte, so Steedman, sind daher im besten Fall redundant, oft unsinnig, die Arbeitswertlehre sei daher ein Irrweg, der aufzugeben sei. (Entfremdung wurde von Steedman als wichtiges soziales Phänomen anerkannt, aber als unabhängig von der Arbeitswerttheorie betrachtet). Nicht wenige marxistische ÖkonomInnen folgen explizit oder implizit der neoricardianischen Kritik und verwenden werttheoretische Konzepte nicht mehr. Dies hat (zumeist) zur Folge, dass zwar die Einkommensverteilung thematisiert wird, nicht aber Ausbeutung.

Die neoricardianische Kritik an der Arbeitswerttheorie führte zu verschiedenen Reaktionen. Zur Debatte standen nun die Frage, was die Arbeitswerttheorie eigentlich erklären solle und, eng damit verbunden, das Verhältnis von Ricardo und Marx. Insbesondere Vertreter der *value form analysis* (Wertformanalyse) insistieren, dass die Marxsche Arbeitswerttheorie der (qualitativen) Analyse von gesellschaftlichen Formen diene und nicht der (quantitativen) Erklärung der Preise (Elson 1979). Speziell der Versuch Preise von Werten abzuleiten wurde als irrelevant zurückgewiesen. Kurz, Steedmans Werttheorie sei die von Ricardo, nicht die von Marx. Dieser Diskussionsstrang ist der rezenten deutschen Diskussion um monetäre Werttheorie nicht unähnlich und weist die Verwendung mathematischer Modelle zurück.

Seit den 70er Jahren wurden auch mehrere alternative Lösungen des Transformationsproblems vorgeschlagen. Sie alle sind in Modellen mit linearen Produktionstechnologien formuliert und werden im Kasten ausführlicher besprochen. In der *New Solution* werden die Löhne als Geldlöhne interpretiert, die einen abstrakten Anspruch auf einen Teil der gesellschaftlichen Produktion bilden, und nicht wie bei Marx und Steedman als reale Löhne im Sinne des Warenkorbs (Lipietz 1982,

Duménil 1983). Nach der *Overdeterminist Solution* gehen Produktionsmittel (konstantes Kapital) zu Preisen und nicht zu Werten die Wertbildung ein. Werte sind damit nicht mehr unabhängig von Preisen, sondern werden simultan bestimmt (Wolff, Callari and Roberts 1982). Der *Temporary Single System* Ansatz weist den Gleichgewichtsansatz, der den anderen Ansätzen zugrunde liegt, zurück und bewertet Kapitalgüter zu historischen Arbeitswerten (Freeman and Carchedi 1996). Das Transformationsproblem, seine „Lösungen“ und seine Relevanz werden in einem Kasten ausführlicher behandelt.

Die werttheoretische Debatte hat sich also breit aufgefächert. Vom Marxismus ohne Werttheorie bis zu Werttheorie als qualitativem Ansatz und als quantitativem, analytischem Instrumentarium existieren verschiedenste Positionen. *Die* Werttheorie gibt es also nicht mehr. Was ihr Untersuchungsgegenstand und ihre Prämissen sind, wird unterschiedlich interpretiert. Die werttheoretische Diskussion war in den letzten Jahrzehnten deutlich vom Transformationproblem dominiert, daneben wurden aber auch andere Fragen diskutiert wie die nach der Definition von produktiver und unproduktiver Arbeit und jener der Reduktion komplizierter auf einfache Arbeit.

Alle existierenden Gesellschaften sind natürlich nicht rein kapitalistisch, sondern beinhalten auch andere Produktionsweisen. Welche Modifikationen macht die Analyse einer solchen sozialen Formation mit multiplen Klassenstrukturen in der Werttheorie nötig? Diese Frage wurde nur an den Rändern der Diskussion der Werttheorie gestellt. Die Frage, wie die unbezahlte Hausarbeit in die Werttheorie passe, war Gegenstand der intensiven *domestic labor debate*, die versuchte, Ausbeutung im Haushalt in die Marxsche Ausbeutungstheorie zu integrieren.[8] Die Frage der vorkapitalistischen Produktionsweisen wurde in der Imperialismusdebatte aufgeworfen, in der Vertreter der Weltsystemtheorie argumentierten, dass nicht-kapitalistische Produktionsverhältnisse oft erst durch das kapitalistische Weltsystem gefördert wurden.

Bemerkenswert ist, dass die Erkenntnisse dieser Diskussionen kaum zum Kern der werttheoretischen Debatte zurückflossen. Die Diskussion des Transformationsproblems ebenso wie die der Grundkategorien der Werttheorie nimmt nach wie vor eine perfekte kapitalistische Ökonomie als Ausgangspunkt. Mit dem schwindenden Interesse an marxistischen Theorien seit Mitte der 80er Jahre wurde auch die Diskussion um die Werttheorie leiser und zu einem Nischenthema. Die bedeutendste Entwicklung seitdem ist vermutlich, dass vermehrt Versuche unternommen wurden, Arbeitswerte empirisch füllen. Shaik und Tonak (1994) legten z.B. für die USA eine Studie vor, in der sie die Arbeitswerte für sämtliche Industriesektoren für mehrere Jahrzehnte berechneten. Es existiert sozusagen eine marxistische Alternative zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Ab Mitte der 80er Jahre ging das Interesse an der Marxschen Ökonomie deutlich zurück, auch wenn einige der Zeitschriften überlebt haben wie *Capital and Class* in Großbritannien und der *Review of Radical Political Economy* in den USA. Daneben gibt es einige traditionsreichere Zeitschriften wie *Science and Society* und die *New Left Review*. Renommierte Mainstream Zeitschriften (wie der *American Economic Review* oder das *Economic Journal*), hatten in den 1970ern und frühen 1980ern einige (wenige) Artikel zur Marschen Ökonomie abgedruckt, sind aber nunmehr für diese völlig verschlossen. Universitär führt die Marxsche Ökonomie ein Nischendasein, nur an wenigen Universitäten ist sie im Lehrprogramm vertreten. Die globalisierungskritischen sozialen Bewegungen der letzten Jahre haben das Interesse an Marxschen Themen wieder etwas aufleben lassen, wie weit dies zu einer neuen Renaissance der Marxschen Ökonomie führen wird, bleibt abzuwarten.

3. Krisentheorie

In Marx´ eigenen Schriften sind vor allem zwei Erklärungen der Entstehung von Krisen enthalten. Einerseits die klassenkämpferische Theorie der industriellen Reservearmee. Die Arbeitslosigkeit steigt demnach in der Krise an und drückt die Löhne, und schmilzt im Aufschwung dahin, wodurch die ArbeiterInnen höhere Löhne erreichen können, ohne aber gänzlich zu verschwinden. Diese Theorie ist eng verbunden mit der Theorie des Konjunkturzyklus. Zweitens, die Theorie des tendenziellen Falls der Profitrate, der auf die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals zurükkzuführen ist. Diese wiederum entsteht, da der in-



dividuelle Kapitalist ArbeiterInnen durch Maschinen ersetzen werde um seinen Profit zu steigern, aber damit die Quelle des Mehrwerts, der ja nur von lebendiger Arbeit geschaffen werden kann, für die Kapitalistenklasse als gesamte unterminiere. Daneben gibt es bei Marx noch einige positive Referenzen zu einem Nachfragemangel (oft Unterkonsumtionstheorie genannt), den er als generelle Krisentheorie aber zurückweist, und auch zur Theorie von spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten, die allerdings eher als Symptom denn als Ursache von Krisen gesehen werden.

All diese Theorien tauchen in der marxistischen Diskussion in verschiedenen Facetten immer wieder auf. Zunächst in der Diskussion der Frage, ob Krisentendenzen mechanisch wirken und das Ende der Kapitalherrschaft daher vorhersagbar wäre, oder ob die ArbeiterInnenbewegung aktiv (in der Kritik: voluntaristisch) die Macht des Kapitals brechen müsse. Ebenfalls in die frühen Phasen der Diskussion fallen etliche numerische Illustrationen der Notwendigkeit des Falls der Profitrate (z.B. von H. Grossmann und O. Bauer). Wie in anderen Bereichen der Marxschen Ökonomie unterscheidet sich die moderne Diskussion anhand mehrerer Dimensionen. Erstens ist die Debatte zunehmend eine akademische und nur sekundär eine politische. Die HauptteilnehmerInnen sind an Universitäten und nicht führende Vertreter von politischen Organisationen.[9] Zweitens, damit verbunden: die Formalisierung. Sowohl was die mathematische Modellbildung als auch die statistischen Methoden angeht, ist die Diskussion eine wissenschaftliche in dem Sinne, dass sie von AkademikerInnen für AkademikerInnen geführt wird. Drittens, nahm die Debatte eine klar empirische Wendung. Zwar gibt es kein allgemein akzeptiertes Schema zu Evaluierung von Krisenursachen, aber seit den 1970er Jahren hat sich ein Konsens breit gemacht, dass es mehrere Krisenursachen geben kann und die Frage, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt überwiegt, eine empirische ist.

Wohl der meist-zitierte Beitrag (und einer der ersten) der formalen Diskussion ist Okishio (1961). Das *Okishio Theorem* besagt, dass in einer Wirtschaft mit fixen Reallöhnen und Kapitalgütern mit einjähriger Lebensdauer eine arbeitssparende technische Innovation die Profitrate erhöht und nicht senkt. Das Okishio-Theorem wird oft als Widerlegung des Marxschen tendenziellen Falls der Profitrate angeführt. Dies war jedoch nicht, was Okishio intendiert hatte. Seine Schlußfolgerung lautet vielmehr, dass es keinen Automatismus gäbe, der zur Krise führe, sondern dass es des aktiven Kampfs der ArbeiterInnenklasse bedürfe. Okishio wies hingegen auch nach, dass die mögliche (oder maximale) Profitrate sinke. Die Stärke des Okishio-Theorems liegt darin, dass demonstriert wurde, dass in einem Mehr-Sektoren-Modell ein arbeitssparender technischer Fortschritt in *einem* Sektor die Profitrate in *allen* Sektoren erhöhen werde.

Die Frage, wie bei allen derartigen Modellen, ist natürlich, ob die Annahmen den Marxschen Argumenten gerecht werden. Da selbige mitunter nicht eindeutig sind, ist dies schwer anhand der Originaltexte zu beantworten. Die Antworten verschiedener MarxistInnenen hängen dann von ihrer Marxinterpretation ab. Die Annahme von ein-jährigen Kapitalgütern mag zunächst bloß wie ein vereinfachende Annahme aussehen, bietet jedoch für eine Diskussion von Veränderung der Kapitalintensität (diese ist grob gesprochen das moderne Äquivalent zur organischen Zusammensetzung des Kapitals) ein enges Korsett, werden doch definitionsgemäß langlebige Kapitalgüter aus der Betrachtung ausgeschlossen. Diese spielten aber bei Marx eine entscheidende Rolle. In der Zwischenzeit wurden mehrere Modelle mit langlebigen Kapitalgütern vorgestellt, bei der es zu einem Fall der allgemeinen Profitrate aufgrund des profit-maximierenden Verhaltens einzelner Kapitalisten kommen kann (z.B. Baldani und Michl 2000). Diese Modelle sind jedoch weit weniger allgemein als jene von Marx.[10]

Neben den Argumenten zur organischen Zusammensetzung wurden auch die anderen Argumente deutlich ausgebaut und, zumeist, formalisiert. Die Diskussion der *Realisierungskrisen* ist stark mit dem Namen Paul Sweezy (1942) aber auch Joan Robinson und Michal Kalecki verbunden, die die Ähnlichkeit gewisser Marxscher Argumente mit denen von John Maynard Keynes betonten. Sweezy war nach der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre die theoretisch dominierende Figur in der marxistischen Nationalökonomie. Der Kern seines Arguments ist, dass eine Krise dann entstehen kann, wenn zwar Mehrwert produziert wurde, aber zuwenig Nachfrage vorhanden ist um diesen monetär zu realisieren. Dieser Mangel an Nachfrage kann in zu niedrigen Löhnen oder einer geringen Investitionsneigung seitens der Kapitalisten begründet liegen und, nach Keynes, durch aktive Nachfragepolitik seitens des Staates kompensiert werden. In Baran und Sweezys Werk (1966) Monopolkapital wurde der moderne Kapitalismus als von verschiedenen unproduktiven Ausgaben, v.a. Rüstungsausgaben, dominiert gesehen, die für die Reproduktion des Systems notwendig sind.

Eine formale Analyse des *Reservearmee*arguments zur Erklärung des Konjunkturzyklus wurde von Goodwin (1967) vorgelegt. In seinem spartanischen Modell führt eine Erhöhung der Profite zu

mehr Investitionen und weniger Arbeitslosigkeit. Weniger Arbeitslosigkeit erhöht den Lohndruck und verringert die Profite. Das Ergebnis ist ein stabiler Zyklus. Godwins Arbeit ist einer der Klassiker des mathematisch orientierten Marxismus, der Aspekte der Marxschen Theorie mit den Mitteln der zeitgenössischen Ökonomie reforumlierte und so demonstrierte, dass aus der Marxschen Ökonomie (im Gegensatz zu anderen ökonomischen Theorien) eine Konjunkturtheorie abgeleitet werden kann.

Die Betonung des Klassenkampfs in der Krisentheorie erhielt mit Glyn und Sutcliff (1972), sowie mit Boddy und Crotty (1975), unter dem Namen *profit squeeze* neuen Auftrieb. Erstere demonstrierten empirisch, dass die Krise der späten 60er durch steigende Lohnforderungen der ArbeiterInnenklasse hervorgerufen wurde und betonten damit das autonome Element in den Klassenkkämpfen. Zweitere betonten, dass die staatliche Konjunkturpolitik auch zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und damit zur Regulierung der Stärke der ArbeiterInnenklasse eingesetzt werden kann und, so Boddy und Crotty, auch wurde.

Die Modell-orientierte Analyse der Profitrate war im Allgemeinen kein allzu ergiebiger Pfad der Diskussion. Zwar konnten die Grenzen einiger naiven Aussagen verdeutlicht werden, für einen verschiedene Diskussionsstränge verbindenden Ansatz erwies sie sich jedoch als wenig hilfreich, nicht zuletzt, da ein voll ausspezifiziertes Marxsches Wachstumsmodell notwendig wäre, über das allerdings keine Einigung in Sicht ist. Dahingegen hat sich die empirische (statistische) Analyse als ein deutlich breiteres Diskussionsfeld herausgestellt. Einer der frühesten und einflussreichsten Artikel in dieser Richtung war Weisskopf (1979). Ohne Verwendung von werttheoretischen Kategorien und ohne a priori eine bestimmte Version der Marxschen Krisentheorie zu bevorzugen, schlägt er folgende einfache, aber interessante Dekomposition der Profirate vor:

Profitrate: $r = \left(\frac{R}{Y}\right)\left(\frac{Y}{Y^*}\right)\left(\frac{Y^*}{K}\right)$

Um diese Dekomposition zu verstehen, muss man sich die Definition der Profitrate vergegenwärtigen. Die Profitrate ist die Summe der Profite dividiert durch das eingesetzte Kapital. Wenn wir die Profitrate r nennen, die Summe der Profite R und das eingesetzte Kapital K, dann ergibt sich daraus die Formel r = R/K. Wenn wir diesen Ausdruck mit eins multiplizieren ändert er sich natürlich nicht, ebensowenig wenn wir ihn mit dem Ausdruck Y/Y oder Y*/Y* multiplizieren. Genau das tut Weisskopf. Wie ersichtlich, kann seine Formulierung der Profitrate auf r = R/K gekürzt werden. Aber die kompliziertere Formulierung ermöglicht eine interessante Interpretation. Was also sind Y und Y*? (Die verwendeten Variablennamen tun nichts zur Sache, entsprechen aber den in der Wirtschaftswissenschaft üblichen Konventionen) Y steht für das Volkseinkommen, was in etwa dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) entspricht und Y* ist das so genannte potenzielle Volkseinkommen, d.h. jenes Einkommen, das bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten möglich wäre. Dieses ist natürlich in Praxis unmöglich exakt zu berechnen, aber Schätzungen werden von den WirtschaftsforscherInnen publiziert.

Die in Weisskopfs Formulierung eingeklammerten Ausdrücke haben nun ökonomische Interpretationen. (R/Y), also Profit im Verhältnis zu Volkseinkommen, ist die sogenannte Profitquote. Diese kann als ein Maß für Marx´ Exploitationsrate, die Ausbeutungsrate genommen werden. Der zweite Term (Y/Y*) ist das tatsächliche im Verhältnis zum technisch möglichen Einkommen, es ist also ein Maß für die Kapazitätsauslastung. Der letzte Term, (Y*/K), der potenzielle Output im Verhältnis zum eingesetzten Kapital, auch Kapitalproduktivität genannt, ist ein Maß für den technischen Fortschritt, ähnlich Marx´ organischer Zusammensetzung des Kapitals. Weisskopfs Formulierung zerlegt also die Profitrate in ihre Bestandteile Profitquote, Kapazitätsauslastung und Kapitalproduktivität. Dies entspricht den Hauptpositionen in der Marxistischen Krisentheorie: Klassenkampf um Einkommensverteilung („profit-squeeze“), Nachfrageentwicklung (Stichwort „Realisierungskrise“) und die „steigende organische Zusammensetzung des Kapitals“. Die Attraktivität dieses Ansatzes besteht darin, dass die erforderlichen Daten relativ leicht verfügbar sind, und dass so mit einem einheitlichen Ansatz verschiedene Krisenursachen simultan berücksichtigt werden können.

Zahlreiche aktuelle Marxistische Arbeiten verwenden nunmehr einen ähnlichen Ansatz, wenn auch im Detail Unterschiede vorhanden sind. Shaikh und Tonak (1994) verwenden Arbeitswerte und betonen die Unterscheidung produktiver und unproduktiver Sektoren, Duménil und Lévy (1993) betonen die Rolle von verschiedenen Formen technologischer Entwicklung, Brenner (1998) wiederum die Rolle von innerkapitalistischer Konkurrenz, v.a. zwischen den Oligopolen verschiedener Nationalstaaten. Cullenberg (1994) ist eine der wenigen Ausnahmen, die den empirischen Zugang von vornherein ablehnen.

Die politischen Implikationen der verschiedenen Krisentheorien sind nicht immer offensichtlich. Am

klarsten sind sie noch bei der *profit squeeze* Theorie. Gemäß diesem Ansatz verursacht eine erstarkte ArbeiterInnenbewegung die Krise. Damit werden die Grenzen reformistischer, sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatspolitik aufgezeigt: Irgendwann (historisch: in den 70er Jahren) treten die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen und die daraus resultierenden hohen Lohnsteigerungen in Widerspruch mit dem Akkumulationsimperativ. Die Gegenposition dazu wird von Vertretern der Realisierungs- und Unterkonsumtionstheorien vertreten. Hier unterminieren die Lohnsenkungen die Nachfrage und damit die Akkumulationsdynamik. Zumindest partiell gibt es daher Spielraum für sozialdemokratische Politik. Die Argumente über die steigende organische Zusammensetzung betonen, dass die Krisentendenzen unabhängig von den Verteilungskämpfen eintreten werden.[11] In dieser Theorie werden die Widersprüche, die sich durch die Konkurrenzbeziehungen zwischen einzelnen Kapitalisten ergeben mehr betont als in den ersten beiden Ansätzen.

4. Schlussbemerkungen

Dieser kurze Überblick über Entwicklungen in der Marxschen Ökonomie mag zunächst etwas verwirrend erscheinen. Nicht-ÖkonomInnen werden viele der Debatten als reichlich abstrakt und formal erscheinen. Der einstmalige Kern der Marxschen Theorie ist nunmehr nicht mehr vornehmlich Teil einer polit-ökonomischen Analyse mit dem Ziel einer politischen Strategiebildung, sondern wurde augenscheinlich zu einem beträchtlichen Teil akademischer Selbstzweck. Auf den zweiten Blick sollte dies nicht allzu sehr überraschen. Die Debatte hat sich von den politischen Organisationen und Parteischulen auf die Universitäten und wissenschaftlichen Publikationen verlagert. Diese Entwicklung ist kaum ein Spezifikum der Marxschen Ökonomie, sondern gilt ähnlich für andere Zweige der marxistischen Theoriebildung (Philosophie, Soziologie etc.) und wurde bereits von Perry Anderson als ein Merkmal des Westlichen Marxismus hervorgehoben.

Da es nunmehr keine Parteilinie als absoluten Bezugspunkt mehr gibt, mag zunächst auch die Vielfalt der verschiedenen Positionen als überwältigend erscheinen. Auch dies sollte jedoch nicht überraschen. Marxismus bzw. Marxismen als Wissenschaft (im Gegensatz zu Parteiideologie) ist zwangsläufig vielfältiger und offener im Übernehmen von „bürgerlichen" Theorieelementen. Als Hauptkennzeichen der Entwicklung Marxschen Ökonomie wurde daher neben der Akademisierung die Formalisierung und Verwendung von mathematischen und statistischen Methoden, die dem *state of the art* der Wirtschaftswissenschaften entsprechen, festgemacht. Während in den 1970er Jahren die marxistischen Diskussionen bis in die zentralen Journale der Wirtschaftswissenschaft vordrangen, führen sie nun ein Nischen-Dasein. In diesen Nischen gibt es einige wenige Journale und Universitätslehrgänge, die Ausbildung und Diskussion ermöglichen.

In der Entwicklung von Wert- und Krisentheorie fällt deren Loslösung voneinander auf. Werttheoretische Debatten bleiben bis in Gegenwart gekennzeichnet von tief greifenden Unterschieden in der Interpretation der zentralen Begriffe und analytischen Strukturen (z.B. das Verhältnis von Preisen und Werten). Tatsächlich existieren mehrere elaborierte marxistische „Lösungen" zum Transformationsproblem. Daneben wird aber auch das Problem als solches mitunter geleugnet. Dies ist sowohl ein Fortschritt als auch ein Rückschritt. Ein Fortschritt, da die vom Mainstream gestellte Herausforderung einer analytischen Darstellung nun effektiv bewältigt wurde; ein Rückschritt, weil die dabei entwickelten Modelle weit von empirischer oder politischer Umsetzung entfernt sind und weil innerhalb der marxistischen Diskussion kein Konsens über Grundfragen erzielt wurde, sondern unterschiedliche Positionen verfestigt wurden. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund hat sich die Diskussion um Krisentheorie von der werttheoretischen Basis entfernt und eine empirische Wendung genommen. Mehr als in der Werttheorie bietet hier die empirische Forschung einen Bezugspunkt, der zwischen verschiedenem marxistischen Positionen eine gemeinsame Diskussion ermöglicht.

Die Marxsche Ökonomie ist, wie wohl die Marxsche Theorie überhaupt, nun weit von ihrer Renaissance der 60er und 70er Jahre entfernt. In den Universitäten und in den akademischen Organisationen werden recht oder schlecht Nischen verteidigt, nicht Raum gewonnen. Jedoch sollte auch nicht unterschätzt werden, was erreicht wurde. Nicht nur wurde die Vitalität der Marxschen Ökonomie demonstriert und zahlreiche Argumente der Theorie mit den in der Disziplin gängigen Methoden dargestellt, einige theoretischen Fragen wurden dabei auch neu beleuchtet. Vielleicht wichtiger, nunmehr existieren (im angelsächsischen Raum) akademische Journale, Konferenzen und Lehrveranstaltungen. Während von der Marxschen Ökonomie als akademischer Disziplin wohl keine entscheidenden Impulse zu erwarten sind, ist sie nicht schlecht positioniert, sollten die neuen sozialen Bewegungen mit Fragen an sie herantreten.

E-mail: engelbert.stockhammer@wu-wien.ac.at

Das Transformationsproblem und die neuen Lösungen FAQ - (frequently asked questions

Was ist das „Transformationsproblem“?

Darunter versteht man die quantitative Beziehung zwischen Preisen (genauer: Produktionspreisen) und Arbeitswerten. Es geht also darum wie die Werte in die Preise „transformiert“ werden können. Es geht also ausschließlich um die quantitativen, nicht um den qualitativen Aspekt der Werttheorie. Phänomene wie Warenfetischismus spielen daher keine Rolle. Die Debatte um das Transformationsproblem ist reichlich abstrakt und mathematisch, aber im Kern geht es darum, wie die Beziehung zwischen Wert- und Preisebene konzeptualisiert wird.

Warum ist das Transformationsproblem ein Problem?

Im ersten Band des Kapital geht Marx davon aus, dass die Preise (Austauschverhältnis zweier Güter) von den Arbeitswerten bestimmt werden, d.h. durch die zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit. Im dritten Band betont Marx die Konkurrenz zwischen verschiedenen Kapitalisten und Wirtschaftssektoren, die zu einem (tendenziellen) Ausgleich der Profitraten führen. Für die Preistheorie bedeutet dies, dass das von Kapitalisten eingesetzte Kapital (in einem hypothetischen langfristigen Gleichgewicht) die gleiche Rendite erwirtschaften muss. Die daraus abgeleiteten Preise werden von Marx Produktionspreise genannt. Für Güter mit kapitalintensiver Produktion werden die Produktionspreise über den Arbeitswerten liegen, für arbeitsintensive Güter umgekehrt.

Warum ist das interessant? Das Ziel der Marxschen Ökonomie ist doch nicht die Erklärung der Preise.

Marx entwickelt die Theorie der Ausbeutung auf Basis der Arbeitswerttheorie. Wird die Beziehung zwischen Arbeitswerten und Preisen nicht geklärt, so hängt die Ausbeutungstheorie in der Luft. Die Debatte ist also politisch brisant, weil es im Kern um die Ausbeutungstheorie geht. Die KritikerInnen (v.a. Böhm-Bawerk) wie die VerteidigerInnen der Arbeitswerttheorie sind sich dessen zumeist bewusst.

Können die Werte nun in Preise transformiert (umgerechnet) werden?

Ja. Die Werte können mit einem recht komplizierten Ausdruck multipliziert werden, der von der Arbeits- und Kapitalintensität der Ware sowie der Arbeits- und Kapitalintensität aller (direkten und indirekten) Vorprodukte bestimmt wird.

Könnte man das für eine wirkliche Wirtschaft, z.B. Österreichs Wirtschaft machen?

Ja, mithilfe so genannter Input-Output Modelle. Jedoch ist die Debatte um das Transformationsproblem nicht empirischer Natur, sondern theoretischer. Es wird also nicht mit konkreten Daten für ein Land gearbeitet, sondern es geht um die logische Struktur zwischen Preisen und Werten.

Wenn die Werte in Preise transformiert werden können, was ist dann das Problem?

Eigentlich wird es erst jetzt interessant. Es gibt zwei Problemfelder. Erstens, behauptet Marx (im Dritten Band des Kapitals), dass sich der Anteil der Profite am Volkseinkommen und die Profitrate (Profite im Verhältnis zum eingesetzten Kapital) in Wertausdrücken und Preisausdrücken ident sind. Diese werden auch die Invarianzpostulate genannt. Sie sind wichtig, weil damit die Ausbeutungstheorie von der Wertebene (Mehrarbeit, Mehrwert) in Preisebene (Profite) transferiert wird. Die von den ArbeiterInnen geleistete Mehrarbeit wird zu Mehrwert und bestimmt und erklärt die Profite. In der Debatte um das Transformationsproblem geht es vor allem darum, ob die Invarianzpostulate korrekt sind oder nicht. Dies ist nicht immer der Fall.

Und was war zweitens?

Das zweite Problemfeld ist die Frage, ob Arbeitswerte überhaupt Erkenntnisgewinn bringen. Von vielen KritikerInnen, allen voran Steeman (1977), wird argumentiert, dass man keine Werte benötigt, um Preise zu berechnen. Daher sei die Arbeitswerttheorie redundant und überflüssig. Eine logische Priorität der Wertebene über die Preisebene kann daher nicht behauptet werden. Darüber hinaus kann die Werttheorie im Fall von sogenannter Kuppelproduktion, d.h. wenn bei einem Produktionsgang zwei Outputs produziert werden, zu unsinnigen Ergebnisse, wie negativen Arbeitswerten führen.

Behauptet denn Marx die logische Priorität der Wert- über die Preisebene?

Diese Frage ist schwer zu beantworten, da sich die Marxinterpretationen hier unterscheiden. Klar

ist nur, dass es Passagen im Kapital gibt, die die Preise als Oberflächenphänomene bezeichnen, die durch die Wertebene zu erklären sind. Was unter diesem „erklären“ zu verstehen ist, darüber gibt es keinen Konsens.

Zurück zum Transformationsproblem. Was war das mit den Invarianzpostulaten? Warum sind die wichtig?

Weil mit der Transformation von Werten zu Preisen auch die Ausbeutungstheorie auf die Preisebene transferiert wird, sind die Invarianzpostulate so wichtig. Marx argumentiert, dass Mehrarbeit der Ursprung der Profite ist, daher ist es wichtig für die Marxsche Ausbeutungstheorie, dass der Mehrwert (in Werten) auch quantitativ dem Profit in Preisen entspricht.

Warum sollte der Mehrwert nicht gleich dem Profit sein?

Marx definiert den Wert der Ware Arbeitskraft als die Summe der Werte der Konsumgüter, die die Arbeiterfamilie konsumiert. Dieses Konsumbündel wird als gegeben angenommen. Wie oben erklärt, weicht der Wert jeder Ware ja nach Arbeitsintensität systematisch von ihrem Preis ab. Sollte das Konsumbündel der Arbeiter nicht zufällig die durchschnittliche Arbeitsintensität aufweisen, so weicht auch sein Wert von seinem Preis ab. Da der Mehrwert nichts anderes als der Gesamtwert weniger der notwendigen Arbeit für die Konsumgüter der Arbeiter ist, wird normalerweise der Mehrwert (gemessen in Arbeitswerten) vom Profit (gemessen in Geldeinheiten) abweichen.

Gibt es nur diese eine „Lösung“ des Transformationsproblems?

Nein, die oben beschriebene Lösung wird auch „Standard Lösung“ (*Standard Solution*) genannt. Sie dominierte die Diskussion in den 70er Jahren. Für sie typisch ist, dass die Werte der Waren streng unabhängig von den Preisen der Waren bestimmt werden und dass der Wert der Ware Arbeitskraft durch den Wert der Waren im (als gegeben angenommenen) Konsumbündel bestimmt wird. Hier gibt es also eine klare Dichotomie und Trennung zwischen Wert- und Preisebene. Daneben gibt es eine Vielzahl anderer Zugänge, die bekanntesten darunter sind die *New Solution* („Neue Lösung“) und die *Overdeterminist Solution* („Über-deterministische Lösung“).

Was ist die New Solution zum Transfomationsproblem?

In der New Solution wird der Wert der Ware Arbeitskraft nicht durch ein gegebenes Konsumgüterbündel bestimmt, sondern als Geldlohneinkommen, das einen allgemeinen Anspruch auf einen Teil des Gesamtoutputs repräsentiert. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen wird daher per Annahme im Wertsystem und im Preissystem gleichgesetzt. Dieser Zugang wurde nicht zuletzt entwickelt um die Inflation, die in den 1970er Jahre hoch war, analysieren zu können.

Was ist die Overdeterminist Solution zum Transfromationsproblem?

In der Overdeterminist Solution wird die strikte Dichotomie zwischen Wert- und Preisebene zurückgewiesen und eine wechselseitige Bestimmung von Werten und Preisen zugelassen. Die Werte sind also nicht als unabhängig und den Preisen vorgelagert gedacht, sondern sowohl Preise als auch Werte ergeben sich, wie die VertreterInnen dieser Lösung sagen würden, in einem dialektischen Prozess.

Und was haben wir jetzt, nach all diesen Diskussionen gelernt?

Die Behandlung der Beziehung von Preisen und Werten unterscheidet sich im ersten und dritten Band des *Kapital*. Eine konsistente Theorie der Beziehung von Wert- und Preisebene ist wichtig, wenn die Ausbeutungstheorie auf der Werttheorie fundiert ist. Marx´ Invarianzpostulate sind nicht gleichzeitig einzuhalten. Mittlerweile gibt es mehrere Lösungen des Transformationsproblems, die zumindest das wichtigste der Invarianzpostulate, nämlich jenes der Gleichheit der Ausbeutungsrate (in moderner Terminologie: Lohnquote) in Wert- und Preisausdrücken bewahren. Diese Lösungen ändern jeweils die Konzeptionierung des Wertbegriffs oder die Definition des Werts der Ware Arbeitskraft.



LITERATUR:

Anderson, Perry (1976): Considerations on Western Marxism, London: New Left Books

Baldani, Jeffrey and. Michl, Thomas R. (2000): Technical Change and Profits: The Prisoners Dilemma, Review of Radical Political Economy 32,1

Baran, Paul, Sweezy, Paul, (1966) Monopoly Capital. New York: Monthly Review Press

Boddy, Raford and Crotty, James (1975): Class Conflict and Macro Policy: The Political Business Cycle. Review of Radical Political Economy 7 (1)

Brenner, Robert (1998): The Economics of global turbulance. New Left Review 229

Cullenberg, Stephen E. (1994): The Falling Rate of Profit: Recasting the Marxian Debate. London: Pluto.

Dobb, Maurice (1973): Theories of Value and Distribution since Adam Smith. Ideology and Economic Theory. Cambridge: Cambridge University Press

Dobb, Maurice (1977): Wert und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Eine nationalökonomische Dogmengeschichte. Frankfurt: Suhrkamp Verlag

Dumenil, Gerard (1983): Beyond the Transformation Riddle: A Labor Theory of Value. Science & Society 47 (4): 427-450

Duménil, Gérard und Lévy, Dominique (1993): The economics of the profit rate : competition, crises and historical tendencies in capitalism. Elgar

Elson, Diane (1979): The Value Theory of Labour. In: Elson (ed) Value: The Representation of Labour in Capitalism

Foley, Duncan K. (1986): Understanding Capital. Marxs Economic Theory. Cambridge: Harvard University Press

Freeman, Alan und Carchedi, Guglielmo (eds.) (1996): Marx and Non-Equlibrium Economics. Chltham: Eduard Elgar

Gardiner, Jean (1975): Womens Domestic Labour. New Left Review vol. 75: 47-58

Gibson-Graham, Julie-Kathy, (1996): The End of Capitalism (as we knew it). Cambridge, Mass: Blackwell Publishers

Glick, M, Ehrbar, H. (1987): The Transformation Problem: An Obituary. Australian Economic Papers vol. 26, #49, 294-317

Glyn, Andrew and Bob Sutcliffe (1972): British Capitalism, Workers and the Profit Squeeze, Harmondsworth: Penguin Books.

Goodwin, R.M. (1967): "A Growth Cycle", in Feinstein, C.H. (ed) Socialism, Capitalism and Economic Growth, Cambridge University Press.

Harvey, D. (1982): The Limits to Capital. Blackwell, Oxford

Howard, M., King, J. (1989): A History of Marxian Economics: Volume I, 1883-1929. Macmillian

Howard, M., King, J. (1992): A History of Marxian Economics: Volume II, 1929-1990. Macmillian

Kalecki, Michal (1987): Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933-1971. Marburg: Metropolis

King, J, (2002): A History of Post Keynesian Economics since 1936. Edward Elgar

Lipietz, Alain (1982): The So-Called Transformation Problem Revisited. J of Economic Theory 26 (1): 59-88

Meek, Ronald (1956): Studies in the Labour Theory of Value. London: Lawraence & Wishart

Molyneux, Maxine (1979): Beyond the Domestic Labour Debate. New Left Review vol. 116: 3-27

Resnick, S., Wolff, R. (1987): Knowledge and Class. A Marxian Critique of Political Economy. University of Chicago Press

Roemer, J. (1981): Analytical Foundation of Marxian Economic Theory. Cambridge: Cambridge University Press.

Roemer, J. (1982): A General Theory of Exploitation and Class. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Secombe, Wally (1973): The Houswife and her Labour under Capitalism. New Left Review vol. 83: 3-22

Shaikh, A, Tonak, E. (1994): Measuring the wealth of nations. Cambridge Univ. Press

Sraffa, Piero (1960): Production of Commodities by Means of Commodities: Prelude to a critique of economic theory.

Steedman, Ian (1977): Marx after Sraffa. London: Verso

Sweezy, Paul (1942): Theory of Capitalist Development. Modern Reader, New York

Weisskopf, Thomas (1979): Marxist crises theory and the post-war U. S. Economy. Cambridge Journal of Economics 3: 341-78

Werlhof, C., Mies, M., Bennholdt-Thomson (eds.) (1983): Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit (Reinbeck)

Wolff, R., Callari, A., Roberts, B., (1982): Marxs not Ricardos transformation problem: a radical reconceptualization. History of Political Economy 14, 4: 564-582

Wright, Erik (ed.) (1989): The Debate on Classes. London: Verso

Wright, Erik (1985): Classes. London: Verso

Wright, Erik (1997): Class counts: comparative studies in class analysis. Cambridge: Cambridge University Press

Anmerkungen:

1 Im deutschsprachigen Raum fanden marxistische ÖkonomInnen an den Universitäten nahezu ausnahmslos in anderen sozial- oder geisteswissenschaftlichen Bereichen Unterschlupf. So arbeitet der wohl renommierteste deutsche marxistische Ökonom, Elmar Altvater am politikwissenschaftlichen Institut. Dasselbe gilt für Michael Heinrich. Auch Robert Kurz ist kein Ökonom. Marxsche Ökonomie ist daher auch in der Lehre nicht vertreten. Meines Wissens bietet im deutschsprachigen Raum allein die Wirtschaftsuniversität Wien einen Kurs in Marxscher Ökonomie (unter dem Titel Radikale Ökonomie) an.

2 Die ausführlichste Diskussion der Geschichte der Marxschen Ökonomie ist Howard and King (1992). Ein nützlicher Einstieg ist http://cepa.newschool.edu/het/schools/neomarx.htm

3 Freud für die Frankfurter Schule, Heidegger und Husserl für Sartre, Freud und Levi-Strauss für Althusser.

4 Paul Sweezy mußte Harvard verlassen, nur Paul Baran hatte eine entsprechende Position, starb aber 1966.

5 Die Terminologie ist hier mitunter verwirrend, da der Begriff Postkeynesianer heute eine andere Bedeutung hat als in den 70er Jahren. Damals wurde die ganze Cambridge Schule als postkeynesisch bezeichnet und über die Kapitalkontroverse identifiziert. Mittlerweile habe sich innerhalb der Postkeynesianer verschiedene Schulen gebildet und die von Sraffa inspirierte Schule wird heute zumeist als neoricardianisch bezeichnet (siehe auch King 2002).

6 Der Widerspruch ist folgender: Da der Wert des Kapitals, also der Maschinen, von der Einkommensverteilung abhängt, kann es zu Situationen kommen, wo die selben Maschinen bei hohen und niedrigen Löhnen eingesetzt werden, da sich ihr Wert ja mit den Löhnen verändert. Dieses so genannte reswitching steht im Widerspruch zur neoklassischen Hypothese der Substitution. Die neoklassische Ökonomie verwechselt also (in ihrer makroökonomischen Version) den Wert einer Maschine mit ihren Leistungen im Produktionsprozess.

7 Die neoricardianische Attacke war logisch erfolgreich, aber nicht institutionell. Die Mainstream-Ökonomie ignorierte das Problem (oder zog sich auf rein mikroökonomische Positionen zurück) und widmete sich anderen Fragen. Gleichzeitig, aber wohl unabhängig davon verschob sich der Mainstream in der Makroökonomie von der keynesianischen zur monetaristischen Theorie.

8 Secombe 1973. Gardiner 1975, Molyneux 1979. Im deutschsprachigen Raum gab es eine ähnliche Debatte, die das marxsche Terrain aber schnell verließ (Werlhof et al 1983).

9 Die wichtigste Ausnahme bildet hier wohl Ernest Mandel, der Vorsitzende der trotzkistischen IV Internationale.

10 So führt z.b. bei Modellen, in denen das gesamte fixe Kapital zirkulierendes Kapital ist, d.h. nach der Produktionsperiode verbracht ist, technologischer Forschritt üblicherweise zu einem Steigen der Profitrate.

11 Allerdings ist anzumerken, dass die empirischen Forschungen zur organischen Zusammensetzung zumindest für die USA nahe legen, dass diese seit den 70er Jahren gefallen und nicht gestiegen ist. Eine solche Entwicklung führt zu einer Steigerung anstatt einer Senkung der Profitrate.

Max Henninger

Immaterielle Arbeit, Subjektivität und Territorialität

Die von den Postoperaisten häufig gebrauchte Kategorie der immateriellen Arbeit bezeichnet Arbeitsformen, wie sie in den Bereichen Werbung, Design, Mode, Informatik und Kultur zum Einsatz kommen. Gemeinsam ist diesen Arbeitsformen, dass durch sie nicht so sehr materielle Waren als deren informationsvermittelnde und kulturelle Eigenschaften produziert werden. Immaterielle Arbeit produziert Wissen, Ideen, Gefühlszustände, Wünsche und Verhaltensweisen, also Subjektivität.[1] Sie zeichnet sich dabei durch einen hohen Grad von Kommunikation und Kooperation aus.[2] Die Kooperations- und Kommunikationszusammenhänge, in denen sich immaterielle Arbeit verwirklichen, sprengen die räumlichen Grenzen des unmittelbaren Produktionsstandorts ebenso wie die zeitlichen der entlohnten Arbeitsstunden. Das in der immateriellen Arbeit zirkulierende Wissen, bei dem es sich nicht nur um Fachwissen oder know how und nützliche Kontakte, sondern vor allem auch um das richtige Gespür für gesamtgesellschaftliche Trends handelt, wird den Postoperaisten zufolge zunehmend zum zentralen Entwicklungsfaktor in der kapitalistischen Weltwirtschaft.[3]

Paolo Virno hat die immaterielle Arbeit zum Begriff der Virtuosität in Beziehung gesetzt. Im herkömmlichen Sprachgebrauch bezieht sich dieser Begriff auf Tätigkeiten, die sich durch einen hohen Grad von Performativität auszeichnen. Virno betont zwei Aspekte der solchen Tätigkeiten zu Grunde liegenden Arbeit: „Es handelt es sich um Arbeit, die […] sich erstens nicht objektiviert, also nicht in ein ‚Endprodukt' […] übergeht, und zweitens die Anwesenheit anderer erfordert, also nur vor einem Publikum stattfinden kann." (Virno 2002, S. 42)[4] Eben dies sind Virno zufolge auch die Eigenschaften der immateriellen Arbeit. Sie bleibt den Kooperations- und Kommunikationszusammenhängen, in denen sie sich verwirklicht, vollkommen immanent, ist also ohne die Interaktion der diese Zusammenhänge konstituierenden Subjekte undenkbar. Die Produktion von Subjektivität ist selbst auf (Inter-)Subjektivität angewiesen. Die Kooperations- und Kommunikationszusammenhänge der immateriellen Arbeit müssen von den Subjekten beständig produziert und reproduziert werden.[5] Eben dadurch, dass diese Zusammenhänge Gegenstand kapitalistischer Verwertung sind, wird auch die Subjektivität zur Wertquelle.[6]

General Intellect

Diese Metamorphose der kapitalistischen Wertschöpfung ist wiederholt zum so genannten „Fragment über die Maschine" in den „Grundrissen" (Marx) in Beziehung gesetzt worden. Insbesondere auf den von Marx in diesem Fragment gebrauchten Ausdruck General Intellect wird in Beiträgen zum Begriff der immateriellen Arbeit regelmässig zurückgegriffen.[7] Die Herkunft und genaue Bedeutung des Ausdrucks bleiben umstritten. Bei den Postoperaisten bezeichnet er die Fähigkeit zu intellektueller (analytischer, sprachlich-kommu-

nikativer) Tätigkeit, also die Grundlage der immateriellen Arbeit. Diese Fähigkeit ist einerseits keine vollständig entäußerbare, d. h. nicht von dem sie anwendenden Subjekt zu trennen, andererseits aber eine allgemein menschliche Fähigkeit – also keine private Eigenschaft, sondern etwas, das sich nur innerhalb eines Kooperations- und Kommunikationszusammenhangs entfalten kann. Ausgehend von solchen Überlegungen hat Virno im Fragment über die Maschine eine Polemik gegen jene geistesgeschichtliche Tradition gesehen, die Intellektualität nicht als etwas sich über die gesamte Gesellschaft Erstreckendes, sondern nur als Attribut eines als isoliert vorgestellten Subjekts reflektiert hat.[8]

Tatsächlich spricht Marx im Fragment über die Maschine von den „allgemeinen Produktivkräfte[n] des gesellschaftlichen Hirns," denkt also Intellektualität als etwas Kollektives oder über das einzelne Subjekt Hinausreichendes (Marx 1953, S. 586). Andererseits geht aus Marxens Ausführungen aber auch eindeutig hervor, dass er den General Intellect nicht so sehr als die bloße Fähigkeit zu intellektueller Tätigkeit, sondern vielmehr als in das Fixkapital eingegangenes technisches „Wissen und Geschick" verstanden haben will: „Die Akkumulation des Wissens und des Geschicks, der allgemeinen Produktivkräfte des gesellschaftlichen Hirns, ist so der Arbeit gegenüber absorbiert in dem Kapital und erscheint daher als Eigenschaft des Kapitals, und bestimmter des capital fixe, soweit es als eigentliches Produktionsmittel in den Produktionsprozess eintritt." (Marx 1953, S. 586) Während die Postoperaisten also den General Intellect als allgemein menschliches Vermögen verstehen und die Unmöglichkeit seiner Entäußerung betonen, bezeichnet der Begriff bei Marx vielmehr jene spezifischen Kenntnisse, die als entäußerte bereits in das Maschinensystem (Fixkapital) eingegangen sind. Bei den Postoperaisten liegt der Schwerpunkt auf der Angewiesenheit des Kapitals auf die lebendige Arbeit, bei Marx auf der Unterjochung der lebendigen durch die tote Arbeit. „Die Tätigkeit des Arbeiters," schreibt Marx, „[…] ist nach allen Seiten hin bestimmt und geregelt durch die Bewegung der Maschinerie, nicht umgekehrt. Die Wissenschaft, die die unbelebten Glieder der Maschinerie zwingt durch ihre Konstruktion zweckgemäß als Automat zu wirken, existiert nicht im Bewusstsein des Arbeiters, sondern wirkt durch die Maschine als fremde Macht auf ihn, als Macht der Maschine selbst." (Marx 1953, S. 584)

Die Postoperaisten erkennen durchaus an, dass das Fragment über die Maschine eben genau das ist: eine Reihe von Überlegungen zur Entwicklung des Fixkapitals und nicht zum veränderten Stellenwert der Subjektivität des Arbeiters in der Produktion. Die Postoperaisten leugnen also nicht, dass das Fragment in erster Linie als Ausblick auf die tayloristisch-fordistische Fabrikproduktion zu lesen ist.[9] Dennoch betonen sie, dass der Begriff des General Intellect auch einen wichtigen Ansatz zum Verständnis der immateriellen Arbeit bietet, und zwar insofern, als er dazu einlädt, die kollektive Dimension von Intellektualität zu reflektieren.

Einigkeit besteht bei diesen Theoretikern vor allem auch darüber, dass eine angemessene Analyse der gegenwärtigen (postfordistischen) Entwicklung des Kapitalismus den von Marx vor über einem Jahrhundert zu Papier gebrachten Aufzeichnungen nicht unmittelbar entnommen werden kann. Vielmehr gilt es, Marxens Ansätze weiterzudenken und unter Umständen zu korrigieren. Korrekturbedürftig ist den Postoperaisten zufolge z. B. die im Fragment über die Maschine zwar nicht ausgesprochene, aber implizite These, dass mit der Herausbildung des Maschinensystems weniger gearbeitet wird als zuvor.[10] Christian Marazzi schreibt dazu: „Entgegen allen Theorien, die von einem linearen Kausalzusammenhang zwischen technologischer Innovation und notwendiger Arbeit ausgehen, ist das Quantum der Arbeit nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Die […] im Fixkapital verkörperte Wissenschaft erlaubt es, den industriellen Teil der Arbeit […] zu eliminieren. Parallel zum Rückgang der Industriearbeit steigt aber das Quantum an kommunikativer Arbeit […]. Die Arbeit wird sozusagen ‚intellektualisiert', […] bleibt dabei aber strapaziöse lebendige Arbeit." (Marazzi 1999, S. 68) Gerade diese Beobachtung bildet einen wichtigen Ausgangspunkt für die Theorie der immateriellen Arbeit.

Arbeit als Interaktion

Im Mittelpunkt der von den Postoperaisten angestellten Überlegungen steht, wie bereits ausgeführt, der Begriff eines in Kooperations- und Kommunikationszusammenhänge eingebundenen oder virtuosen Subjekts. Dass diese Kooperations- und Kommunikationszusammenhänge als produktive Arbeitsverhältnisse bestimmt werden, hat weitreichende Konsequenzen. Unter anderem verbietet sich damit jede starre Gegenüberstellung von Arbeit und Interaktion bzw. von instrumentellem und kommunikativem Handeln, wie sie sich z. B. bei Jürgen Habermas findet. Eine solche Gegenüberstellung kann Emanzipation nur als Parallelprozess denken: Erleichterung der physischen Arbeit einerseits, Liberalisierung der gesellschaftlichen Interaktion andererseits. Die Postoperaisten haben nachdrücklich gegen dieses von Habermas heute noch propagierte Emanzipationsmodell polemisiert.[11]

Die Kritik der Postoperaisten an Habermas ist nicht neu. Ein vergleichbarer Gedankengang findet sich bereits bei Hans-Jürgen Krahl. Dieser besteht in einer 1971 veröffentlichten Auseinandersetzung mit Habermas auf der Unhaltbarkeit einer strengen Gegenüberstellung von Arbeit und Interaktion. Habermas wirft Marx in „Erkenntnis und Interesse" bekanntlich vor, dessen an der Produktion orientierter Praxisbegriff vergesse das Ziel einer „Organisation des gesellschaftlichen Verkehrs, der einzig an herrschaftsfreie Kommunikation gebunden ist", vernachlässige also das kommunikative zu Gunsten des instrumentellen Handelns (Habermas 1968, S. 72). Krahls Replik besteht darin, das Begriffspaar instrumentelles/kommunikatives Handeln durch den Hinweis zurückzuweisen, dass Marx „stets mit einer gesellschaftlichen Praxis [rechnet], die Arbeit und Interaktion umfasst" (Krahl 1971, S. 71). Wenn dem aber so ist, dann liegt die theoretische Unzulänglichkeit nicht bei Marx, sondern bei Habermas: „Habermas kann Marx nur um den Preis eines verengten Produktionsbegriffs einen verengten Praxisbegriff vorwerfen, denn Produktion enthält Marx zufolge alle Elemente der gesellschaftlichen Praxis, das Subjekt-Objekt Verhältnis und Intersubjektivität, Arbeit und Arbeitsteilung." (Krahl 1971, S. 394)

In diesem Passus besteht der kommunikative Aspekt der Produktion noch allein darin, dass sich Arbeit nicht von ihrer gesellschaftlichen Organisation (Arbeitsteilung) trennen lässt. Es fehlt der unmittelbare Bezug zu der von den Postoperaisten reflektierten vollständigen Identität des instrumentellen und des kommunikativen Handelns in der (immateriellen) Produktion. Anderswo aber kommt Krahl dem Begriff der immateriellen Arbeit sehr viel näher – so z. B. in seiner Polemik gegen Adornos Begriff der Arbeiterklasse. Adornos „resignative Position bis hin zur Aussage von der fixierten Integration der Arbeiterklasse ins kapitalistische System" ist Krahl zufolge „orientiert an einem traditionellen Begriff des unmittelbaren Industrieproletariats, der eventuell die Formen der Veränderung des Gesamtarbeiters nicht mehr trifft" (Krahl 1971, S. 295). Diese Veränderungen werden von Krahl dahingehend bestimmt, dass „die Realität des Produktionsprozesses" nicht mehr mit traditionellen Vorstellungen vom Arbeitsprozess zusammenfällt, da der „Begriff der produktiven Arbeit" sich „über das Einzelatelier der unmittelbaren Fabrik hinaus erweitert" und die Produktion ein „enormes Ausmaß an Immaterialität" erreicht hat (Krahl 1971, S. 295). Auch eine Anspielung auf das Fragment über die Maschine fehlt in diesem zweiten Passus nicht.[12]

Das produzierbare Subjekt

Es soll hier nicht weiter auf Krahls Marxinterpretation eingegangen oder über ihren möglichen Einfluss auf die Postoperaisten spekuliert werden.[13] Wichtiger scheint es, auf einen bedeutenden Unterschied zwischen den von Krahl und den von den Postoperaisten angestellten Überlegungen hinzuweisen: dass nämlich der Begriff der Subjektivität bei Krahl fehlt, bei den Postoperaisten aber eine wichtige Rolle spielt. Die von diesem Begriff in der Theorie der immateriellen Arbeit übernommene Funktion verdient es, näher untersucht zu werden.

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass der Gebrauch des Subjektivitätsbegriffs seitens der Postoperaisten auf deren Auseinandersetzung mit französischen Theoretikern wie Althusser, Foucault und Deleuze zurückgeht. Ausdrückliche Hinweise auf die zwei letztgenannten Theoretiker finden sich regelmäßig in den postoperaistischen Untersuchungen zur immateriellen Arbeit.[14] Althussers Rolle ist aber, wie hier gezeigt werden kann, nicht weniger zentral.[15]

Kennzeichend für den von den Postoperaisten gebrauchten Begriff der Subjektivität ist, dass diese als produzierbar gedacht wird. Nun spricht Althusser zwar nicht von Subjektivität, sondern vom Subjekt. Über diese Differenz wird am Schluss dieser Arbeit noch zu sprechen sein. Für den Augenblick kann sie mit dem Hinweis übergangen werden, dass das Althussersche Subjekt der postoperaistischen Subjektivität darin analog ist, dass es nicht mehr als sich selbst gleichbleibendes Substrat der inner- und außerweltlichen Erfahrung, sondern als vorläufiges und veränderbares Ergebnis eines Konstitutionsprozesses gedacht wird. Das Subjekt ist für Althusser nicht mehr nur etwas in die Interaktion eingehendes, sondern auch oder sogar primär deren Produkt.[16]



Die wohl bekannteste Formulierung dieses Subjektbegriffs findet sich in Althussers Aufsatz über Ideologie und ideologische Staatsapparate. Dessen Bezug zur Theorie der immateriellen Arbeit mag zunächst zweifelhaft erscheinen. Die orthodox marxistische Unterscheidung zwischen Basis und Überbau, von der Althusser in seinem Aufsatz ausgeht, scheint der Theorie der immateriellen Arbeit insofern zu widersprechen, als diese Theorie gerade die Verlagerung der Produktion in Gesellschaftsbereiche reflektiert, die vormals dem Überbau zugeordnet und somit als der Produktion gegenüber sekundär gedacht wurden.[17] Auch die von Althusser vorausgesetzte Unterscheidung zwischen gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft wird vom Standpunkt der Postoperaisten aus fragwürdig.[18] Ganz anders aber verhält es sich mit dem Hauptteil des Aufsatzes, in dem Althusser Ideologie als in der Interaktion begründeten Prozess der Subjektkonstitution beschreibt.

Ideologie ist Althusser zufolge nicht einfach die Gesamtheit verkehrter, aber zur Reproduktion der Gesellschaft beitragender Vorstellungen (also gesellschaftlich notwendiger Schein im Sinne der Frankfurter Schule). Vielmehr handelt es sich um einen Interaktionsprozess, der es dem Einzelnen durch den Vorgang der Anrufung [interpellation] erlaubt, sich mit einer imaginären Darstellung seiner tatsächlichen gesellschaftlichen Umstände zu identifizieren. Der Einzelne ist Althusser zufolge dann auch Subjekt, wenn er durch sein aus dieser Identifikation folgendes Verhalten zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt. In dem von Althusser gewählten Beispiel wird ein Mann namens Paul durch die in bestimmten Texten und Gebräuchen verkörperten Lehren des Katholizismus als „Schöpfung Gottes“ angerufen, d. h. solcherart mit ihnen konfrontiert, dass er sich als Einzelner angesprochen fühlt. Er erwirbt damit ein durch diese Lehren vermitteltes Selbstverständnis, aus dem sich bestimmte für die Gesellschaft funktionale Verhaltensweisen ergeben.

Althusser betont, dass der von ihm geschilderte Vorgang der Anrufung insofern eine theoretische Fiktion ist, als wir immer schon Subjekte, also unser gesamtes Leben hindurch in ideologische Zusammenhänge eingebunden sind. Für jedes neugeborene Kind steht ein Name bereit, durch den es schon im Taufritual oder bei der Ausstellung der Geburtsurkunde angerufen wird. Funktion der von Althusser als ideologische Staatsapparate bezeichneten Institutionen (Schulsystem, Medien, Kulturbetrieb usw.) ist es, diesen immer schon gegebenen Subjektstatus durch ihre jeweiligen Praktiken fortlaufend zu reproduzieren.[19] Betonenswert ist an dieser Stelle vor allem der Doppelsinn des Althusserschen Subjektbegriffs: Der Prozess der Subjektkonstitution macht den Einzelnen einerseits zum autonomen Urheber von Urteilen und Handlungen, andererseits aber auch zum Untertan [sujet] bestimmter ideologischer Vorstellungen (Althusser 1995, S. 311). Die Handlungen des Subjekts sind einerseits frei, andererseits aber auch für die Reproduktion der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse funktional.

Virtuosität und Politik

Althussers Ideologiemodell soll hier nicht einer detaillierten Analyse unterzogen werden, sondern vielmehr als Gegengewicht zu der bei den Postoperaisten meistens sehr positiven Einschätzung der Subjektivierung dienen. Die durch immaterielle Arbeit geleistete Produktion von Subjektivität lässt sich durchaus als ein Prozess der Subjektkonstitution im Althusserschen Sinn verstehen, also als Prozess der Verknechtung [assujettissement].[20] Es wird dann nicht nur für den Verbraucher der Ware, in die immaterielle Arbeit eingegangen ist, Subjektivität produziert, sondern der Arbeiter wird auch selbst Subjekt für den Betrieb oder Auftraggeber. Insofern kann die Althussersche Analyse der ideologischen Staatsapparate als eine Reflexion über immaterielle Arbeit avant la lettre gelesen werden.

Diese Lesart unterstreicht zunächst einfach, dass immaterielle Arbeit anders als die in der Fabrikproduktion geleistete Arbeit einen unmittelbar politischen Charakter hat. Dieser Sachverhalt wird von den Postoperaisten auch ausdrücklich anerkannt. So schreibt z. B. Virno: „Wo nicht mehr neue Gegenstände, sondern Kommunikationszusammenhänge [situazioni comunicative] produziert werden, beginnt die Politik.“ (Virno 1994, S. 117) Anderswo betont Virno den engen Bezug zwischen Virtuosität und Politik: „Was ist denn die Virtuosität anderes als das Wesensmerkmal des politischen Handelns?“ (Virno 1994, S. 112) Maurizio Lazzarato hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sich die Werbebranche, wie im Fall der United-Colors-Kampagne von Benetton, längst in Bereiche vorwagt, die einst den traditionellen politischen Institutionen und den Medien vorbehalten waren.[21]

Althussers Ideologiebegriff mit dem der immateriellen Arbeit in Verbindung zu bringen, bedeutet vor allem aber auch, einen möglichen Schwachpunkt der postoperaistischen Theorien sichbar zu machen. Problematisch ist nämlich, dass das Phänomen einer neuen Identität von Produktion und Politik von den Postoperaisten oft allzu hastig als Moment der Befreiung bestimmt wird. Der Doppelsinn des

Althusserschen Subjektbegriffs geht dann insofern verloren, als das Subjekt nur noch in seiner Autonomie, nicht aber in seiner Verknechtung gesehen wird. So z. B. bei Lazzarato: „Der Zyklus der immateriellen Arbeit ist durch eine gesellschaftliche und autonome Arbeitskraft bestimmt, die ihre eigene Arbeit und ihre Beziehungen zum Betrieb selbst zu organisieren vermag. Kein ‚wissenschaftliches Management' kann über dieses gesellschaftliche Vermögen und diese kreative Produktivität bestimmen." (Lazzarato 1997, S. 24)

Lazzarato scheint nicht zu sehen, wie sehr diese Fähigkeit zur Selbstorganisation bei allen Vorzügen gegenüber der tayloristisch-fordistischen Fabrikarbeit noch für die kapitalistische Verwertungslogik funktional zu bleiben droht. Zwar ist der Unternehmer „den Prozessen, durch die Subjektivität produziert wird, zunehmend äußerlich" (Lazzarato 1997, S. 32). Doch daraus folgt noch nicht, dass sich „der Produktionsprozess außerhalb des Kapitalverhältnisses konstituiert," wie Lazzarato an derselben Stelle schreibt. Vielmehr könnte man in Phänomenen wie Mobbing einen Hinweis darauf erkennen, dass immaterielle Arbeit leistende Subjekte sich noch weitgehend über vom Kapitalverhältnis vermittelte (individualistische und egoistische) Werte definieren. Es bedarf also noch eines weiteren Schritts, bevor sich die in der immateriellen Arbeit angelegte Tendenz zur autonomen Kooperation der Produzenten durch einen Bruch mit dem Kapitalverhältnis verwirklichen kann.

Im Gegensatz zu Lazzarato spricht Virno diesen Sachverhalt aus. Der von ihm häufig gebrauchte Begriff Exodus bezeichnet jenen Schritt, durch den sich die immaterielle Arbeit der kapitalistischen Verwertung entzieht.[22] Unter Exodus ist zu verstehen, dass die in den Kooperations- und Kommunikationszusammenhängen interagierenden Subjekte die politische Qualität ihrer Tätigkeit zur Begründung einer „nichtstaatlichen Politik" nutzen (Virno 1994, S. 98). Das ist bislang nicht geschehen, jedenfalls nicht im größeren Maßstab. Vielmehr sieht Virno in der Expansion der Bürokratie ein Indiz für die wachsende staatlich-kapitalistische Herrschaft über die Prozesse der immateriellen Arbeit. Das aber lässt vermuten, dass die sich vermittels der immateriellen Arbeit vollziehende Produktion von Subjektivität noch weitgehend Subjektkonstitution im Althusserschen Sinne ist, also noch vom Kapital bzw. von den das Kapitalverhältnis reproduzierenden ideologischen Staatsapparaten gesteuert wird.

Der Exodus muss sich also erst noch vollziehen. Es bleibt aber ungeklärt, wie sich unter den gegebenen Umständen eine Subjektivität konstituieren soll, die der kapitalistischen Verwertungslogik nicht mehr funktional ist, die also jene perfide Form von Unterjochung hinter sich lässt, deren Vorstellung dem Subjektbegriff spätestens seit Althusser anhaftet. Die Frage nach der Möglichkeit antagonistischer Subjektivierungsprozesse wird in der Literatur zur immateriellen Arbeit noch viel zu wenig thematisiert. Es handelt sich, einfach gesagt, um die Frage nach dem revolutionären Bruch. Dass es diesen Bruch gegeben hat und wieder geben wird, soll hier nicht bezweifelt werden. Dennoch wäre es nicht falsch, eingehender über seine Bedingungen nachzudenken.

Materialisierung des Immateriellen

Es soll hier die These entwickelt werden, dass eine solche Überlegung, so paradox es klingen mag, vor allem auch auf die materiellen Aspekte der immateriellen Arbeit einzugehen hätte. Althusser betont in seinem Aufsatz über ideologische Staatsapparate, dass der Prozess der Subjektkonstitution immer in materiell existierenden Institutionen (den Staatsapparaten) verankert ist: „Eine Ideologie existiert immer in einem Apparat und in seiner Praxis bzw. seinen Praktiken. Diese Existenz ist materiell." (Althusser 1995, S. 299) Félix Guattari hat darauf hingewiesen, dass gerade dieser Aspekt von Althussers Analyse zu vertiefen wäre.[23] Der von ihm und Gilles Deleuze in einem anderen Zusammenhang entwickelte Begriff des Gesichts [visage] löst diese Forderung teilweise ein.[24] Er soll hier in einer ersten Annäherung an das Problem antagonistischer Subjektivierungsprozesse kurz besprochen werden.

In der von Deleuze und Guattari entwickelten Semiotik ist das Gesicht jener materielle Faktor, durch den die in Kommunikationsprozessen freigesetzten Informationsströme eingedämmt und der durch diese Ströme transportierte Sinn fixiert wird. Drei einfache Beispiele sind das Gesicht eines Nachrichtensprechers, das einen Zeitungsartikel begleitende Foto und die Abbildung auf einem Buchumschlag. Alle drei dienen dazu, den in der vermittelten Information angelegten Zweideutigkeiten oder Zweifelhaftigkeiten durch bloße visuelle Suggestivkraft entgegenzuwirken. Der Zusammenhang zwischen dem Begriff des Gesichts und den Theorien der Postoperaisten wird unmittelbar erkennbar, sobald man z. B. an die Werbe- und Medienbranchen denkt. In den dort geschaffenen Kooperations- und Kommunikationszusammenhängen geht es bekanntlich nicht einfach um eine neutrale Vermittlung von Information, sondern vor allem auch um die Verpackung dieser Information. Die Materialität des Gesichts ist hier die von Markenzeichen, Werbespots und Werbefotos. (Der Begriff des Gesichts verweist also in erster Linie nicht auf einen Althusserschen Staatsapparat, son-

dern auf den Zusammenhang zwischen den materiellen und immateriellen Aspekten bestimmter Waren.)

Die Semiotik von Deleuze und Guattari ist vor allem deshalb für die Analyse der immateriellen Arbeit wertvoll, weil die in der Kommunikation zum Einsatz kommende Gewalt von den beiden französischen Theoretikern stärker betont wird als von den Postoperaisten. Das Gesicht ist ein Moment von Gewalt. Es verhindert ungewollte (für das Kapitalverhältnis problematische) Eindrücke und Informationsauslegungen, steuert also auch die Produktion von Subjektivität. Dass diese Gewalt von Deleuze und Guattari als materiell bestimmt wird, erinnert daran, dass immaterielle Arbeit durchaus in materielle Waren eingeht. Diese müssen natürlich auch materiell produziert werden. Die Informationsströme, die dank der Kooperations- und Kommunikationsprozesse der immateriellen Arbeit zirkulieren, sind also nicht von den in diese Prozesse mit eingehenden materiellen Faktoren zu trennen. Um mit Deleuze und Guattari zu sprechen: Informationsströme verweisen immer auf ein Gefüge [agencement], das materielle Faktoren (die produzierte Ware und die in ihre Produktion eingehende materielle Arbeit, aber auch die materiellen Rahmenbedingungen der immateriellen Arbeit) mit einschließt.[25]

Freilich erschöpft sich der Nutzen der von Deleuze und Guattari entwickelten Semiotik bereits in diesem Hinweis auf den niemals vollständig immateriellen Charakter der Kooperations- und Kommunikationszusammenhänge. Zur Beantwortung der Frage nach der Möglichkeit von antagonistischen Subjektivierungsprozessen genügt der Begriff des Gesichts nicht. Vielmehr ist in diesem Begriff die Gefahr von Analysen angelegt, die entweder zu abstrakt bleiben oder zu schnell konkret werden. Im ersten Fall begnügt man sich mit allgemeinen Überlegungen zum Zusammenhang von Semiotik und Pragmatik, bleibt also bei der bloßen Forderung stehen, die Zirkulation von Information immer in Zusammenhang mit den von dieser Zirkulation vorausgesetzten materiellen Produkten, Apparaten und Praktiken zu sehen. Im zweiten Fall beschäftigt man sich nur noch mit spezifischen Beispielen von Waren, in die sowohl materielle wie immaterielle Arbeit eingegangen ist, interpretiert also einfach bestimmte Markenzeichen, Werbespots usw. Von einer solchen an konkreten Einzelfällen orientierten Untersuchung der Produktion von Subjektivität gelangt man noch nicht unmittelbar zu einer Erklärung der Möglichkeit antagonistischer Subjektivierungsprozesse.[26]

Vor der Aufgabe einer solchen Erklärung drohen vom Begriff des Gesichts ausgehende Analysen also nicht weniger zu versagen als Althussers Theorie der Subjektkonstitution. Man weiß zwar dank Deleuze und Guattari um die Verkettung der materiellen und immateriellen Aspekte der Produktion von Subjektivität, steht aber, wenn es um die Frage des Antagonismus geht, wieder vor Virnos sehr allgemein bleibender Forderung nach dem Exodus. Der konkrete Übergang zum revolutionären Bruch bleibt rätselhaft.

Dennoch befindet man sich mit der Untersuchung dessen, was man als Materialisierung des Immateriellen bezeichnen könnte, bereits auf dem Weg zur Lösung des Problems. Wenn Althusser, Deleuze und Guattari in ihren Analysen die Rolle von materiellen Produkten, Apparaten und Praktiken betonen, bewegen sie sich bereits in Richtung der für die Produktion einer antagonistischen Subjektivität zentralen Frage nach dem Territorium der immateriellen Arbeit, also in Richtung der Frage nach der geografischen Verteilung der Produzenten und dem spezifischen Charakter der Produktionsstandorte, an denen immaterielle Arbeit geleistet wird. Die Frage nach dem Territorium ist in erster Linie eine praktische, d. h. eine Organisationsfrage. Die Auseinandersetzung mit ihr kann aber, wie sich zeigen wird, durchaus auch theoretisch fruchtbar sein.

Lokale und globale Territorialität

Unter Territorium ist hier einfach der materielle Raum zu verstehen, in dem sich das Kapitalverhältnis realisiert, also der Ort, an dem der Antagonismus zwischen Kapital und lebendiger Arbeit unmittelbar ausgetragen wird. Das Territorium ist der Ort der Produktion. Im Fordismus war er leicht ausfindig zu machen: Es handelte sich um die im Fragment über die Maschine beschriebene Fabrik. Wie fordistische Fabrikarbeit räumlich organisiert ist – nämlich entsprechend der Logik der von Foucault beschriebenen Disziplinargesellschaft – ist heute hinreichend bekannt.[27]



Gerade das Wissen um die spezifischen Merkmale dieser räumlichen Organisation der Arbeit garantierte bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein den Erfolg der klassischen Widerstandsformen des fordistischen Massenarbeiters: Fabrikstreik und Sabotage. Wie aber verhält es sich mit der Territorialität der immateriellen Arbeit?

Einerseits gehen in der immateriellen Arbeit die für die fordistische Produktion kennzeichnende massive Konzentration von Arbeitern an einzelnen Produktionsstandorten ebenso wie das darin angelegte Subversionspotenzial verloren. Andererseits hat aber auch die immaterielle Arbeit ihre spezifische Form von Ortsgebundenheit, wie Saskia Sassen in ihrer Untersuchungen zu den globalen Städten nachgewiesen hat.[28] Immaterielle Arbeit findet zwar nicht in fordistischen Fabriken statt, setzt aber ebenfalls einen gewissen Grad der Konzentration von Arbeitern an bestimmten Standorten voraus. Diese Standorte sind die von Sassen untersuchten Metropolen. Die bekanntesten Beispiele sind postindustrielle Städte wie New York, London und Tokyo. Sassen hat in ihrer Studie dieser Städte nachgewiesen, dass sich moderne Dienstleistungsunternehmen vor allem deshalb dort ansiedeln, weil sie trotz der sprunghaften Entwicklung der Kommunikationstechnologie großen Wert auf räumliche Nähe zu ihren Kunden und Geschäftspartnern legen. Antonella Corsani, Maurizio Lazzarato und Antonio Negri haben in einem ähnlichen Zusammenhang gezeigt, dass es z. B. für die meisten französischen Modeunternehmen außer Frage steht, sich an einem anderen Standort als Paris anzusiedeln. Corsani, Lazzarato und Negri haben die französische Metropole als ein „Bassin der immateriellen Arbeit“ bestimmt, das durch seine ausgereifte Infrastruktur und seine hohe Konzentration an für immaterielle Arbeit rekrutierbaren Proletariern einen bevorzugten Standort für Unternehmen darstellt, deren Wertschöpfung in erster Linie über solche Arbeit verläuft.[29]

Mit der Erkenntnis des engen Zusammenhangs zwischen immaterieller Arbeit und Metropole stelllt sich die (praktische) Frage nach eventuellen Berührungspunkten zwischen den Anliegen des neuen intellektuellen Proletariats und der Stadtteilarbeit. Wenn sich die Ausbeutung der immateriellen Arbeit im Territorium der Metropole vollzieht, dann ist es nahe liegend, auch den Widerstand gegen diese Ausbeutung dort zu organisieren. Als Konsequenz ergibt sich unter anderem, dass es für das intellektuelle Proletariat nur wünschenswert sein kann, jene politisch-sozialen Inhalte zu thematisieren, für die sich in den Stadtteilen eine breite Basis gewinnen lässt (z. B. Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, Anhebung der Miet- und Transportpreise). Setzt man eine wohl überlegte Strategie voraus, ist es durchaus vorstellbar, dass die Anwesenheit eines intellektuellen Proletariats in bestimmten Stadtteilen zum Motor eines breiten Widerstands wird.[30] Dieser wiederum könnte als Grundlage für den Aufbau autonomer, nichtstaatlicher Verwaltungsstrukturen, also als Ausgangspunkt eines gesamtgesellschaftlichen Exodus dienen.[31]

Natürlich hat man dadurch, dass man die praktische Möglichkeit eines Exodus konstatiert, noch nicht seine Voraussetzungen in den Subjektivierungsprozessen aufgezeigt. Man gelangt auf diese Weise noch nicht zu einer Lösung des hier behandelten theoretischen Problems. Es ist aber lohnenswert, die sich aus der Territorialität der immateriellen Arbeit ergebenden organisatorischen Probleme noch etwas genauer zu betrachten. Sie führen, wie sich gleich zeigen wird, schnell zurück in die Theorie.

Wer die Metropole als Schauplatz eines möglichen Exodus bestimmt, muss auch zur Kenntnis nehmen, dass ein solcher Exodus ein Bewusstsein gemeinsamer Interessen voraussetzt, das z. B. in den von Sassen untersuchten Metropolen keineswegs immer vorhanden ist. Schon dem gelegentlich von den Postoperaisten diskutierten Projekt des städtischen Generalstreiks oder Metropolenstreiks stehen beträchtliche Hindernisse gegenüber, von Einkommensgefällen über kulturelle Differenzen und Sprachbarrieren bis hin zum Rassismus.[32] Jener Kooperation autonomer Subjekte, in der Virno die Grundlage des Exodus sieht, ist also die tatsächliche Spaltung des metropolitanen Gesamtsubjekts entgegenzuhalten.[33] Die postoperaistischen Theoretiker, die sich am intensivsten mit konkreten Organisationsfragen auseinandergesetzt haben, sind sich des Problems durchaus bewusst. So schreibt z. B. Andrea Tiddi: „Die prekären Arbeiter stehen einander gegenüber, ohne sich zu erkennen. […] Und doch leben sie gleichzeitig in ein und demselben Raum, dem der Metropole.“ (Tiddi 2002, S. 303) Ein ähnliches Szenario wird von Sandro Gobetti beschworen: „Noch erscheint die Vielheit des metropolitanen Präkariats [la moltitudine del precariato metropolitano] als eine unendliche, meist noch viel zu kommunikationsarme Ansammlung zur Arbeit genötigter Einsamkeiten – ausgebeutet, schlecht bezahlt, rechtelos, nur selten den Raum und die Zeit findend, um Konflikt, neue Sprache und Ausdrucksmöglichkeiten für die eigenen Wünsche zu produzieren.“ (Gobetti 2002, S. 252)

Die postfordistische Metropole ist also ein von vielfältigen Trennlinien durchzogener Raum – ein gekerbter Raum, um mit Deleuze und Guattari zu

sprechen.[34] Mike Davis hat dies konkret am Beispiel von Los Angeles ausgeführt.[35] Seine Studie bestätigt die These Sassens, dass gerade die Konstitution eines Bassins der immateriellen Arbeit mit einer drastischen Verschärfung der die Metropole durchziehenden Trennlinien einherzugehen pflegt. Interessant ist, wie dieser Sachverhalt von den Postoperaisten theoretisch verarbeitet worden ist.

Negri hat in einem 2002 am Soziologieinstitut der Universität Cosenza-Arcavacata gehaltenen Vortrag über „Produktion von Subjektivität zwischen Krieg und Demokratie" auf eine Unterscheidung aus der Imperialismustheorie zurückgegriffen und die für postindustrielle Metropolen kennzeichnende extreme Spaltung zwischen armen und reichen Stadtteilen als Herausbildung lokaler Zentren und Peripherien bestimmt.[36] Er hat auch darauf hingewiesen, dass diese Entwicklung in Zusammenhang mit der zunehmenden Militarisierung städtischer Polizeiaktionen zu interpretieren sei – und die Parallelen zwischen lokaler und globaler Territorialität damit zweifach betont.[37]

Es steht außer Zweifel, dass sich der Postfordismus tatsächlich durch eine immer deutlicher werdende Homologie zwischen polizeilicher und militärischer Praxis auszeichnet.[38] Das ist deshalb in diesem Zusammenhang von Interesse, weil die postfordistische (oder postmoderne) Kriegführung einen engen Bezug zur immateriellen Arbeit aufweist, der von den Postoperaisten seit dem NATO-Einsatz in Yugoslavien auch zunehmend thematisiert worden ist.[39] Zunächst ist hierbei natürlich an die zunehmend zentrale Rolle der Medien in der gegenwärtigen Kriegführung zu denken, also an das, was Negri die „Virtualisierung des postmodernen Krieges" nennt (Negri 2003, S. 153).[40] Es zeigt sich bei der militärisch durchgesetzten Neuaufteilung des globalen Raums aber auch wieder der enge Bezug zwischen immaterieller Arbeit und Territorialität. Durch den Krieg werden, wie Negri schreibt, nicht nur „neue Grenzen gezogen", sondern auch „neue Subjektivitätskonstellationen [agglomerati di soggettività] produziert" (Negri 2003, S. 154). Der geopolitische Eingriff, den der Krieg darstellt, beinhaltet also auch Subjektivierungsprozesse. Er impliziert das „Vermögen, Subjektivität zu produzieren" (Negri 2003, S. 150). Die Frage nach der Territorialität der immateriellen Arbeit führt somit zurück zur Frage nach der Produktion von Subjektivität.

Tendenz, Antagonismus, Praxis

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es sich bei den über den Krieg verlaufenden Subjektivierungsprozessen in erster Linie um die Produktion einer furchtsamen Subjektivität handelt, die sich für eine militaristische Politik instrumentalisieren lässt. Im Mittelpunkt des allabendlich über das Gesicht des Nachrichtensprechers verlaufenden Subjektivierungsprozesses steht daher auch nicht zufällig der Feindbegriff: „Der Feind wird beständig heraufbeschworen, beständig neu erfunden. Paradoxerweise darf er nicht besiegt werden. Wenn er besiegt wird, muss es sofort einen neuen geben." (Negri 2003, S. 150) Der Feind ist, um einen weiteren Begriff aus der von Deleuze und Guattari entwickelten Semiotik zu gebrauchen, der Subjektivierungspunkt [point de subjectivation] der medialen Praxis.

Der Begriff des Subjektivierungspunkts entstammt einem Text, in dem Deleuze und Guattari sich explizit auf Althussers Theorie der Subjektkonstitution beziehen.[41] Der Subjektivierungspunkt ist jene Vorstellung, auf die alle zum Prozess der Subjektkonstitution beitragenden Praktiken verweisen, und deren Reproduktion im Bewusstsein des Angerufenen wiederum konkrete Verhaltensweisen zur Folge hat. (In dem von Althusser gewählten Beispiel – der Anrufung des Katholiken Paul – ist Gott der Subjektivierungspunkt.)

Die Untersuchung führt also zurück zu Althussers Theorie der Subjektkonstitution – d. h. aber zu einer Theorie, die das Subjekt als immer schon verknechtet, also als bloßes Produkt der Staatsapparate denkt. An dieser Stelle wird die Unzulänglichkeit von Althussers Ansatz erkennbar. Gerade das Problem des Krieges zeigt auf, was bei Althusser ausgeklammert bleibt: der Konflikt. Um das besser zu verstehen, muss nun auch geklärt werden, warum Althusser (anders als Deleuze, Guattari und die Postoperaisten) durchgehend vom Subjekt und nicht von Subjektivität spricht, also eine Theorie der Subjektkonstitution und nicht der Subjektivierung entwirft.

Althussers Theorie der Subjektkonstitution läuft auf die These hinaus, dass es kein der Anrufung vorhergehendes Subjekt geben kann. Daraus erklärt sich auch, dass Althusser stets von der Anrufung eines Einzelnen [individu] spricht. Der Einzelne wird erst durch die Anrufung zum Subjekt. Zugleich betont Althusser aber, wie schon erwähnt, dass dieser Einzelne eine theoretische Fiktion ist, da die Subjektkonstitution immer schon stattgefunden hat. Daraus kann man nur schließen, dass durch die Staatsapparate, sofern sie weiterarbeiten, tatsächlich nicht Einzelne, sondern Subjekte angerufen werden. Dann ist es aber sinnvoller, nicht von Subjektkonstitution, sondern von Subjektivierung oder Produktion von Subjektivität zu sprechen – also nicht von der Entstehung von Subjekten, son-

dern von der Veränderung der den bereits vorhandenen Subjekten jeweils eigenen Subjektivität. Es scheint, dass Althusser diesen Schritt nur deshalb nicht unternimmt, weil er Wert auf den Doppelsinn des Subjektbegriffs legt, also die Unterjochung des Subjekts durch die Ideologie betonen will.

Wenn aber nicht ein Einzelner, sondern ein Subjekt durch einen Staatsapparat angerufen wird, dann ist darin die Möglichkeit eines Konflikts angelegt. Denn während der Einzelne per definitionem immer nur das passive Substrat des über die Anrufung vollzogenen Prozesses der Subjektkonstitution ist, kann ein bereits konstituiertes Subjekt die Anrufung prinzipiell auch abweisen. An dieser Stelle wird der Begriff des Staatsapparats unhaltbar. Mann muss entweder argumentieren, dass die einzelnen Staatsapparate so perfekt aufeinanderabgestimmt sind, dass jeder von ihnen nur Subjekte oder Subjektivitäten produziert, die für eine Anrufung seitens der anderen Staatsapparate offen sind, sich diesen anderen Staatsapparaten gegenüber also gerade nicht wie Subjekte verhalten, sondern wie Einzelne (was schlichtweg nicht plausibel ist und jedenfalls mehr Fragen aufwirft, als es beantwortet), oder aber man akzeptiert, dass die Staatsapparate auch gegeneinander arbeiten können (was zwar plausibler ist, aber der ursprünglichen Intention widerspricht, da damit der von Althusser angenommene wesentlich einheitliche Charakter des Staats verloren geht).

Am sinnvollsten scheint es, Félix Guattaris Wink zu folgen und nicht mehr von Staatsapparaten, sondern von Kollektiveinrichtungen zu sprechen. Anders als beim Begriff des Staatsapparats wird damit die Möglichkeit einer nichtstaatlichen Öffentlichkeit (und damit auch die eines Konflikts zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Öffentlichkeit) anerkannt. Erst so werden antagonistische Subjektivierungsprozesse denkbar. Man steht dann nicht mehr vor dem Problem, den möglichen Konflikt zwischen den von Althusser als Staatsapparaten bezeichneten Einrichtungen mit der Einheitlichkeit der Staatskategorie zur Deckung zu bringen. Der Staat ist keine alles kontrollierende Totalität mehr, sondern es gibt Kollektiveinrichtungen, die in der Lage sind, sich gegen den Staat zu richten. Sie können antagonistische Subjektivierungsprozesse einleiten oder zumindest den Verlauf von für das Kapitalverhältnis funktionalen Subjektivierungsprozessen komplizieren, wenn nicht gar vollends blockieren.

Negri schreibt: „Wir konstituieren uns selbst […] als Subjekte. Es geht also nicht nur um die Macht und ihre Fähigkeit, Subjektivität zu produzieren, sondern auch und sogar vor allem um die Antwort auf diese Macht, um den Widerstand der Subjekte. Widerstand kann man nur leisten, wenn man sich selbst als Subjekt zu konstituieren vermag. Nur in diesem Sinne lässt sich von Konstitutionsstrategien, von einer genealogischen Konstitution des Subjekts, von Exodus sprechen.“ (Negri 2003, S. 146)

Hier macht sich Negri insofern einer terminologischen Unklarheit schuldig, als er nicht streng genug zwischen Subjektkonstitution und Subjektivierung unterscheidet. Daraus, dass er von Widerstand spricht, lässt sich aber schließen, dass Negri auf das hinaus will, was hier als antagonistischer Subjektivierungsprozess bestimmt worden ist, also auf eine von Staat und Kapitalverhältnis autonome bzw. gegen diese gerichtete Subjektivierung. Unter Bezugnahme auf das Spätwerk Foucaults bezeichnet Negri eine solche antagonistische Subjektivierung als ethischen Akt. In der Ethik als Praxis der autonomen Subjektivierung ist die Möglichkeit des Exodus angelegt.[42]

Man kann „Ethik“ für eine mehr oder weniger glückliche Begriffswahl halten. Der Begriff soll, wie er von Negri und anderen Postoperaisten gebraucht wird, gewiss nicht das bezeichnen, was man im Religionsunterricht vermittelt bekommt. Es geht nicht um bestimmte Inhalte oder Werte, sondern um jene Prozesse, durch die Subjektivität unabhängig von Staat und Kapital, und unter Umständen auch gegen sie, konstituiert wird. Diese Prozesse sind, wie hier immer wieder betont worden ist, materiell verankert. So hat Franco Piperno z. B. in den Sozialzentren [centri sociali] Italiens eine Grundlage für jene Subjektivierungsprozesse erkannt, die Negri unter der Kategorie der Ethik reflektiert: „Das Sozialzentrum ist eine Wahlgemeinschaft, die sich gegen die erzwungene Gemeinschaft der Fabrik und die natürliche Gemeinschaft der Familie absetzt. Noch vor dem sozialen, politischen und kulturellen Widerstand kommt der ethische, der die Lebensweise betrifft.“ (Piperno 1999, S. 51)

So, wie die Althussersche Anrufung über materielle Praktiken verläuft, benötigt also auch ihre Verweigerung eine materielle Basis, einen materiellen Rückhalt. Antagonistische Subjektivierungsprozesse vollziehen sich nicht im luftleeren Raum, sondern sie setzen materielle Kollektiveinrichtungen voraus. Die über eine Vielzahl italienischer Metropolen verteilten Sozialzentren sind tatsächlich eines der vielversprechendsten Modelle für solche Kollektiveinrichtungen. Nicht zufällig sind die neuen italienischen Bewegungen der 90er Jahre, allen voran die Tute Bianche (Weissen Overalls), aus den seit den 70er Jahren besetzten und selbstverwalteten Sozialzentren hervorgegangen.

Die Sozialzentren stellen eine erste Form der Wiederaneignung des Territoriums dar, durch die den oben besprochenen lokalen Spaltungsmechanismen entgegengearbeitet, durch die also der Exodus vorbereitet werden kann.[43] Wenn dies, insbesondere angesichts der im globalen Territorium sich abzeichnenden Entwicklungen, noch nicht genügt, ist es dennoch ein guter Anfang. Es zeigt jedenfalls, dass antagonistische Subjektivierungsprozesse in der immateriellen Arbeit dann möglich sind, wenn die in dieser Arbeit zum Einsatz gebrachten Kooperations- und Kommunikationszusammenhänge das Territorium neu zu definieren beginnen.

Die Konstitution einer materiellen Basis für den Exodus ist ein praktisches Problem. Die hier angestellten Überlegungen verstehen sich lediglich als Klärung einiger theoretischer Grundlagen. Sie verstehen sich darüber hinaus aber auch als Antwort auf den häufig anzutreffenden Vorwurf, die Postoperaisten sähen überall nur die Arbeiterautonomie, niemals aber die ihr entgegenstehenden Repressionsmechanismen. Die Betonung der Arbeiterautonomie seitens der Postoperaisten stellt durchaus einen begrüßenswerten Aspekt ihrer Analysen dar. Der postoperaistische Standpunkt ist immer noch dem vorzuziehen, den Althusser in seiner Theorie der Subjektkonstitution zu vertreteten scheint – und der, einmal zu Ende gedacht, stark an das Gesellschaftsbild Adornos erinnert. Mit anderen Worten: Es ist lohnenswerter, die Möglichkeiten autonomen Handelns aufzuzeigen, als immer nur die Allmacht des Kapitals zu betonen.[44]

Der Vorwurf einer unrealistischen Einschätzung des sich aus den Veränderungen der Produktionsweise ergebenden Subversionspotenzials wurde den Postoperaisten schon gemacht, als sie noch Operaisten hießen. Er hing damals mit einem zweiten Vorwurf zusammen: dem einer Vernachlässigung konkreter Probleme zu Gunsten allgemeiner Tendenzen. So musste sich z. B. Antonio Negri bereits in einer 1974 veröffentlichten Streitschrift mit der Anschuldigung auseinander setzen, er verliere die Alltagsprobleme des Massenarbeiters auf Grund eines übermäßigen Interesses an gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen aus dem Blickfeld und kompensiere die daraus folgende Allgemeinheit seiner Analysen durch reduktiv-idealistische Vorstellungen von Antagonismus und Widerstand.[45] Negris Antwort bestand in dem Hinweis, dass es immer dann angebracht ist, über allgemeine Tendenzen nachzudenken, wenn diese nicht als starre Gesetze, sondern als Möglichkeitsrahmen und damit auch als Mittel zur Eröffnung eines weiteren theoretischen Horizonts behandelt werden. Schließlich werden konkrete Probleme erst innerhalb eines solchen Horizonts in ihrer ganzen Komplexität begreifbar.

Ähnlich sind Ausführungen über Antagonismus und Widerstand genauso lange nicht Ausdruck eines abgehobenen Idealismus, wie sie im Zusammenhang mit der Entwicklung eines in der Praxis umsetzbaren Kampfprogramms gebraucht werden.

Damit ist auch schon alles über den gegenwärtigen Stand der Theorie der immateriellen Arbeit gesagt. Sie ist potenziell eines der wertvollsten Instrumente, das dem antistaatlichen Denken zur Verfügung steht. Um aber wirklich subversiv sein, muss sie aus der Perspektive eines praktischen Widerstands weitergedacht werden. Arbeiterautonomie und Exodus sind in der Tendenz des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus angelegte Möglichkeiten und antagonistische Subjektivierungsprozesse sind prinzipiell möglich. Sie werden aber erst durch eine von den materiellen Verhältnissen im Territorium ausgehende Praxis real.

E-mail: mmghenninger@yahoo.com

5

Zitierte und im Text erwähnte Literatur:

Agnoli, Johannes (1975). Überlegungen zum bürgerlichen Staat. Berlin.

Althusser, Louis (1994). Le courant souterrain du matérialisme de la rencontre. In: Ders., Écrits philosophiques et politiques II (Paris), S. 539-579.

- (1995). Idéologie et appareils idéologiques d'état. In: Ders., Sur la reproduction (Paris), S. 269-314.

Balibar, Étienne (1997). Spinoza, l'anti-Orwell – La crainte des masses. In: Ders., La crainte des masses. Politique et philosophie avant et après Marx (Paris), S. 57-99.

Berardi, Franco (Bifo) (2002). Un'estate in purgatorio. In: Posse: Mappe politiche della moltitudine (Rom), S. 120-127.

Bonomi, Aldo; Marco Revelli (1999). Le lettere. In: DeriveApprodi VIII (18), S. 2-6, 144.

Callari, Antonia; David F. Ruccio (Hrsg.) (1996). Postmodern Materialism and the Future of Marxist Theory: Essays in the Althusserian Tradition. Hanover, NH.

Casey, Edward S. (1997). The Fate of Place: A Philosophical History. Berkeley, CA.

Cleaver, Harry (2000). Reading Capital Politically. Edinburgh.

Corsani, Antonella; Maurizio Lazzarato; Antonio Negri (1996). Le bassin du travail immateriel (B.T.I.) dans la metropole parisienne. Paris.

Davis, Mike (1990). City of Quartz: Excavating the Future in Los Angeles. London.

Deleuze, Gilles (1990). Postscriptum sur les sociétés de contrôle. In: Pourparlers (Paris), S. 246-240

Deleuze, Gilles; Félix Guattari (1980). Mille plateaux. Paris.

Foucault, Michel (1975). Surveiller et punir. Paris.

- (1976). La volonté de savoir. Paris.

Gobetti, Sandro (2002). MetropoliTam. In: Posse: Mappe politiche della moltitudine (Rom), S. 252-267.

Gruber, Klemens (1989). Die zerstreute Avantgarde. Strategische Kommunikation im Italien der 70er Jahre. Wien.

Guattari, Félix (1977). La révolution moléculaire. Paris.

Habermas, Jürgen (1968). Arbeit und Interaktion. In: Ders., Technik und Wissenschaft als „Ideologie" (Frankfurt/M.), S. 13-46.

- (1969). Erkenntnis und Interesse. Frankfurt/M.

- (1981). Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bände. Frankfurt/M.

Hardt, Michael; Antonio Negri (1994). Labor of Dionysus: A Critique of the State-Form. Minneapolis, MN.

- (2003). Traccie marxiane. In: Antonio Negri, Guide. Cinque lezioni su Impero e dintorni (Mailand), S. 197-222.

Immaterial Workers of the World (1999). Che te lo dico a fare? In: DeriveApprodi VIII (18), S. 30-39.

Krahl, Hans-Jürgen (1971). Konstitution und Klassenkampf. Frankfurt/M.

Lazzarato, Maurizio (1996). Immaterial Labor. In: Paolo Virno und Michael Hardt (Hrsg.), Radical Thought in Italy: A Potential Politics (Minneapolis MN), S. 133-150.

- (1997). Lavoro immateriale. Forme di vita e produzione di soggettività. Verona.

Marazzi, Christian (1999). Il posto dei calzini. La svolta linguistica dell'economia e i suoi effetti sulla politica. Turin.

Marx, Karl (1953). Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin.

Mowlana, Hamid; George Gerbner; Herbert Schiller (Hrsg.) (1992). Triumph of the Image: The Media's War in the Persian Gulf. Boulder, CO.

Negri, Antonio (1981). L'anomalia selvaggia. Saggio su potere e potenza in Baruch Spinoza. Mailand.

- (1997a). Crisi dello Stato-piano. In: Ders., I libri del rogo (Rom), S. 23-70.

- (1997b). Il dominio e il sabottagio. In: Ders., I libri del rogo (Rom), S. 255-310.

- (2002). La moltitudine e la metropoli. In: Posse: Mappe politiche della moltitudine (Rom), S. 309-317.

- (2003). Della produzione di soggettività. Fra guerra e democrazia. In: Ders., Guide. Cinque lezioni su Impero e dintorni (Mailand), S. 143-158.

Piperno, Franco (1999). Contro il lavoro inutile. Per un ozio socialmente utile. In: DeriveApprodi VIII (18), S. 50-52.

Sassen, Saskia (1991). The Global City: New York, London, Tokyo. Princeton MA.

- (1999). Lo Stato e la città globale. In: DeriveApprodi VIII (17), S. 86-91.

Sohn-Rethel, Alfred (1989). Geistige und körperliche Arbeit. Revidierte und ergänzte Neuauflage. Weinheim.

Spinoza, Baruch de (1999). Ethik in geometrischer Weise dargestellt. Berlin.

Tiddi, Andrea (2002). La metropoli dei precari. In: Posse: Mappe politiche della moltitudine (Rom), S. 300-308.

Virno, Paolo (1994). Virtuosismo e rivoluzione. In: Ders., Mondanità. L'idea di ‚mondo' tra esperienzae sfera pubblica (Rom), S. 87-115.

- (2002). Grammatica della moltitudine. Rom.

Zolo, Danilo (2000). Chi dice umanità. Guerra, diritto e ordine globale. Turin.

Anmerkungen:

1. Unter Subjektivität ist ein jeweils bestimmter Zusammenhang von Zeitbewusstsein, Raumbewusstsein, Affektprozessen und Reflexionsvermögen zu verstehen, der die Wahrnehmung einer Umwelt, ihre begriffliche Auslegung und das zielgerichtete Handeln in ihr ermöglicht. Spezifische Subjektivitäten zeichnen sich durch die Kontinuität der ihnen eigenen Wahrnehmungsweisen, die relative Gesetzlichkeit ihrer Affektprozesse und den regelmäßigen Rückgriff auf einen weitgehend gleichbleibenden Begriffsapparat aus. Solche spezifische Subjektivitäten können mehreren Subjekten gemeinsam sein. Als Beispiele lassen sich die verschiedenen Formen von religiöser, wissenschaftlicher oder politischer Subjektivität anführen. Unter Subjekt wird in dieser Arbeit ein Urheber von Aussagen und Handlungen, unter Subjektkonstitution die Entstehung eines Subjekts und unter Subjektivierung die Konstitution oder Produktion einer bestimmten Form von Subjektivität zu verstehen sein.
2. Um es mit Maurizio Lazzarato zu sagen: immaterielle Arbeit kann sowohl unter ihrem extensiven wie unter ihrem intensiven Aspekt betrachtet werden. Im ersten Fall liegt der Schwerpunkt auf der Kooperation, im zweiten auf der Kommunikation (Lazzarato 1997, S. 88).
3. Siehe dazu vor allem Marazzi 1999. Der Erfolg von Unternehmen, die Produktions- und Distributionsaufgaben an Subunternehmen delegieren, um sich fast ausschließlich auf Werbung und Öffentlichkeitsarbeit zu konzentrieren, ist ein Indiz für die zunehmende Wichtigkeit der immateriellen Arbeit. Ein von italienischen Theoretikern gelegentlich herangezogenes Beispiel ist Benetton (Lazzarato 1997, S. 58). Ein anderes Beispiel aus der Modebranche wäre Nike, ein Konzern, der seinen Erfolg weitgehend einer wohlüberlegten und aufwendig betriebenen Marketingstrategie verdankt. Auch die global operierenden Dienstleistungsunternehmen, die von dem hohen Grad an kultureller und professioneller Vernetzung in den von Saskia Sassen untersuchten global cities profitieren, betreiben immaterielle Arbeit (Sassen 1991). Hinzu kommen natürlich die in der Informatikbranche aktiven Unternehmen, von multinationalen Konzernen wie Microsoft bis

zu den zahllosen Kleinbetrieben. Die Liste ließe sich problemlos erweitern. Es muss aber vor allem auch daran erinnert werden, dass die meisten Produzenten, die immaterielle Arbeit leisten, an keinen festen Arbeitsplatz und somit auch an keinen einzelnen Betrieb gebunden sind. Immaterielle Arbeit wird weitgehend von Selbstständigen oder prekär Angestellten geleistet, die sich ad hoc und oft nur für die Dauer eines einzelnen Auftrags zu kleinen Gruppen zusammenschließen (Corsani/Lazzarato/Negri 1996). Lazzarato hat mit dem Hinweis auf den „hyperausgebeuteten" Charakter solcher Arbeit von der Entstehung „intellektueller Proletarier" gesprochen (Lazzarato 1996, S. 137).

4. Alle Übersetzungen aus fremdsprachlichen Texten stammen vom Verfasser.
5. Das Stichwort Callcenter genügt, um daran zu erinnern, wie entwürdigend und strapaziös solche Interaktion sein kann, wenn sie unter dem Zwang einer streng hierarchischen Arbeitsorganisation geleistet wird. Der zermürbende Charakter solcher Arbeit ist nicht zuletzt durch die Stresserkrankungen belegt, die sie häufig hervorruft. Zum servilen und strapaziösen Charakter der immateriellen Arbeit in ihrer heutigen Form siehe Virno 1994, S. 93-94 und Marazzi 1999, S. 68.
6. Auch hier mögen die Callcenter als Beispiel dienen. Es ist dort eine gängige Praxis, längere Vorstellungsgespräche zu führen, um Stimme und Tonfall der Bewerber zu bewerten. Damit wird die Persönlichkeit des Bewerbers zu einem viel wichtigeren Auswahlkriterium als in anderen Wirtschaftsbereichen. In der Persönlichkeit eines Menschen drückt sich seine im Verlauf seiner bisherigen Lebenszeit konstituierte Subjektivität aus. Insofern erhellt dieser Sachverhalt auch die postoperaistische These, dass die Unterscheidung zwischen Lebenszeit und Arbeitszeit in der immateriellen Arbeit zunehmend hinfällig wird (Lazzarato 1997, S. 68-69). Ganz allgemein lässt sich sagen, dass die Verbreitung von Callcentern die von Marx in den Theorien über den Mehrwert noch vertretene Ansicht, Dienstleistungstätigkeiten seien nicht produktiv, unhaltbar macht. Zu den betreffenden Stellen bei Marx siehe Virno 1994, S. 91-93.
7. Siehe z. B. Virno 1994, S. 94-98.
8. Siehe Virno 2002, S. 26.
9. Siehe z. B. Virno 1994, S. 95, wo die hier erwähnte Differenz zwischen den von Marx und den Postoperaisten formulierten Thesen klar ausgesprochen wird.
10. Diese These geht aus Marxens Ausführungen über die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals und den tendenziellen Fall der Profitrate hervor. Deren Zusammenhang mit dem Fragment über die Maschine ist offenbar.
11. Siehe z. B. Marazzi 1999, S. 32. Eine frühe und besonders explizite Formulierung der von Habermas zum Ausgangspunkt genommenen Unterscheidung zwischen Arbeit und Interaktion findet sich in Habermas 1968. Dort ist auch der (hier nicht näher untersuchte) Einfluss des frühen Hegel deutlich erkennbar. Die bisher ausführlichste Formulierung der Position von Habermas findet sich in Habermas 1981.
12. Krahl spielt auf Überlegungen an, „die Marx z. B. angestellt hat in den Grundrissen oder auch in einigen Kapiteln in den Theorien über den Mehrwert" (Krahl 1971, S. 295).
13. Dennoch ist es erwähnenswert, dass z. B. Antonio Negri in seinen Texten aus den 70er Jahren wiederholt auf Krahl verweist. Vgl. z. B. Negri 1997b, S. 310. Dort wird Krahls „Konstitution und Klassenkampf" als ein Buch bezeichnet, „dessen Wichtigkeit im Laufe der Jahre zunimmt."
14. Siehe z. B. Lazzarato 1997, S. 32.
15. Wichtige Anregungen zu den hier über Althusser angestellten Überlegungen verdanke ich „Spinoza in Francia", einem unveröffentlichten Manuskript von Andrea Benino (Universität Turin). Aus der umfangreichen Sekundärliteratur zu Althussers Subjektbegriff seien außerdem die Beiträge in Callari/Ruccio 1996 erwähnt. Einer dieser Beiträge stammt von Antonio Negri (Notes on the Evolution of the Thought of the Later Althusser, S. 51-68). Die hier untersuchten Zusammenhänge zwischen Althussers Subjektbegriff und der Theorie der immateriellen Arbeit werden darin allerdings nur am Rande berührt.
16. Eine wichtige Quelle für diesen Subjektbegriff ist der 13. Lehrsatz des 2. Teils der Ethik, wo Spinoza das Individuum als einen zusammengesetzten Körper bestimmt, der nichts ist als der vorübergehende und veränderbare Strukturzusammenhang kleinerer Körper. Siehe Spinoza 1999, S. 125-140. Spinoza spricht zwar nicht ausdrücklich vom Subjekt oder von Subjektivität. Dennoch lässt sich der erwähnte Lehrsatz als Grundriss eines prozessualen (also nicht substantiellen oder cartesischen) Subjektbegriffs auslegen. Siehe dazu Althusser 1994, Balibar 1997 und Negri 1981.
17. Siehe dazu Hardt/Negri 2003, S. 204: „Basis und Überbau erscheinen nicht länger als separat, auf einer vertikalen Achse angeordnet. Sie haben sich vielmehr gegenseitig durchdrungen. Das zeigt sich am ständigen Austausch zwischen Politik und Wirtschaft. Der Überbau wird sozusagen produktiv." Die postoperaistische These von der tendenziellen Identität von Politik und Produktion wird im folgenden, „Virtuosität und Politik" überschriebenen, Abschnitt dieser Arbeit eingehender besprochen werden.
18. Das ergibt sich schon daraus, dass bestimmte Formen von Reproduktion (z. B. Kulturgenuss) traditionellerweise dem Überbau zugeordnet werden. Wenn der Überbau produktiv wird, dann gilt dies folglich auch von solchen Formen der Reproduktion.
19. Dass diese (nicht immer öffentlichen) Institutionen als Staatsapparate bezeichnet werden, setzt natürlich einen erweiterten Staatsbegriff voraus, wie ihn außer Althusser z. B. auch Johannes Agnoli vertritt: „Der moderne Staat fällt heute auch mit anderen Instanzen zusammen, die zu seiner heutigen Struktur gehören: Parteien, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Massenmedien und all jene Apparate, die in unserer Zeit die ökonomischen Interessen und die sozialen Bedürfnisse der Klassen und der Gruppen in Politik umsetzen" (Agnoli 1975, S. 23). Bekanntlich wird ein solcher erweiterter Staatsbegriff auch von den Postoperaisten gebraucht. Vgl. dazu die von Hardt und Negri vertretene These über das Absterben der Zivilgesellschaft (Hardt/Negri 1994, S. 218-262).
20. Hier kann wieder das Beispiel der Callcenter herangezogen werden. Wer im Callcenter arbeitet, bekommt in der Regel einer fertigen Text („Guten Tag, meine Name ist … von der Firma …"), den er am Telefon abzulesen oder aufzusagen hat. „Angerufen" ist dann aber nicht nur der als möglicher Kunde Kontaktierte, sondern auch der im Callcenter Arbeitende.
21. Lazzarato hat zur Erklärung dieses Sachverhalts den Begriff des politischen Unternehmers [imprenditore politico] geprägt und diesen anhand des Beispiels von Berlusconi erläutert. Siehe dazu Lazzarato 1997, S. 58.
22. Siehe dazu Virno 1994, S. 98-99.
23. Siehe dazu Guattari 1977, S. 170-171. Guattari schlägt auch vor, die von Althusser als ideologische Staatsapparate bezeichneten Institutionen einfach als „Kollektiveinrichtungen" [équipements collectifs] zu bezeichnen.
24. Siehe dazu Deleuze/Guattari 1980, S. 144-45, 205-221.
25. Oben wurde auf Lazzaratos Unterscheidung zwischen dem extensiven und dem intensiven Aspekt der immateriellen Arbeit (Kooperation und Kommunikation) verwiesen. Dass immaterielle Arbeit auch eine materielle Dimension hat, ist in dieser Unterscheidung bereits implizit. Kooperation und Kommunikation sind immer materiell. Sie setzen entweder die räumliche Nähe der Subjekte zueinander oder einen materiellen Kommunikationsapparat und eine materielle Infrastruktur voraus, die das Fehlen dieser räumlichen Nähe kompensieren – ob es sich nun um das Telefonnetz handelt oder um das Stromnetz, das die ans Internet angeschlossenen Computer speist. Hier kündigt sich bereits das Problem der Territorialität an, von dem gleich noch zu sprechen sein wird.
26. Der Begriff des Gesichts lässt unweigerlich an verschiedene Formen des subversiven Umgangs mit Werbung und Medien denken, kann die Möglichkeit einer solchen Subversion aber nicht erklären. Diese theoretische Lücke ist gerade deshalb so irritierend, weil sie das Faktum einer äußerst vielfältigen Praxis kommentarlos übergeht. Guattari selbst war bekanntlich ein enthusiastischer Befürworter der im Italien der 70er Jahre von Radiosendern wie Radio Alice betriebenen „Informationsguerrilla." Siehe dazu

Guattari 1977, S. 378-380 und Gruber 1989. In der jüngeren Vergangenheit hat es zudem immer wieder subversive Aktionen gegeben, die geradezu darauf warten, durch eine erweiterte Version der von Deleuze und Guattari entwickelten Semiotik theoretisch aufgeschlüsselt zu werden. Es seien hier nur die Internetaktionen der Tute Arancioni in Italien erwähnt. (Die Tute Arancioni oder Orangen Overalls sind Angestellte des für sein oranges Firmenlogo bekannten Internetunternehmens Matrix. Ihnen ist es dank des gezielten Einsatzes von Webseite und Logo des Unternehmens gelungen, ihre Vertragsforderungen – Deckung von Reisekosten, Stärkung des Kündigungsschutzes – sehr schnell publik zu machen. In der Folge wurden diese Forderungen von verschiedenen Teilen der Römer Stadtbevölkerung aktiv unterstützt. Siehe dazu das anonyme Interview in der im Oktober 2002 erschienen Ausgabe der Zeitschrift Posse, S. 58-63.)

27. Foucault hat seinen Begriff der Disziplinargesellschaft bekanntlich anhand einer historischen Analyse des modernen Gefängnisses entwickelt. Deleuze hat darauf hingewiesen, dass sich diese Analyse, mutatis mutandis, auch auf andere Institutionen wie Schulen, Kasernen und Fabriken anwenden lässt. Ausgehend von dieser Interpretation haben die Postoperaisten in Foucaults Theorie der Disziplinargesellschaft eine Analyse des Fordismus gesehen und die Ergebnisse von Foucaults Recherche in erster Linie auf die Fabrikproduktion angewandt. Siehe dazu Foucault 1975, Foucault 1976, S. 179-188, Deleuze 1990 und Virno 2002, S. 83-84.
28. Siehe Sassen 1991 und 1999.
29. Siehe Corsani/Lazzarato/Negri 1996. Dieser Problemkreis wurde bereits in der zwischen 1976 und 1978 an der Architekturfakultät der Universität Mailand erschienenen operaistischen Zeitschrift Quaderni del territorio eingehend behandelt. Antonio Negri hat in einem 2002 erschienenen Artikel über immaterielle Arbeit in der Metropole auf die Wichtigkeit der in den Quaderni veröffentlichten Untersuchungen verwiesen (Negri 2002, S. 314).
30. Beverly J. Silver hat in einer am 1. 6. 2005 im Berliner Mehringhof gehaltenen Diskussion daran erinnert, dass schon die nordamerikanische Textilproduktion des späten 19. Jahrhunderts eine relativ diffuse räumliche Verteilung aufwies, die Kämpfe der Texilarbeiterinnen aber immer dann erfolgreich waren, wenn ihre Verknüpfung mit ortsgebundenen Kämpfen gelang. Es scheint, dass die Möglichkeit einer solchen Verknüpfung auch für das intellektuelle Proletariat der zeitgenössischen Metropolen besteht. Es wäre interessant, die Streiks der Pariser Transportarbeiter im Winter 1995-1996 unter diesem Gesichtspunkt zu analysieren. Die Streikforderungen wurden bekanntlich von Obdachlosen, Arbeitslosen und illegalen Einwanderern (sans papiers) mitgetragen. Vgl. dazu Negri 2002, S. 313-317.
31. Eine Reihe vorläufiger, teilweise aber schon recht konkreter Überlegungen zu diesem Projekt finden sich im Manifest der italienischen Immaterial Workers of the World (Che te lo dico a fare?), zu lesen in DeriveApprodi VIII (18), S. 30-39. Siehe auch die in derselben Ausgabe abgedruckten Kommentare verschiedener Theoretiker aus der italienischen Bewegung (S. 41-95) und das in DeriveApprodi IX (19), S. 3-7 abgedruckte Diskussionspapier (Se non ora, quando?).
32. Zum Metropolenstreik siehe Negri 2002, S. 316.
33. Diese Spaltung kennzeichnet natürlich auch die Situation an den einzelnen Arbeitsplätzen. Man denke an die unterschiedliche Entlohnung der in den Callcentern angestellten Arbeiter und an den strategischen Einsatz verschiedener Vertragsformen seitens der Unternehmer.
34. Zum Begriff des gekerbten Raums siehe Deleuze/Guattari 1980, S. 592-625 und Casey 1997, S. 301-308.
35. Siehe Davis 1990.
36. Siehe Negri 2003.
37. Siehe Negri 2003, S. 151-153. Vgl. auch Negri 2002, S. 314-316.
38. Man denke in diesem Zusammenhang an Rudolph Giulianis Zero-Tolerance-Kampagne in New York. Dass die Militarisierung städtischer Polizeiaktionen längt kein rein US-amerikanisches Phänomen mehr ist, geht aus den gegenwärtig z. B. von der deutschen CDU vorgebrachten Forderungen nach dem Einsatz der Bundeswehr im Inland ebenso hervor wie aus dem in Berlin mittlerweile regelmässig praktizierten Gebrauch von Kampfhubschraubern zur Verfolgung von Graffittisprayern.
39. Siehe z. B. Bonomi/Revelli 1999 (zum NATO-Einsatz in Yugoslavien) und Berardi 2002 (zur US-amerikanischen Invasion Afghanistans). Der NATO-Einsatz in Yugoslavien wurde von Revelli noch als paradoxe Koinzidenz von postfordistischer Kriegstechnologie und archaisierendem Nationalbewusstsein gedeutet (Bonomi/Revelli 1999, S. 144). Drei Jahre später, also während der Invasion Afghanistans, zeichnete sich für Berardi bereits das mögliche Ende der Ära der immateriellen Arbeit und die erneuerte Hegemonie der „old economy“ von Öl- und Rüstungsindustrie ab (Berardi 2002, S. 121). Es scheint, als seien beide Autoren damit in die Falle getappt, vor der in dieser Arbeit gewarnt worden ist: nämlich der einer allzu hastigen Abstraktion von den materiellen Grundlagen der immateriellen Arbeit. Um es auf eine einfache, vielleicht etwas zynische Formel zu bringen: Auch die am Computerbildschirm oder am Telefon geleistete immaterielle Arbeit ist auf eine materielle Infrastruktur angewiesen, deren langfristiger Erhalt ein Interesse an der Sicherung des Zugriffs auf Erdölvorkommnisse im kaspischen Meer und im Mittleren Osten impliziert. (Zur Rolle, die das US-amerikanische und mitteleuropäische Interesse an den kaukasischen Erdölvorkommnissen bei der Vorbereitung des NATO-Einsatzes in Yugoslavien gespielt hat siehe Zolo 2000, S. 52-55.)
40. Man denke an die von Hollywood und CNN in Kriegszeiten übernommene Propagandafunktion, aber auch an die während der westlichen Kriegseinsätze des letzten Jahrzehnts sich häufenden (freilich fast immer als Unfälle kaschierten) Angriffe auf Fernsehstudios und Journalisten. Aus den zahlreichen Arbeiten zum Zusammenhang von Krieg und Medien sei hier nur Mowlana/Gerbner/Schiller 1992 erwähnt.
41. Siehe dazu Deleuze/Guattari 1980, S. 161-163.
42. Siehe Negri 2003, S. 145: „Die Ethik betrifft die Weise, in der sich jeder selbst als moralisches Subjekt konstituiert.“ Als Beispiel für einen aus autonomen Subjektivierungsprozessen sich ergebenden Widerstand erwähnt Negri den Aufstand von Seattle (Negri 2003, S. 146).
43. Natürlich gibt es noch andere Formen, die eingehender zu untersuchen sich lohnen würde. Als erste, freilich noch recht zaghafte Modelle der Wiederaneignung der Metropole seien hier Critical-Mass-Fahrraddemonstrationen und die verschiedenen mit der Londoner Reclaim-the-Streets-Kampagne verbundenen Aktionsformen erwähnt. Siehe dazu Gobetti 2002, S. 255-57 (zu Critical Mass) und 252-267 (zu Reclaim the Streets). Gobetti betont, dass z. B. Critical Mass ein wirksames Mittel zur (vorübergehenden) Überwindung der die postfordistische Metropole durchziehenden Spaltungslinien darstellt: „[Critical Mass richtet sich gegen] die Einbuchtungsgesellschaft, die Hauptverkehrsadern, das zwischen Arbeitsplatz und Arbeitsweg eingeschlossene Leben“ (Gobetti 2002, S. 256).
44. Siehe dazu Cleaver 2000, insbesondere S. 23-80. Zu welch eklatant unterschiedlichen Methodologien und Schlussfolgerungen die von der Frankfurter Schule und den Postoperaisten vertretenen Ansätze führen, ließe sich z. B. anhand eines Vergleichs der in dieser Arbeit erwähnten Texte von Marazzi, Virno und Lazzarato mit Alfred Sohn-Rethels Studie zum Zusammenhang von geistiger und körperlicher Arbeit aufzeigen (Sohn-Rethel 1989). Sohn-Rethels Studie ist Adornos Programm einer „Anamnese der Genese“ verschrieben und damit wesentlich historisch orientiert. Die Trennung von Hand- und Kopfarbeit wird anhand einer soziologischen, wirtschafts- und geisteswissenschaftlichen Untersuchung erklärt, die oft in platten technologischen Determinismus zu verfallen droht. Fragen der Subjektivität werden nur am Rande behandelt, und dann unter dem Gesichtspunkt eines vermeintlichen Automatismus der historischen Entwicklung. (Marxens „Sie wissen es nicht, aber sie tun es.“) Auf den „Wandel von den Produktivkräften der Mechanik und der Lohnarbeit zu denen der Elektronik und der Automation“ wird nur flüchtig angespielt (Sohn-Rethel 1989, S. 126). Seine Konsequenzen (die von ihm eingeleitete Tendenz) werden nicht weiter untersucht.
45. Siehe dazu Negri 1997a, S. 48-52.

Stephan Adolphs, Serhat Karakayali

Politik der gesellschaftlichen Arbeit Kämpfe im Kapitalismus bei Silver, Castel und Hardt/Negri

Der Klassenbegriff hatte in der bundesdeutschen Politiklandschaft immer eine Signalfunktion. Wer von Klassen sprach, wies sich als Teil der radikalen, mindestens marxistischen Linken aus. In der radikalen Linken der Gegenwart scheint der Begriff der Klasse oft mit dem Versprechen verknüpft, einen sicheren Bezugspunkt darzustellen im oszillierenden Koordinatensystem zwischen Sexismus, Rassismus, Postkolonialismus, etc. Darauf verweist z.B. die Debatte um die Prekarisierung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen, wie sie rund um den Euromayday (http://www.euromayday.org/) geführt wird. Viele OrganisatorInnen und UnterstützerInnen des Euromayday verbinden mit dieser Kampagne einen Prozess der neuen Formierung eines politischen und sozialen Subjekts, das sich gerade in Abgrenzung zur ArbeiterInnenklasse und ihrem 1. Mai definiert. Es geht um eine Bewegung, in dem Kämpfe der Migration, um Geschlecht, reproduktive und affektive Arbeit und so genannte atypische Arbeitsverhältnisse eine gemeinsame Politik entwickeln (vgl. Le Monde Precaire 2005).

KritikerInnen betonen dagegen, dass mit „Prekarisierung" eine Teilbereichsdebatte geführt werde, in der die Linke ihre eignen Lebensbedingungen reflektiere und nicht in der Lage sei, Bezug zu nehmen etwa auf „Kämpfe gegen den Prekarisierungsangriff etwa bei Daimler oder Opel" (Hauer 2005). Mit der Neugründung einer „Linkspartei" ist eine andere Variante des Klassenbegriffs wieder aufgewärmt worden, in dem „Klassen" Markierungen innerhalb einer vertikalen Topologie darstellen. In einer Besprechung von Oskar Lafontaines neuem Buch (*Politik für alle*) wird dies in aller Schlichtheit deutlich: Lafontaine führe „uns die Politik als Klassenkampf vor, und zwar als Klassenkampf von oben, in dem die SPD zum einen Verbündeter der Reichen ist und zum anderen auf eigene Faust die Lebensbedingungen der unteren Klassen verschlechtert. Es ist erfrischend, eine Politikanalyse vorgelegt zu bekommen, die nicht vergessen hat, dass es soziale Klassen gibt." (Josef Reindl, Freitag 24.6.05) Welten liegen allerdings zwischen dem Klassenbegriff der Linkspartei, die sich gegen „Fremdarbeiter" formieren soll, und der Klasse des Prekariats.

Von sozialen Klassen zu sprechen, heißt offensichtlich nicht immer das gleiche. Die ultrakurzen Spotlights auf Elemente der linken Diskussion zu Klasse deuten bereits an, dass der Klassenbegriff ganz unterschiedliche Politiken begründen kann. Die Betonung des einen oder die Vernachlässigung eines andern Aspekts des Klassenbegriffs sind Indikatoren dafür, in welche Richtung – sowohl gesellschaftlich als auch geografisch/territorial – politische Konzepte gehen, die mit Klassen argumentie-

ren. Dieses wechselseitige Verhältnis zwischen den Begriffen und der Praxis prägt die Klassentheorie von Anfang an. Die historischen Kämpfe sind nicht unabhängig von den Theorien, diese gehen in die Kämpfe ein und die Kämpfe wirken zurück auf die Theorie. Im Folgenden wollen wir zu einer Rekonzeptualisierung des Klassenbegriffs beitragen, indem wir uns in einem ersten Schritt den Problemen der Konzeption von Marx zuwenden (I.), um dann in einem zweiten Schritt (II.) anhand einiger neuerer Veröffentlichungen weitere Aspekte des Klassenbegriffs und den damit jeweils verbundenen Politiken zu diskutieren.

I. Drei Momente des Klassenbegriffs

Die Analyse der Klassenkämpfe bei Marx ist durch eine grundlegende Ambivalenz gekennzeichnet. In den politischen Werken – wie z.B. dem „Kommunistischen Manifest" – ist der Gedanke vorherrschend, dass die revolutionären Krisen auf eine zunehmende Verdichtung verschiedener Phänomene hinauslaufen, die zu einer Polarisierung der Gesellschaft in antagonistische Lager führen. Im Mittelpunkt dieser Geschichtsauffassung steht der Kampf von kollektiven AkteurInnen, die mit einer eigenen Identität, einer sozialen Funktion und sich gegenseitig ausschließenden politischen Interessen ausgestattet sind. Zwischen diesen herrscht ein latenter oder offener Bürgerkrieg, was die Möglichkeit bietet, die Klassen als AkteurInnen der Geschichte zu personifizieren, womit auch eine Symmetrie der so gefassten AkteurInnen impliziert ist.

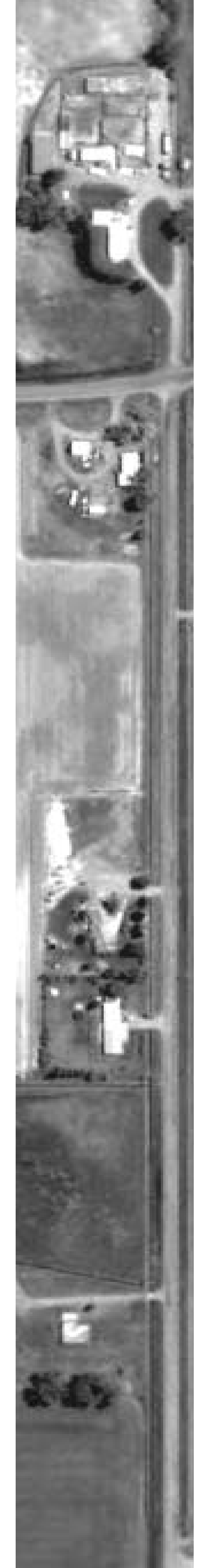
Eine solche Symmetrie der Begriffe fehlt im „Kapital". Das Kapital stellt zwar einen Prozess dar, der ganz vom Klassenkampf bestimmt wird, enthält aber eine grundlegende Asymmetrie der Klassen. Die Kapitalisten treten nie als soziale Gruppe in Erscheinung, sondern sind „Charaktermasken", Träger des Kreislaufs des Kapitals und seiner verschiedenen Funktionen. Nur im Falle von Störungen und Krisen in diesem Kreislauf werden die verschiedenen Klassenfraktionen (industrielles, Finanz- und Handelskapital) zu soziologischen Größen. Das Proletariat hingegen ist die grundlegende Voraussetzung für die Verwertung des Kapitals, das Resultat seiner Akkumulation und gleichzeitig die Begrenzung, auf den der sich selbst reproduzierende Wert stößt. Diese Asymmetrie des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie bildet die Basis des Klassenkonflikts, insofern dieser immer schon in der Produktion- und Reproduktion der Ausbeutungsbedingungen anwesend ist und nicht von außen in diese hineingetragen wird.

Im Marxismus werden nun diese beiden Sichtweisen auf den Klassenkampf (das Problem der Macht und das Problem der Arbeit) zu einer Erzählung zusammengefügt, die durch bestimmte Übergänge und Verbindungen und eine bestimmte Logik der Widersprüche gekennzeichnet ist. Der „Form" der Selbstbewegung des Kapitals, die einen unendlichen Kreislauf von Form-Wandlungen und Akkumulation darstellt, steht deren „Inhalt" gegenüber: die Umwandlung von Menschen in lohnabhängige Arbeitskraft, die als Ware gekauft und verkauft, zur Erzeugung von Mehrwert genutzt und auf gesellschaftlicher Ebene reproduziert wird. Aber während die Form der Selbstbewegung des Kapitals trotz möglicher Krisen seine Kontinuität gewährleistet, kann die Einheit der Proletarisierung, worauf Etienne Balibar hingewiesen hat, nur durch die Zusammenfassung von drei Arten von Phänomenen gedacht werden, die sich äußerlich sind (vgl. Balibar 1990, 199ff).

Das Moment der eigentlichen Ausbeutung ist charakterisiert durch die Warenform der menschlichen Arbeitskraft und die Aneignung des Mehrwerts durch die KapitalistInnen. Das Verhältnis bedarf einer stabilen juridischen Form: Im Arbeitsvertrag (und darüber hinaus im bürgerlichen Recht) treten beide Parteien einander als gleiche (BesitzerInnen einer Ware) gegenüber. Der Ort der Ausbeutung ist zugleich der Schauplatz eines permanenten Kampfes entlang der Kategorien, die das Ausbeutungsverhältnis tragen: Kampf um Löhne, Zusammenschlüsse der ArbeiterInnen in Gewerkschaften und der KapitalistInnen in Unternehmerverbänden, sowie der staatlichen Interventionen zur Durchsetzung von Arbeitsgesetzen und Lohnnormen.

Die Stätte der Ausbeutung beherbergt zugleich *das Moment der Herrschaft*, worin das soziale Verhältnis der Produktion geprägt ist durch die so genannte „reelle Subsumtion" der lebendigen Arbeit unter die kapitalistische Arbeitsteilung, die Trennung in Hand- und Kopfarbeit, womit auch eine Entwicklung intellektueller Potenzen verknüpft ist. Diese Prozesse der Unterwerfung der Arbeitskraft erfordern deren permanente Re-Formierung in der Schule, der Fabrik, der Sozialmedizin, etc.

Das dritte Moment der Proletarisierung ist schließlich die *Konkurrenz zwischen den ArbeiterInnen* – die Stichworte bei Marx lauten hier „industrielle Reservearmee" und „relative Überbevölkerung" –, dem die Gewerkschaften nur bedingt entgegenwirken können. Historisch hat die ArbeiterInnenbewegung dieses Moment durch „boundary drawing" bekämpft, also durch den Ausschluss von Teilen der ArbeiterInnenklasse vom Arbeitsmarkt. Das Verbot der Kinderarbeit, die Einschränkung der Frauenerwerbsarbeit und Maßnahmen zur



Beschränkung der Mobilität der ArbeiterInnen kennzeichnen das Repertoire gewerkschaftlicher Politik gegen die Konkurrenz.

Ökonomische und politische Lesarten

Die marxistische Darstellung der Klassen ist durch eine grundlegende Mehrdeutigkeit hinsichtlich der Bedeutung der „historischen Gesetzmäßigkeiten" des Kapitalismus (und der Widersprüche dieser Produktionsweise) gekennzeichnet. Die Analysen des *Kapital* lassen sich auf zwei Weisen – eine ökonomische und eine politische – lesen, je nachdem ob der Form oder dem Inhalt Vorrang gegeben wird.

In der ökonomischen Lesart werden alle Momente der Proletarisierung auf den Kreislauf des Werts, der Verwertung und der Akkumulation zurückgeführt, der die Essenz der Praxis der ArbeiterInnenklasse darstellt. Diese Essenz, der Wert, ist auch bei Marx ein Fetisch, also letztlich nur eine entfremdete Form der wahren Essenz, der menschlichen Arbeit. Nichtsdestotrotz macht der Rückgriff auf diese „eigentliche Grundlage" Wert sie zu einem nicht überschreitbaren Horizont. So argumentiert Michael Heinrich in seinem Debattenbeitrag in der Nummer 11 der *grundrisse*: „Was die kapitalistische Form von Klassenherrschaft von allen anderen unterscheidet, sind sachliche Herrschaft und Fetischismus." (Heinrich 2004)

In der politischen Lesart ersetzt das Primat des Inhalts die Form, die hier nur das letztlich kontingente Resultat des Klassenkampfes ist. Der Klassenkampf ist nicht der Ausdruck der ökonomischen Formen, sondern wird zur Ursache ihrer relativen Kohärenz. Es gibt demnach keine prädeterminierte Verkettung von Formen, wie in der ökonomischen Lesart, sondern hier zeigt sich „*das Wirken antagonistischer Strategien*: Ausbeutungs- und Herrschaftsstrategien, Widerstandsstrategien, die durch ihre eigenen Auswirkungen ständig verschoben und neu mobilisiert werden" (Balibar 1990, 202). Der Klassenkampf ist der politische Untergrund, auf dem sich die Ausprägungen der Ökonomie entfalten, die aber selbst keine Autonomie besitzen. Diesen Aspekt betont z.B. Karl Reitter (2004) mit Bezug auf die operaistischen Thesen, wie sie unter anderem von Toni Negri vertreten werden.

Die beiden Lesarten sind letztlich umkehrbar, an diesen Punkt liegt die Mehrdeutigkeit der Marxschen Analyse: Sie ist sowohl eine *Kritik der politischen Ökonomie*, die antagonistische Kräfteverhältnisse und Politik herausarbeitet, wo eine liberale Ideologie rationales Kalkül und Allgemeinwohl, mithin unpersönliche, sachliche Verhältnisse, sehen will. Sie analysiert jedoch auch *Grenzen der Politik*, „denn von innen heraus erweisen sich die politischen Kräfte als ökonomische Kräfte, die »materielle« Interessen zum Ausdruck bringen" (Balibar 1990, 203).

Aus der prinzipiellen Umkehrbarkeit der beiden Lesarten folgt, dass sie instabil sind. Diese Instabilität der Darstellung ist im klassischen Marxismus durch die ideelle Identität der ArbeiterInnenklasse als ökonomische Klasse und des Proletariats als politisches Subjekt stillgestellt worden. Nur die ArbeiterInnenklasse besitzt eine Identität durch sich selbst und kann als universelle Klasse gedacht werden.

Die politischen Folgen dieses „stillgestellten (bzw. dialektischen) Oszillierens" zwischen den beiden Polen des Voluntarismus und des Objektivismus waren drastisch: In einem Fall soll die ökonomische Entwicklung langsam aber stetig die Verwandlung in den Sozialismus sicherstellen (revolutionärer Attentismus) oder zu einer extremen Zuspitzung führen, die dann eine revolutionäre Umgestaltung zum Kinderspiel macht. In der voluntaristischen Variante ist die Revolution prinzipiell immer möglich (wenn auch von den konkreten Kräfteverhältnissen abhängig), aber extrem auf den Staat fixiert. Die Vorstellung einer allumfassenden und unmittelbaren Mach- bzw. Formbarkeit sozialer Beziehungen durch etatistische Politik vernachlässigt die Unterschiedlichkeit der Zeitdimensionen, die auf den Ebenen der Proletarisierung vorherrschen. „Der große Sprung nach vorn" landet stets im Wasser. Um diese zirkuläre Vorstellung zu durchbrechen, ist es notwendig, die empirischen Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Aspekten der Proletarisierung als strukturelle zu begreifen, die nicht vorübergehender Natur sind, sondern den konkreten Bedingungen des „historischen Kapitalismus" (I. Wallerstein) innewohnen. Es gibt sowohl ein „making of the working class" (E.P. Thompson), als auch „of the bourgeoisie", die stets mehr ist

als bloß Charaktermaske. Sowohl die „Bourgeoisie" als auch das „Proletariat" müssen als hegemoniale Projekte verstanden werden. Beide Projekte sind immer schon ein Konglomerat von sehr unterschiedlichen sozialen Gruppen, eine bestimmte Kombination von sozialen Formen und Funktionen. Es gibt keine KapitalistInnenklasse, nur KapitalistInnen. Die politisch-gesellschaftliche Führung ist die Aufgabe der Bourgeoisie (dem „Block an der Macht" bei Gramsci). Umgekehrt gibt es auch keine ArbeiterInnenklasse, es gibt nur verschiedene ArbeiterInnen. Der angestrebte soziale Block wäre dann das Proletariat, eine Mischung von verschiedenen sozialen Gruppen, die eine andere Kombination von sozialen Formen und Funktionen schaffen muss. Die Begriffe Klasse und Klassenkampf bezeichnen so gesehen einen offenen Prozess und keinen mit einer mythischen Identität und Kontinuität ausgestatteten einheitlichen Akteur. Étienne Balibar schlägt daher vor, von einem „Klassenkampf ohne Klassen" zu sprechen.

Die Krise der Klassen

Die heute stattfindenden Arbeitskämpfe scheinen eher sektorielle (ständische) und defensive Kämpfe zu sein, Rückzugsgefechte, die für die kollektive Zukunft keine Bedeutung haben. Dem gegenüber nehmen andere Formen des sozialen Konfliktpotentials zu, von denen einige anscheinend wesentlich bedeutsamer sind – wie Generationskonflikte, Kämpfe um Geschlecht, Sexualität, Umweltbedrohungen, ethnische und religiöse Konflikte, Kriege, transnationaler Terrorismus.

Dementsprechend haben Klassen in der Alltagspraxis der meisten Menschen und in der Politik ihre sichtbare Identität verloren. Die Klasse, von der Theorie und in (ArbeiterInnen-)Organisationen (ideologisch) stabilisiert, gab in der Vergangenheit heterogenen sozialen Gruppen die Möglichkeit, sich als TrägerInnen von Rechten und Forderungen zu verstehen. Ein solches Projekt, das einen gegenseitigen Bezug des Sozialen, Politischen und des Theoretischen – mit dem Klassenantagonismus als Gravitationszentrum – ermöglicht hat, fehlt heute.

Die Krise des Klassenkampfs ist also vor allem der Verlust seiner Zentralität: „Das wäre vielleicht die radikalste Form des »Verschwindens der Klassen«: nicht das einfache Abebben der sozialökonomischen Kämpfe und der in ihnen zum Ausdruck kommenden Interessen, sondern ihr Verlust an zentraler politischer Bedeutung, ihr Aufgehen in einem Geflecht vielgestaltiger Konflikte, in dem die Allgegenwärtigkeit des Konflikts nicht einher geht mit einer Hierarchisierung, mit einer sichtbaren Teilung der Gesellschaft in »zwei Lager«, einer »letzten Instanz«, die die Verhältnisse und ihre weitere Entwicklung bestimmt." (Balibar, 195)

Ein politisches Projekt der Gegenwart muss nicht den im Kontext des Marxismus entwickelten traditionellen Klassenbegriff rekonstruieren oder gar „retten", es muss vielmehr über diese Konzeption hinausgehen – z.B. über staatsfixierte (nationale) Projekte, über den Produktivismus, über die Orientierung am hauptsächlich männlichen Industrieproletariat, über einen engen Arbeitsbegriff, etc., also insgesamt über die Vernachlässigung anderer Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die ursprünglich nicht auf die kapitalistische Produktionsweise zurückgehen, gleichwohl heute mit ihr verbunden sind. Ein solches Projekt sollte aber auch jene drei oben genannten Ebenen der Proletarisierung nicht aus den Augen verlieren, die für den Klassenantagonismus (auch heute noch) grundlegend sind. Elemente einer solchen Herangehensweise kursieren in den aktuellen Debatten um den Euromayday, um Empire und Biopolitik oder etwa in den vielfältigen Initiativen gegen eine Vollbeschäftigungsgesellschaft und für ein Grundeinkommen.

Anstelle einer umfassenden Analyse dieses Feldes wollen wir anhand dreier Publikationen die Fluchtlinien der aktuellen Auseinandersetzungen um das Politische, das Soziale und die Klassenfrage exemplarisch und komprimiert untersuchen. Es geht nicht darum, diese Publikationen jeweils Fraktionen der globalen Linken zuzuordnen und sie als ganze zu besprechen, vielmehr interessieren uns einzelne Momente aus den selbst überaus unterschiedlichen Zugängen von Büchern wie „Forces of Labor" von Beverly Silver, „Die Stärkung des Sozialen" von Robert Castel sowie „Multitude" von Michael Hardt und Toni Negri.

II. Klassenkampf weltweit – im Betrieb

Beverly Silvers vielbeachtete historische Studie zeigt eindrücklich, dass die globale Mobilität des Kapitals ohne Klassenkampf nicht verstanden werden kann. Seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts lässt sich zeigen, dass so genannte Arbeiterunruhen und die globale und regionale „Flucht" des Kapitals eine signifikante Korrelation aufweisen. Die scheinbar souveräne Ausbreitung des Kapitals ist somit ein Effekt des Widerstands der lebendigen Arbeit gegen ihre Ausbeutung. Diese operaistische Sichtweise kombiniert Elemente der ökonomischen mit der politischen Lesart, denn das Ökonomische, das hier im Vordergrund steht, wird handlungstheoretisch gefasst: Das Kapital folgt keiner inneren Logik, sondern ist der Effekt von politisch-ökonomischen Kämpfen.

Deutlich wird damit auch, dass der Kampf um die Ausbeutung und seine Effekte, mithin die kapitalistische Produktionsweise, global konzipiert werden müssen – die nationale Perspektive stellt daher eine rigide Beschränkung der Analyse des Kapitalverhältnisses dar. Die Veränderungen in der Produktionsweise und von einem Produktzyklus zum anderen (etwa von der Textilindustrie zur Automobilindustrie) und zur Transformation der Arbeitsorganisation hin zur Netzwerkproduktion sind so nicht nur als technologischer Fortschritt, sondern als Momente des Klassenkampfs bestimmbar. Die Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise auf den globalen Süden ist einerseits der Effekt der Arbeitskämpfe, die die Industrien stets mitnehmen – der betriebliche Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen ist aus der Fabrik nicht zu verbannen –, sie ist aber auch gekoppelt an eine für die kapitalistische Produktionsweise typische Phasenverschiebung: Zu Beginn eines Produktzyklus besitzen die Unternehmen, die das Produkt einführen einen quasi-monopolistischen Vorteil und können dadurch Extra-Profite erzielen. Dies ist nach Silver der Umstand, der diesen Industrien in ihrer Einführungsphase ermöglicht, hohe Löhne zu zahlen. Da sie keinen Extraprofit mehr erzielen, wenn sie im Süden angelangt sind, verlieren sie den Spielraum für Klassenkompromisse. Die Klassenkämpfe können dort nicht mehr in sozialstaatlichen Kompromissen befriedet werden. Diese Bewegung der Produktzyklen nach Süden diffundiert aber heute, so könnte Silver entgegengehalten werden, weil die Zonen der Globalisierung selbst in Auflösung begriffen sind: Zentrum, Semi-Peripherie und Peripherie gehen ineinander über, da durch Netzwerkproduktion, Migration und zunehmende Prekarisierung die Einheitlichkeit der drei Zonen schwindet. Dadurch wird sozialstaatliche Reproduktion und Normierung der Lebensverhältnisse auf nationaler Ebene schwieriger. Die oben angeführten drei Aspekte der Proletarisierung hängen also aufs Engste mit ethnischen, geschlechtlichen, geographischen etc. Aspekten zusammen, die nicht unbedingt in derselben nationalen Formation verortet, sondern global verstreut sind.

Silver kommt zu der Beobachtung, dass der Modus des Klassenkampfs eng mit der Arbeitsorganisation innerhalb eines dominanten Produktionstyps zusammenhängt: In der Automobilindustrie war die ArbeiterInnenmacht groß, weil der Produktionsprozess durch kleine Interventionen massiv gestört werden konnte, was in der Textilindustrie, der historischen Vorläuferin der Automobilproduktion, nicht möglich war. Der Unterschied zwischen den ArbeiterInnen in diesen beiden Produktionszweigen besteht darin, „dass die Erfolge der TextilarbeiterInnen weit stärker auf eine ausgeprägte (kompensatorische) Organisationsmacht angewiesen waren (Gewerkschaften, politische Parteien und klassenübergreifende Allianzen mit nationalistischen Bewegungen)“ (Silver 2005, 216). Für die Konstitution einer neuen ArbeiterInnenklasse nach der Automobilära bedeutet dies den Vorrang von Organisationsmodellen wie sie in den US-amerikanischen Gewerkschaften bereits erprobt wurden, etwa in der Justice-for Janitors Kampagne, die sich nicht auf den – oftmals wechselnden und instabilen – Arbeitsplatz konzentriert, sondern sich auf Communities richtet. Interessant ist nun, dass die ArbeiterInnen in den Dienstleistungssektoren, um die es dabei geht, vor allem MigrantInnen sind. Silver betont, dass deren transnationale Perspektive etwa für die Diffusion von Kampfformen von entscheidender Bedeutung ist – z.B. die Guerilla- und Bürgerkriegserfahrung vieler lateinamerikanischer Migrantinnen. Gerade aber weil in Silvers Analyse der Protektionismus des Nordens – also die „Konkurrenz der Arbeiter in der Dritten Welt durch Import und Einwanderungsbeschränkungen fernzuhalten“ (222) – entscheidender Faktor bei der Stabilisierung von Klassenkompromissen ist, reicht es nicht aus, die Problematik der Migration auf „juristische Einschränkungen“ (gemeint ist hier der prekäre Aufenthaltsstatus) der MigrantInnen im Rahmen der Arbeitskämpfe zu reduzieren. Für den Problemkontext der Konstitution eines politischen Subjekts ist offensichtlich die politische Regulierung, die Formen, in denen hegemoniale Kompromisse gebildet werden können und wie sie ideologisch artikulierbar sind, nicht zu unterschätzen. Oskar Lafontaines Aussage, der Staat sei verpflichtet, „zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen“, ist in dieser Perspektive keine reaktionäre Entgleisung, sondern ein strukturelles Problem der „sozialen Frage“, denn soziale Kompromisse werden im Nationalstaat gemacht. Die Migration verwirft diesen nationalen Klassenkompromiss permanent und stellt damit eine autonome Form sozialer Bewegung dar, für die noch keine angemessene Form der politischen Repräsentation existiert (vgl. Karakayali/Tsianos 2005). Eine ausschließlich syndikalistische Lesart, wie sie Silver nahelegt, verkennt jedoch die Rolle des Staates bei der Regulierung der national-sozialen Politik, die sich tagtäglich an den Grenzen und in den AusländerInnenbehörden der Länder des Nordwestens abspielt.

Klassenkämpfe im national-sozialen Staat

Mit der Regulierung des Klassenkampfs in den „national-sozialen Staaten“ des Westens beschäftigt sich das neue Buch von Robert Castel, ausgehend

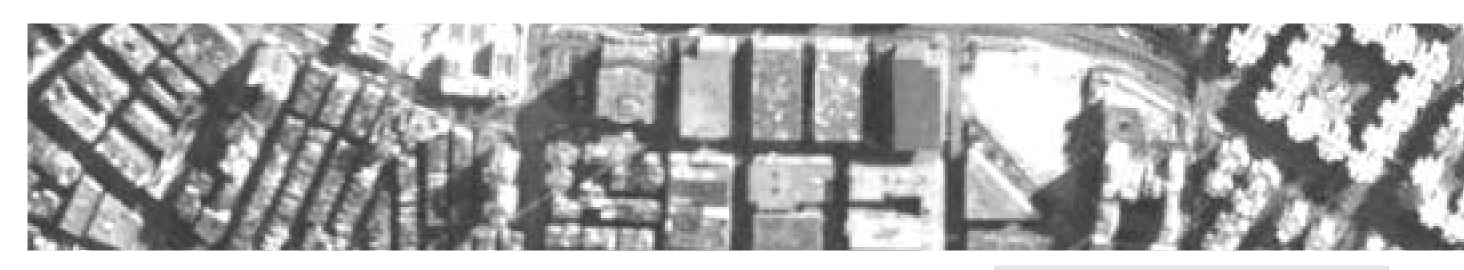
vom Zusammenhang von Sicherheit und Demokratie. Die heute erodierende Form der sozialen Sicherheit kann ausgehend von der Kritik der ArbeiterInnenbewegung an liberalen Demokratievorstellungen verstanden werden. Gegen eine Beschränkung der Politik auf Recht, staatliche Gewalt und Öffentlichkeit wies z.B. Marx auf den für die politischen Formen grundlegenden Charakter des Privateigentums und der Arbeitsverhältnisse hin, der nicht nur eine Gemeinschaft der Gleichen unterminiert, sondern auch eine Beendigung des sich aus diesen Formen ergebenden Konflikts auf dem Weg staatlicher Politik unmöglich mache – nicht aber eine Regulierung dieses Konflikts durch eine „Förderung des Sozialen“ (J. Donzelot), die einen Übergang vom Paternalismus zum Wohlfahrtsstaat ermöglichte. Mit der Lohnarbeit werden *Schutzmechanismen* verknüpft, sie wird zu einem Status, der Garantien wie z.B. Lohnnorm, arbeitsrechtliche Bestimmungen und Sozialversicherungen umfasst (Castel 2005, 40f.).

Die drei Aspekte der Proletarisierung (s.o.) werden also im Sinne einer Regulierung der Konflikte (Verwaltung des Arbeitsmarktes, der Sozialversicherungen, des Gesundheits- und Schulwesens etc...) ständig vom *national-sozialen Staat* – in den die kollektiven Vertretungsorganisationen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände integriert sind – vermittelt und miteinander verknüpft und tragen auf diese Weise zur Reproduktion der „Ware Arbeitskraft“ im Rahmen einer keynesianischen Politik bei, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aneinander schließt, um zwischen Produktion und Nachfrage auf nationaler Ebene ein Gleichgewicht zu schaffen.

Die ArbeiterInnen beugten sich den Anforderungen des sich entwickelnden fordistischen Kapitalismus und profitierten im Gegenzug von umfassenden Sozialleistungen auf der Basis stabiler Beschäftigung. Diese an die Erwerbsarbeit gebundenen Garantien und Ressourcen machen den Erwerbsarbeitsstatus im Laufe des 20. Jahrhunderts gleichzeitig zu einem *Bürgerschaftsstatus*, da zwar nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln in Frage gestellt wird, aber ein Anspruch auf *soziales Eigentum* besteht, das zur Existenzsicherung all derjenigen beiträgt, die über die Lohnarbeit hinaus nicht abgesichert sind (vgl. 54f.).

Dieser Bürgerschaftsstatus wird beim Umbau – Kämpfe kommen in der soziologischen Perspektive Castels nur am Rande vor – des national-sozialen Staates in einen *nationalen Wettbewerbsstaat* mit dem Ziel, die Lohn- und Lohnnebenkosten zu senken, damit die Kapitalrentabilität zu erhöhen sowie den Einfluss allgemeiner Beschränkungen durch die gesetzlich vorgesehene Reglementierung zu reduzieren, zunehmend durchlöchert. Ein flexibles und individualisiertes Arbeitsmanagement tritt an die Stelle kollektiver Organisation auf der Basis stabiler Beschäftigungslagen. Daraus resultieren eine Entkollektivierung und ein Abbau der Sicherungsleistungen, Massenarbeitslosigkeit und zunehmend prekäre und unsichere Arbeitbeziehungen vor allem in den unteren Stufen der Erwerbshierarchie. Innerhalb derselben Gruppe von ArbeitnehmerInnen kommt es zu beträchtlichen Ungleichheiten. Dadurch tritt an die Stelle von Solidarität „eine zunehmende Konkurrenz der Gleichen“ (59), die die Formulierung gemeinsamer Ziele erschwert.

Da das Sozialversicherungssystem immer noch weitgehend auf Sicherungsleistungen basiert, die an Erwerbstätigkeit gebunden sind und über Beitragszahlungen aus Erwerbstätigkeit finanziert werden, fallen diejenigen, die nicht beschäftigt sind, aus der Sozialversicherung heraus. Für diese Bevölkerungsgruppe wurde in den letzten 20 Jahren eine ganze Reihe von Maßnahmen entwickelt, die diese „aktivieren“ sollen. Die Form dieser auf die Individuen abzielenden Maßnahmen, sind aber in der Regel diskriminierend und stigmatisierend, da sie aufgrund von „Minderwertigkeit“ gewährt werden und daher ungeeignet sind, die sich verschärfende Zweiteilung des Sozialsystems zu überwinden. Zudem hält Castel die Aktivierung von Menschen, denen es an persönlichen Ressourcen mangelt, für unrealistisch, da diesen oftmals mehr abverlangt werde, als anderen, die viel haben. Er plädiert deshalb für ein homogenes Rechtssystem, das den Bereich der Sicherungsleistungen abdeckt, die nicht Teil des kollektiven, an die Erwerbsarbeit gebundenen Versicherungssystems sind. Hierdurch sollen den Individuen materiellen Ressourcen zur Wiedereingliederung zur Verfügung gestellt werden, durch die sie wieder Anschluss an das allgemeine Sozialversicherungssystem finden können und von philanthropischen und paternalistischen Praktiken der Behörden und Sozialarbeit unabhängig werden (vgl. 97-115).



Aber auch durch die zunehmende Fragmentierung der Beschäftigungsverhältnisse, die nicht allein „atypische“ Arbeitsverträge betrifft, sondern auch die Flexibilisierung der Arbeitsaufgaben, ergeben sich immer mehr Beschäftigungssituationen, die rechtlich gar nicht oder nur schwach abgesichert sind: Teilzeitarbeit, diskontinuierliche Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit, neue Formen der Heimarbeit. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit stark gestiegen und Zeitabschnitte mit und ohne Beschäftigung wechseln sich vermehrt ab. Daher will Castel die Rechte vom Beschäftigungsstatus entkoppeln und auf die Person des Arbeiters bzw. der Arbeiterin übertragen, angelehnt an eine Vorstellung, die den Menschen nicht durch die Ausübung eines Berufes oder einer bestimmten Beschäftigung definiert, sondern die verschiedene Arbeitsformen umfasst, die jeder Mensch in seinem Leben ausübt. Sein Ziel ist quer zu den diskontinuierlichen Berufswegen eine Rechtskontinuität zu begründen, die auch Perioden umfasst, in denen die Erwerbsarbeit unterbrochen wird (vgl. 115-126.).

Obgleich Castel in seiner Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen zu ähnlichen Ergebnissen kommt wie die BefürworterInnen eines „allgemeinen und hinreichenden Grundeinkommens“ (vgl. http://www.netzwerk-grundeinkommen.de/) bzw. „Existenzgeldes“ (vgl. Krebs 2000), lehnt er diese Konzeption aus strategischen Gründen ab (vgl. Castel, 113), da es trotz des prekären Charakters weiter Teile des Beschäftigungssystems immer noch einen stabilen Kernbereich mit klassischen Beschäftigungsverhältnissen gebe. So sollen die von ihm propagierten „Übergangsrechte“ tendenziell nur auf die „Grauzonen der Beschäftigung“ Anwendung finden, die nicht oder nur unreichend über den klassischen Beschäftigungsstatus abgesichert sind, um eine Neustrukturierung der Sicherungsleistungen für alle Beschäftigungsformen zu vermeiden (vgl. 120). Diese Argumentation ist sicher auch dem Zwang zu Kompromissen zwischen den Sektoren mit noch bestehenden Normalarbeitsverhältnissen und den prekarisierten Bereichen geschuldet. Hier zeigt sich aber auch der politische Unterschied zwischen Castels defensiver Strategie – für den unbezahlte Arbeit, wie z.B. die vorwiegend von Frauen geleistete Hausarbeit, aber auch beispielsweise die Folgen des Produktivismus für die Umwelt, kein Thema sind – und der linken Diskussion um ein Grundeinkommen. Diese zielt nämlich über die Sicherung der prekären Arbeit hinaus auf die Schaffung neuer sozialer Formen für eine Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter Einbeziehung nicht nur der „wertschaffenden“ Arbeit, sondern weiters auch für alle anderen Arten von Arbeit ab, die jeder und jedem eine wirkliche Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten ermöglicht (vgl. Krebs 2000, 74).

Die Produktivität der Multitude

Aus den ökonomischen Kämpfen allein, die in drei Ebenen der Proletarisierung zerfallen, lässt sich keine einheitliche Akteurin formieren. Die Ebene der Formierung kommt in der Analyse Silvers nicht in den Blick, bzw. nur als negative, die Einheit der ArbeiterInnenklasse behindernder Faktor: Bei ihr treibt die lebendige Arbeit das Kapital vor sich her, wird aber durch die negative Macht (Gesetz/ Gewalt) des Staates behindert. Während Silver an Kämpfe und Praktiken von ArbeiterInnen anknüpft – und dabei implizit eine solche Einheitlichkeit durch das (nun nicht mehr als nationales, sondern als Weltsystem verstandenes) Kapitalverhältnis unterstellt – zeigt Castel die Momente der Formierung und Regulierung der drei Ebenen der Proletarisierung auf. Unklar bleibt jedoch aus der Perspektive der Neuschaffung eines emanzipatorischen Projekts, an welche Kämpfe und Praktiken, die über die Regulierung im national-sozialen Staat hinausweisen, anzuknüpfen ist.

Dies hat damit zu tun, dass er die gesellschaftlichen Veränderungen ausgehend von den ehemals hegemonialen Organisationsformen und Normalisierungsweisen des fordistischen Kapitalismus untersucht, die eine starke Tendenz zur Homogenisierung besaßen und die Voraussetzung für die Bürgerschaftsrechte bildeten. Castel strebt zwar eine Ausweitung der Bürgerrechte an, stellt aber die „Logik“ dieser Formen nicht grundsätzlich in Frage. Damit bleibt der Prozess ihrer Auflösung nur als negativer beschreibbar. „Atypische“ Arbeitsverhältnisse werden unter dem Begriff *Prekarisierung* als negative Individualisierung beschrieben; die mit diesen veränderten Lebens- und Arbeitsverhältnissen einhergehenden Praktiken und Subjektivierungsweisen, die durchaus auch positive bzw. produktive Momente enthalten und über eine auf Lohnarbeit zentrierte Gesellschaft hinausweisen, bleiben unsichtbar.

Der Begriff der „Bio-Politik“ oder „biopolitischen Produktion“ von Hardt und Negri (vgl. 2002, 37-55) hat demgegenüber den Vorteil, dass mit ihm auch alle Praktiken, individuellen Lebensformen und Subjektivierungsweisen positiv gefasst werden können, die in der Perspektive der fordistisch organisierten Lohnarbeit marginalisiert waren. Durch die Ausweitung des Arbeitsbegriffs auf Körper, Raum, Sprache, Symbole, Werte, Affekte, u.s.w. werden alle die Verteilung von Arbeit und die gesamten gesellschaftlichen produktiven Aktivitäten formenden Machtstrukturen in den Blick gerückt. In dieser Sichtweise kann das Kapitalverhältnis nicht ohne politische Ordnung und Regulierung existieren (vgl. Hardt/Negri 2004, 189), es bildet nicht den Kern der

Gesellschaft, sondern ist mit vielfältigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden und wird von diesen umgekehrt abgestützt.

Anstelle des Antagonismus, der seine klassenformierende Kraft verloren hat, setzen Hardt und Negri auf das spinozistische Modell der radikalen Immanenz, mit dem sie das Problem der drei Ebenen der Proletarisierung auf andere Weise angehen. Dabei beziehen sie sich auf Überlegungen von Gilles Deleuze und Michel Foucault, die (politische) Subjektivität als Produkt eines Ensembles von Verhältnissen fassen. Gerade in der Vielheit der Singularitäten liegt die produktive Macht der Multitude – die Sein, Handeln, Leben und Arbeit umfasst –, nicht in deren Normalisierung. Die Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind dabei nicht externalistisch gefasst, sondern selbst Teil einer relationalen Dynamik. Die antagonistischen Kräfte stehen nicht außerhalb und müssen niedergerungen werden, ihre Fesseln liegen in letzter Instanz in der Menge selbst: Die Korruption, die sie beständig in Empire transformiert.

Das schließt auch ein anderes Verständnis des Politischen ein. Das emanzipatorische Projekt der Multitude kann (heute) weder nach dem Modell eines einfachen Übergangs der Produktivkräfte zum Sozialismus erfolgen (wie in der ökonomistischen Lesart des Marxismus) noch kann es über den (National-)Staat errichtet werden (wie in der staatszentrierten Lesart). Dem Kampf gegen die Ausbeutung, den die hegemonialen Organisationen der ArbeiterInnenklasse mit der Einschreibung ihres proletarischen Projekts in den Nationalstaat, der durch Grenzziehung nach außen und Normalisierung und Homogenisierung im inneren gekennzeichnet war, stellen Hardt und Negri die Produktivität der Multitude, als Erweiterung der Möglichkeiten aller entgegen, die in den unterschiedlichen Kämpfen seit den 60er Jahren eingefordert wurden, die sich gegen die Lohnarbeit, den souveränistischen Staat und die normalisierenden Machttechnologien richteten. Aus ihrer Perspektive haben diese Kämpfe und Praktiken maßgeblich zum Übergang von der nationalen „Disziplinar-" zur globalen „Kontrollgesellschaft" (Deleuze) – dem Empire – beigetragen. Die dominante Rolle der immateriellen und affektiven Arbeit in der Neuzusammensetzung der globalen Arbeitsverhältnisse verweist dabei nicht auf eine neue Avantgarde, sondern zum einen auf jene „Erbschaft der Kämpfe" – angedeutet etwa im „devenir-femme du travail" (Judith Revel) – und zum anderen auf die Veränderung der Subjekte der Arbeit.

An diese Praktiken und Subjektivitäten, an die Momente der „Deterritorialisierung" gilt es anzuknüpfen – gegen die „(Re-)Territorialisierung" des Empire, d.h. die Kodierung, Individualisierung und Kategorisierung der Praktiken und Subjektivitäten der Multitude durch die normalisierenden Effekte der Kontrollgesellschaft – und diese in Formen jenseits der Kontrollgesellschaft zu „re-territorialisieren" (vgl. Deleuze/Guattari 1992, 621ff.). So verstanden könnten der Ansatz von Hardt und Negri zur Reformulierung einer Hegemonietheorie jenseits des fordistischen Nationalstaats beitragen, dabei könnte man an Überlegungen von Nicos Poulantzas zum Staat, Michel Foucaults zur Gouvernementalität, Normalisierung und (Selbst-)Subjektivierung und Étienne Balibars zu Formen der Bürgerschaft jenseits des national-sozialen Staates anknüpfen (vgl. Adolphs 2005). Wobei die an die spinozistische Ontologie angelehnte Figur der Produktivität der Multitude, die den Ausgangspunkt bildet, für die Schaffung jener Verhältnisse, Umstände und Bedingungen, die das „Tätigkeitsvermögen des Körpers wie des Geistes" vermehren statt es zu vermindern (vgl. Spinoza, Ethik, III. Teil, Lehrsatz 11), eine „kritische Sicherung" gegen einen Rückfall in ein neues proletarisches Projekt bilden könnte, das die Prozesse der Re-Territorialisierung vor allem nach dem Muster der vorherrschenden sozialen Formen und Beziehungen des national-sozialen Staates denkt.

Doch die Unterbestimmtheit der institutionellen Formen und Regulierungen ist ein Schwachpunkt der Bücher von Hardt und Negri. So ist vielfach kritisiert worden, dass beim allumfassenden Arbeits- und Produktivitätsbegriff die Binnendifferenzierungen zwischen den verschiedenen Tätigkeiten zu verschwimmen drohen. Auch die Formen des Politischen bleiben vage. Während Hardt und Negri in Empire durch die (Über-)Betonung der spinozistischen Ontologie an vielen Stellen nahe zu legen scheinen, dass eine freie Gesellschaft durch die Rücknahme des transzendenten staatlichen und ökonomischen Kommandos in die Immanenz des produktiven Seins der Menge zu erreichen sei, betonen sie inzwischen explizit, dass „die Multitude eines politischen Projekts" bedarf (Hardt/Negri 2004, 239).

Dieses beruht zwar auch auf dem produktiven Sein der Menge, das ja auch die Produktion von Beziehungen, Kommunikationsnetzwerken und Lebensformen umfasst (vgl. 370), geht aber über dieses hinaus, da es ebenfalls eine neue „politische Konstitution", eine neue gesellschaftliche Ordnung entwickeln muss (vgl. 248). Verschwommen bleibt dennoch, in welchen Praktiken und Institutionen sich die angestrebte „politische Konstitution" materialisieren müsste und wie Konflikte zu vermitteln sind. Das Konzept des „Communen" in der

Multitude, das Hardt/ Negri jenseits von Gemeinschaft und Gesellschaft verorten, ist bisher wenig ausgearbeitet (vgl. Negri 2004, 19f.).

Die Überlegungen von Hardt und Negri ermöglichen also anhand der Begriffe Bio-Politik und Multitude eine Problematisierung der Dilemmata des proletarischen Projekts. Sie eröffnen durch ihren Perspektivwechsel die Möglichkeit, Fragen der Lohnarbeit mit Fragen wie Migration, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Geschlechterverhältnisse und Selbstbestimmung demokratisch zu verbinden. Dies ist ein erster (theoretischer) Schritt hin zu einem Projekt, das deutlich über die Grenzen der liberalen Demokratie in den nationalen Wettbewerbsstaaten hinausweisen könnte.

E-mail: kara@niatu.net

Literatur:

Adolphs, Stephan 2005: Biopolitik und die anti-passive Revolution der Multitude. In: Marianne Pieper u.a. (Hg.): Empire und die biopolitische Wende, Campus, Frankfurt/ New York (im Erscheinen)

Balibar, Étienne 1990: „Vom Klassenkampf zum Kampf ohne Klassen?" In: ders./ Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Argument, Hamburg/ Berlin

Castel, Robert 2005: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburger Edition, Hamburg

Deleuze, Gilles/Félix Guattari 1992: Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie II, Merve, Berlin

Hardt, Michael/Antonio Negri 2002: Empire. Die neue Weltordnung, Campus, Frankfurt/New York

dies. 2004: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire; Campus, Frankfurt/New York

Hauer, Dirk 2005: „Strategische Verunsicherung. Zu den identitären Fallstricken der Debatte um prekäre Arbeit", http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/hauer2.html

Heinrich, Michael 2005: Welche Klassen und welche Kämpfe? Eine Antwort auf Karl Reitters „Kapitalismus ohne Klassenkampf?" in: grundrisse 11, 35-42

Karakayali, Serhat/ Vassilis Tsianos 2005: "Mapping the new order of migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration", in: PERIPHERIE Nr. 97/98, 25. Jg. 2005, 35-64

Krebs, Hans-Peter 2000: Metamorphosen des Erwerbsarbeitssystems. Von der Befreiung durch zur Befreiung der Arbeit. In: ders./Harald Rein (Hg.) Existenzgeld. Kontroversen und Positionen, Westfälisches Dampfboot, Münster, 69-81

Le monde Precaire, http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/euromayday-hh/media/2005/04/204.pdf

Reitter, Karl 2004: Kapitalismus ohne Klassenkampf. Zu Michael Heinrich: „Kritik der politischen Ökonomie", in: grundrisse 11, 26-34

Negri, Antonio 2004: Politische Subjekte. Multitude und konstituierende Macht. In: Atzert, Thomas/Jost Müller (Hg.): Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire, Westfälisches Dampfboot, Münster, 14-28

Silver, Beverly 2005: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Assoziation A, Hamburg

Obwohl hierzulande (noch) wenig bekannt, zählt Harry Cleaver zu den einflussreichsten AutorInnen des US-amerikanischen Operaismus. Sein Buch „Reading Capital Politically“ kann wohl als sein Hauptwerk bezeichnet werden. Es wurde 1979 erstmals veröffentlicht, mehrmals neu aufgelegt, aber auch ins Spanische und ins Koreanische übersetzt und international breit diskutiert. Seine Arbeit stellt eine sehr interessante Alternative zur wertkritischen Lesart der Wertformanalyse im Marxschen „Kapital“ dar. Die große Bedeutung der Inflation in Cleaver's Argumentation erklärt sich aus den Verhältnissen der 70er Jahre: die Geldentwertung war ein weltweit verbreitetes Phänomen; auch bei dieser Thematik stellt Cleaver eine Verbindung zum Klassenkampf her. Das wichtige und zentrale fünfte Kapital findet ihr hier erstmals in deutscher Übersetzung. Wer Lust auf mehr bekommt: Auf Harry Clevers Webseite http://www.eco.utexas.edu/faculty/Cleaver/357krcp.html findet ihr den gesamten Text - allerdings nur im englischsprachigen Original. Sigeln und Zitierweise: Textstellen aus dem "Kapital 1. Band" sind nach der verbreiteten 4. Auflage, identisch mit Band 23 der Marx-Engels-Werke, direkt im Text als (MEW 23) angegeben, alle anderen als Fußnoten. Das von Cleaver mehrfach zitierte erste Kapitel der Urausgabe des 1. Bandes des „Kapital“ findet sich auch unter:
http://perso.wanadoo.fr/dumauvaiscote/Das%20Kapital_Kap1_1867.htm
im Internet. Ausdrücke in eckigen Klammern stammen von den ÜbersetzerInnen.

Harry Cleaver

Reading Capital Politically – Das Kapital lesen, aber politisch

Kapitel 5: Die Wertform

Der Abschnitt über die Wertform im „Kapital“ beginnt mit der einfachen Wertform und endet mit der Geldform. Dieser Argumentationsaufbau führt uns geradewegs zum endgültigen Wertausdruck, dem Geld, das im zweiten und dritten Kapitel des 1. Bandes des „Kapitals“ näher bestimmt wird. Geld mit allen Implikationen als Wert zu begreifen, ist in der aktuellen Krise elementar. Es darf keinerlei Unsicherheit über die Rolle des Geldes im derzeit laufenden Gegenangriff des Kapitals geben. Das Kapital versucht nicht nur, uns durch Entlassungen und Lohnkürzungen direkt und durch höhere Preise (für Essen, Kleidung, Transport etc.) indirekt Geld wegzunehmen, sondern reduziert auch die Quantität und Qualität der Dienstleistungen, die wir für unsere Steuern erhalten (Feuerwehr, Ausbildung, Gesundheitsversorgung etc.). Die Krise bringt aber auch fundamentale Änderungen im ganzen Finanzsystem mit sich, als deren dramatischsten Effekte die systematische Geldentwertung durch Inflation, Reorganisation der internationalen Währungsinstitutionen sowie Vereinbarungen zwischen den kapitalistischen Nationalstaaten über Währungsangelegenheiten zu nennen sind. Um diese Prozesse zu verstehen, müssen wir wissen, was Geld überhaupt ist.

Was bedeutet Geld für das Kapital? Welche Rolle spielt es im Klassenkampf? Hat sie sich seit Marxens Zeit etwas verändert? Diese Fragen werden im

„Kapital“ natürlich nicht beantwortet, aber wir bekommen einige fundamentale Einsichten in die Natur des Geldes und seinen Stellenwert fürs Kapital, die heute nicht weniger zutreffen als damals. Gestützt auf diese Einsichten, lässt sich leichter verstehen, wie das Kapital Geld als Waffe gegen uns verwendet.

7

Um die These, dass Geld gegen die ArbeiterInnenklasse eingesetzt wird, zu illustrieren, können wir auch die Schriften bürgerlicher ÖkonomInnen lesen und müssen nicht ausschließlich die Marxsche Untersuchung der Wertformanalyse studieren. In der Zeit nach dem II. Weltkrieg bestand die wichtigste Funktion der Inflation darin indirekt Realeinkommen von der ArbeiterInnenklasse zum Kapital zu übertragen. Das Kapital setzte diesen Mechanismus bewusst und kalkuliert im Klassenkampf und gegen die Dritte Welt ein. Solche inflationäre Entwicklungspolitiken erfordern künstliche Preissteigerungen durch eine entsprechende Fiskal- beziehungsweise Währungspolitik. Die Geldentwertung führte zu einem eklatanten Rückgang der Reallöhne. Weil Kapitalanlagen durch Inflation in ihrem Wert steigen, bewirkt diese einen ständigen Werttransfer der ArbeiterInnenklasse zum Kapital. Diesen Angriff auf die ArbeiterInnenklasse verteidigen bürgerliche EntwicklungsökonomInnen wie W. A. Lewis mit jener „Abstinenztheorie“, die Marx bereits vor 100 Jahren im 3. Abschnitt des 24. Kapitels widerlegt hat.[1] Im Gegensatz zur verschwenderischen ArbeiterInnenklasse, behaupten sie, hätten die Kapitalisten eine stake Neigung ihr Einkommen zu bewahren und zu investieren. Daher, so argumentieren solche „EntwicklungsökonomInnen“, würde ein Transfer der Realeinkommen von der verantwortungslosen ArbeiterInnenklasse zu den weisen, vorausschauenden KapitalistInnen direkt zu vermehrten Spareinlagen und steigenden Investitionen führen. In anderen Worten: Durch eine kalkulierte, ständige Entwertung des Geldes in den Händen der ArbeiterInnenklasse versucht das Kapital, sich selbst zu bereichern und dadurch eine schnellere Akkumulation zu ermöglichen. Es ist tatsächlich das Kapital, das Geld als Waffe einsetzt. Auch heute zieht Inflation, wiewohl durch andere Methoden erzeugt, den ArbeiterInnen wieder mit aller Macht weltweit ihr Realeinkommen aus der Tasche.

Trotz offenkundiger Beispiele hatten die Linke im Allgemeinen und marxistische ÖkonomInnen im Besonderen nur wenig über die Wertform, die Geldform, beziehungsweise die Rolle des Geldes im Kapitalismus zu sagen. Mensch könnte versucht sein, dies einfach intellektuellen Fehlern zuzuschreiben, nämlich der generellen Tendenz, die Warenzirkulation als „Oberflächen“-Phänomen zu behandeln, in der sich Änderungen in den „zugrunde liegenden“ Produktionsverhältnissen bloß widerspiegeln würden. Wert wird in der Produktion „geschaffen“ und in der Warenzirkulation nur „realisiert“. In diesem Zusammenhang wird allein die Substanz des Wertes als wesentlich und wirklich gedacht. Hingegen wird die Form des Werts als äußerlich und indifferent gegenüber ihrem Inhalt angesehen und als eine bloß unwesentliche Formalität abgetan. Änderungen der Form der Geldentwertung durch Inflation werden durch unkontrollierbare Folgeerscheinungen von Änderungen in der Produktionssphäre erklärt. Mit anderen Worten: Weil die Zirkulation nur als eine Widerspiegelung von Kämpfen in und um die Produktion angesehen wird, werden Geld und Waren nicht als wichtige Aspekte des Kampfes erkannt. Wir sollten die Politik der Linken, die sich für Wertform und Geld nicht interessiert, nicht einfach einem intellektuellen Missverständnis über die Beziehung zwischen Zirkulation und Produktion zuschreiben. Unsere Fragestellung muss vielmehr lauten: Warum hat die Politik der Linken immer wieder zu einer solchen Vernachlässigung der Wertform geführt?

Am Beginn dieser Fehlentwicklung steht die Zweite Internationale. Ihre Debatten über Partei/Gewerkschaften/Parlament und Ökonomie/Politik habe ich bereits erwähnt. Bis zu einem gewissen Ausmaß bezogen sich diese Diskussionen auf eine Formfrage – nämlich auf die Organisationsform der ArbeiterInnenklasse. Die SozialdemokratInnen traten für organisatorische Formen ein, die sie für geeignet hielten, um Länge und Intensität des Arbeitstages herabzusenken sowie um höhere Löhne zu kämpfen: Gewerkschaften und das Parlament. Die Bolschewiki lehnten diese Formen ab und plädierten für eine andere, für die leninistische Partei. Ihre Ablehnung der sozialdemokratischen Organisationsformen resultierte nicht aus besonderen Vorlieben für Formfragen, sondern betraf unmittelbar und zentral den Grundgehalt des Klassenkampfes: den Sturz des Kapitalismus. Sturz des Kapitalismus bedeutete für Lenin und andere Kampf um die Eroberung der Staatmacht in Auseinandersetzung mit anderen gut organisierten, nicht proletarischen Gruppen und Organisationen. Der Sieg der Bolschewiki, ihre Machtergreifung in Russland 1917 begründete die Ausrichtung auf „Inhalte“ (den Umsturz der Staatsmacht), stellte die leninistische Form der Partei außer Diskussion und beendete für Jahrzehnte die orthodox-marxistische Debatte über Organisationsfragen. Nichtparteiförmige Organisation und eine ganze Reihe von Kämpfen wurden aus dieser Perspektive als sekundär und unwesentlich denunziert.

Unter Führung der Partei als wohletablierte Form der Klassenkontrolle, so wurde argumentiert,

könnten alle anderen Probleme geregelt werden. Teilweise erkannte Lenin, dass die Wiedereinführung von bürgerlichen Formen der Produktionsorganisation, wie z.B. Lohnhierarchien, Schritte zurück bedeuteten. Manchmal war er einfach blind gegenüber den Beziehungen zwischen Form und Klasseninhalt, wie etwa seine positive Beurteilung des Taylorismus zeigt. Diese Tendenz, Form und Inhalt zu trennen (den Klasseninhalt der Formen zu ignorieren oder zu verfälschen), wuchs in dem Maße, in dem „Entwicklung" und Kapitalakkumulation zu vorrangigen Zielen der Partei wurden. Der Widerstand der Partei gegenüber anderen Formen von Organisation kann an ihrer negativen Haltung zu den Arbeiterräten in Westeuropa nach dem Ersten Weltkrieg und der Zerschlagung der „Sowjets" in Russland selbst abgelesen werden. Das vielleicht dramatischste Beispiel dieser Form-Inhalt-Konfusion war die Behauptung, das Zwangsarbeitslager, der Gulag, wäre eine geeignete Form, um emanzipatorische Ziele der ArbeiterInnenklasse zu verwirklichen, statt sie als eine Form der Kontrolle über die ArbeiterInnenklasse zu denunzieren.

Wenn auch die gewaltigen Probleme in dieser Periode – zum Beispiel die Beziehung BäuerInnen/ArbeiterInnen, die ausländische Intervention und das niedrige industrielle Entwicklungsniveau– diese Trends verständlich machen, sind sie von der Linken zu Unrecht bloß als Frage der äußerlichen Form von Kampf und Organisation behandelt worden. Anstatt zu erkennen, dass die alte Formel der Parteiherrschaft einerseits historisch bedingt war, andererseits zugleich einen Faktor für den Misserfolg der Russischen Revolution darstellte, interpretiert die orthodoxe Linke die leninistische Parteiformel völlig unhistorisch als zeitlose Wahrheit -– eine Form erstarrt für alle Ewigkeit.[2] „Tritt ein in die Partei und zerschlage den Staat" ist ihr Slogan geworden – welche Partei und welchen Staat auch immer.

Und danach? Einmal mehr verdeckt die Diskussion über „sozialistische" Entwicklung den Klassencharakter der vorgeschlagenen Maßnahmen: Indem erneut Formfragen und inhaltliche Fragen durcheinander gebracht werden, wird das eigentliche Ziel, alle zum Arbeiten zu zwingen um die Akkumulation zu steigern, verschleiert. Allerdings wurde der Akzent verschoben: In der Diskussion über den „Sozialismus" spricht die Linke nur von Form (Organisation der Produktion) und nie von Inhalt (Arbeitzwang). Hinter den Masken ArbeiterInnenpartei und sogar ArbeiterInnenkontrolle findet sich die Fortsetzung des paradoxen Versprechens des Kapitals, das Marx so oft attackiert hat: eine wachsende Produktivität, die, statt die arbeitende Klasse von Arbeit zu befreien – und damit von ihrer Natur als ArbeiterInnenklasse –, zu immer mehr Arbeit und mehr Akkumulation führt.

Die sozialdemokratische Fokussierung auf die Form der parlamentarischen Demokratie, die ihren bourgeoisen Inhalt ignoriert und damit ihren begrenzten Nutzen für die ArbeiterInnenklasse, und die linke Fokussierung auf den Inhalt des Klassenkampfs, die die Form dieses Kampfes auf die Partei reduziert, sind zwei politische Richtungen, die versuchen, die ArbeiterInnenklasse an den Kapitalismus zu fesseln. Für die SozialdemokratInnen sind außergesetzliche Handlungen undemokratisch und antisozial(istisch). Für die Linke sind nach der Eroberung der Staatsmacht (d.h. in den sozialistischen Ländern) Kämpfe um die Länge des Arbeitstages oder über Lohnhöhe konterrevolutionär und aufrührerisch. In beiden Fällen wird der Einsatz der Polizei unterstützt, um das Kapital zu schützen und die ArbeiterInnenklasse zu disziplinieren. Watts und Budapest, Detroit und Prag – die Analogien kommen einem leicht in den Sinn.

Die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse haben aber diese beiden Einschränkungsversuche immer wieder durchbrochen. Sowohl in bürgerlichen als auch in sozialistischen Demokratien fährt die ArbeiterInnenklasse fort, die legalen Beschränkungen des Kapitals in ihrem Handeln abzulehnen, das reicht von direkter Aneignung über Wildcat-Streiks bis hin zum bewaffneten Kampf. Von den Kohlenrevieren und den Städten der Vereinigten Staaten über die Weizenfelder Russlands bis zu den Fabriken Südchinas findet der Kampf der ArbeiterInnenklasse seine Fortsetzung. Einer der bemerkenswerten Faktoren in der gegenwärtigen Weltkrise ist die Vielfalt ihrer Kampfformen. Als Grundlage, um diese Formen zu verstehen und eine noch stärkere Organisation zu entwickeln, müssen wir die wesentlichste Form des Klassenkampfs begreifen. Verschiedene Aspekte dieser Form werden in Marxens Analyse der Wertform herausgearbeitet.

Seine Analyse des Tauschwertes als Form oder der Wertform ist in vier Abschnitte gegliedert:

1. Einfache, einzelne oder elementare Wertform
2. Totale oder entfaltete Wertform
3. Allgemeine Wertform
4. Geldform.

Diese Teile sind analytisch und entwickeln in vier Stufen die Bestimmung der Wertform. Marx beginnt mit der einfachsten Form: der Beziehung zwischen zwei austauschbaren Einzelwaren: xA = yB* und kommt zur völlig entwickelten Form xA = y$. In jeder dieser Stufen erhält die Wertform ei-

7

ne vollständigere Bestimmung als ein spezifisches Element der Ware. Marx zeigt, dass, geradeso wie der Gebrauchswert einen Ausdruck und eine Existenz im Warenkörper, auch der Wert seinen unabhängigen Ausdruck und seine eigenständige Existenz in der Geldform bekommt. Der Fortgang durch die vier Stufen ist ein Fortschritt in der Erscheinungsweise von Wert auf eine immer allgemeinere Weise – beginnend mit einer zufällig gewählten einzelnen Ware, dann einer Vielfalt von Waren, dann irgendeiner gegebenen Ware, die mit allen anderen universell austauschbar ist und endlich eine gegebene Ware, die, fixiert durch gesellschaftliche Gewohnheit als Geld fungiert. Wir entdecken derart nicht nur den völlig entwickelten Wertausdruck, sondern gleichzeitig auch die bestimmende Rolle von Geld in einer kapitalistischen Ökonomie. In den „Grundrissen“, also bevor Marx die Darstellungsweise ausgearbeitet hatte, die er im „Kapital“ verwenden wird, ist offensichtlich, dass das Verständnis von Geld ein zentrales Thema seiner Studien über Wert und abstrakte Arbeit ist. In den Notizbüchern, die das „Geldkapitel“ enthalten, werden zahlreiche der Bestimmungen des ersten Kapitels des „Kapitals“ diskutiert, nicht als abstrakte Qualitäten von Waren im allgemeinen, sondern direkt als Bestimmungen von Geld. Geld erscheint direkt als die ultimative Ware.

Einzelne, einfache oder zufällige Wertform

„… die einfachste Warenform”, schrieb Marx 1867 an Engels, enthält „das ganze Geheimnis der Geldform und damit in nuce aller bürgerlichen Formen des Arbeitsprodukts…“[3] Im dritten Unterkapitel des ersten Kapitels beginnt Marx daher mit der einfachsten Warenform: dem Tausch von zwei einzelnen Waren in gegebenen Mengen:

x Ware A = y Ware B
(ist wert)

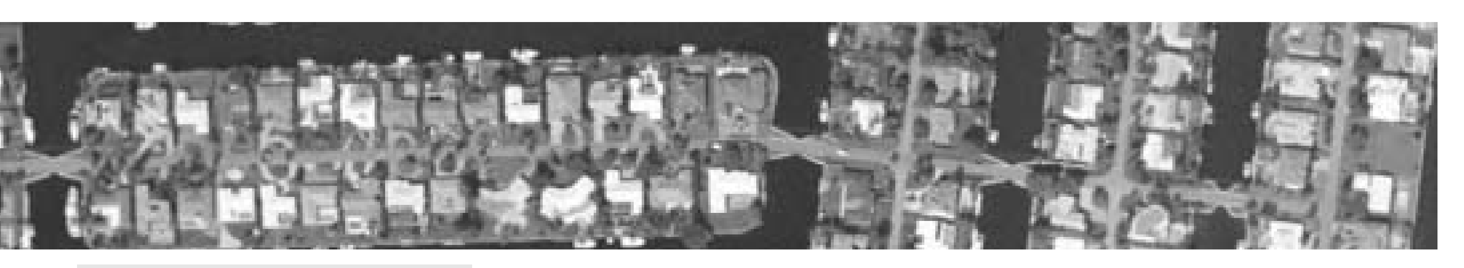
Was er zeigt, ist ganz einfach, nämlich wie es dazu kommt, dass durch diesen Austausch der Wert der Ware A seinen unabhängigen Ausdruck und seine konkrete Manifestation in der Ware B findet. Diese einfache oder grundlegende Austauschrelation wird zufällig genannt, da es ein Zufall ist, welche Ware den Wert der anderen ausdrückt. Dieses Verhältnis ist keine mathematisch reversible Gleichung, obwohl sie oben in Form einer Gleichung dargestellt wird. Marx betont, dass das Gleichheitszeichen eine Abkürzung für „ist wert“ darstellt. Der Ausdruck „ist wert“ ist nicht reversibel, linke und rechte Seite können nicht wie bei einer gewöhnlichen Gleichung vertauscht werden. x Ware A ist y Ware B wert. Das ist nicht das gleiche, wie zu sagen, dass y Ware B x Ware A wert ist. Wenn A B wert ist, dann drückt B den Wert von A aus. Ist B A wert, dann drückt A den Wert von B aus. Der Großteil der Analyse dieses Unterkapitels besteht darin, die Bearbeitungen und Bedeutungen dieses nicht umkehrbaren Verhältnisses zu analysieren.

Marx behandelt zuerst die qualitativen Aspekte dieser Relation, wobei er die quantitativen Konstanten x und y vernachlässigt. Er formalisiert die asymmetrische Struktur des „ist wert“ in der Gleichung und analysiert die Rolle beider Pole [Ware A und Ware B].



Die Ware A wird relative Wertform genannt, weil ihr Wert ausgedrückt und relativ zur Ware B ist. Ware B ist die Äquivalentform, weil sie als materielles Äquivalent für den Wert der Ware A dient. Mit anderen Worten: Ausgedrückt wird der Wert der Ware A, die Ware B übernimmt die Rolle der Erscheinungsform des Wertes der Ware A. Deshalb ist der Tauschwert die Form des Wertes, denn er ist Erscheinungsform oder Manifestation des Wertes. Um den Wert der Ware B auszudrücken, ist es notwendig, die Gleichung in „y Ware B ist x Ware A wert“ umzukehren. In diesem Fall ist B die relative Wertform und A die Äquivalentform.

Ein weiteres Mal finden wir beides – den Gegensatz und die Einheit. Wir haben einen Gegensatz, da die relative Wertform [die Ware A] und die Äquivalentform [die Ware B] exakt das Gegenteil voneinander sind und zwei entgegengesetzte, widersprüchliche Pole bilden. Wir haben eine Einheit, weil jeder Pol ein Teilausdruck der einfachen Form des



Tauschwertes als Ganzes ist. Zusammen sind sie „voneinander abhängig und untrennbar." Ware A kann keine relative Form haben, ohne dass sie ein Äquivalent B hat und umgekehrt. Wir finden wiederum die „Einheit der Gegensätze", die wir im Fall des Gebrauchs- und Tauschwertes der Ware fanden. Die zwei Teilausdrücke des Wertes repräsentieren zwei Seiten des aktuellen Austauschprozesses. Wenn ein Gut auf den Markt gebracht wird, findet seine BesitzerIn heraus, was es wert ist, indem sie es austauscht. Was angeeignet wird, ist der Ausdruck seines Wertes. Formal gesprochen: Um herauszufinden, ob die BesitzerIn ein angemessenes Geschäft machte, müsste das Äquivalent wiederum verkauft werden, um so zu sehen, ob das, „was es wert ist", ein Äquivalent gleich dem ursprünglichen Gut ausdrückt. Diese Einheit der Gegensätze, wie die zwischen Gebrauchs- und Tauschwert, nimmt die Form eines Klassenkampfes an: zwei einander entgegengesetzte Sichtweisen und Kräfte vereint in einer widerspruchsvollen Totalität. Das ist ganz offensichtlich der Fall, wenn das „Gut", das auf den Markt gebracht wird, die Arbeitskraft der ArbeiterInnenklasse ist. Wenn Arbeitskraft an das Kapital verkauft wird, befindet sie sich in der relativen Wertform und der Wert, der erzielt wird (mittels des Lohns oder eines anderen Einkommens) entspricht der Äquivalentform. Eine Untersuchung jeder dieser Formen wird das Verhältnis weiter aufklären.

Die relative Wertform

Warum wird der Wert in B und nicht in etwas anderem ausgedrückt? Weil das einzige, was die andere Ware mit A gemeinsam hat, ihr Wert ist. Das wird durch ihren unterschiedlichen Gebrauchwert garantiert. Wenn sie nicht unterschiedlich, sondern gleich wären – z.B. zwanzig Yards Leinen sind zwanzig Yards Leinen wert – dann könnte dieser Ausdruck all die gemeinsamen Charakteristika der zwei Mengen Leinen ausdrücken. Das würde keine Wertform bilden und im Wesentlichen sinnlos sein, genauso sinnlos wie jeder andere Ausdruck der Form A ist gleich A, den man für sich nimmt. Da das einzig Gemeinsame der Wert ist, handelt es sich dabei um den einzigen Aspekt der Ware A, der durch die unterschiedliche Naturalform der Ware B ausgedrückt werden kann. Das heißt, dass die Ware A einen Ausdruck ihres Wertes in B findet – ihr Wert [der Wert der Ware A] findet zu einem unabhängigen Ausdruck.

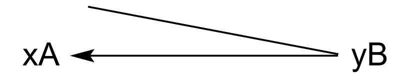
Aber Wert ist Arbeit. Marx hebt hervor, dass die Beziehung zwischen zwei Waren notwendigerweise die Beziehung zwischen der in ihnen enthaltenen Arbeit darstellt. Es ist diese Gleichsetzung der zwei Arbeitsprodukte, durch die wir abstrakte Arbeit von nützlicher Arbeit getrennt sehen, wobei es letztere ist, welche die spezifischen Waren produzierte. Mit anderen Worten: Was wir sehen, ist, wie die anscheinend fragmentierte Welt des Warenaustausches dennoch die zugrunde liegenden sozialen Verhältnisse von Kapital und Arbeit zum Ausdruck bringt. Erst die Gleichsetzung im Austausch bringt die Reduktion der verschiedensten Arten von nützlicher Arbeit auf abstrakte Arbeit hervor, die vom Kapital durch soziale Spaltung und Arbeitsteilung im Kampf mit der ArbeiterInnenklasse durchgesetzt wird. So wie Formbarkeit und Verteilung der Arbeit die Ersetzbarkeit einer ArbeiterIn durch eine andere und daher die „Abstraktheit" der Arbeit impliziert, drückt der Tausch die Ersetzbarkeit einer verkörperten Arbeit durch die andere und daher Wert aus.

In seiner Diskussion der quantitativen Aspekte der relativen Wertform weist Marx auf zwei Punkte hin. Erstens, eine Größe kann nur relativ zu einer anderen ausgedrückt werden, wenn beide in der gleichen qualitativen Einheit ausgedrückt werden können. Wenn einmal feststeht, dass zwei Waren in ihrem Wert gleich sind, dann ist es möglich zu erkennen, wie eine Wertmenge der einen in einer bestimmten Menge von Gebrauchswert der anderen Ware ausgedrückt werden kann. Zweitens zeigt er, dass der Wertausdruck sich ändern wird, wenn sich die notwendige Produktionszeit der Ware A oder der Ware B ändert. Einige Seiten vorher, im ersten Unterkapitel besprach Marx im Zusammenhang mit dem Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit die Auswirkungen unterschiedlicher [Arbeits]Produktivität. Im zweiten Unterkapitel analysierte er das Verhältnis von Produktivität, nützlicher und abstrakter Arbeit. Wir erinnern uns zum Beispiel daran, dass – angenommen Arbeitszeit und Arbeitsintensität bleiben gleich – bei gestiegener gesellschaftlicher Produktivität derselbe [Tausch]Wert sich in einem höheren Quantum Gebrauchswert verkörpert. In diesem Unterkapitel zeigt er, welche Implikationen dies auf die einfache Wertform und den quantitativen Ausdruck des Wertes der Ware A hat. Das ist ziemlich evident. Wenn die Produktivität in der Erzeugung der Ware A sich erhöht, sodass ihr Wert fällt, muss es eine Verringerung in der Menge der ausgetauschten Ware B geben, solange die Produktivität der Erzeugung von B sich nicht verändert. Wenn die Produktivität der nützlichen Arbeit, die B produziert, steigt und ihr Wert je Einheit fällt, muss es einen Anstieg in der Menge der Ware B geben, die den Wert von A ausdrückt. Wenn die Produktivität beider Waren sich ändert, dann kann die quantitative Änderung berechnet werden, indem beide Effekte berücksichtigt werden. Das zeigt deutlich, warum die relative Wertform relativ genannt wird: Der relative Wert der Ware A kann sich ändern (auf Grund der Änderung des

Wertes der Ware B), obwohl sein Wert (in abstrakter Arbeitszeit) der gleiche bleibt, oder sein relativer Wert kann gleich bleiben, obwohl der Wert von A sich ändert.

Die Äquivalentform

7 Wie wir gesehen haben, verkörpert die Ware in der Äquivalentform mittels ihrer Naturalform, ihres Gebrauchswertes, den relativen Wert der anderen Ware. Sehen wir uns das Verhältnis näher an. Wenn wir sagen, dass B den Wert von A ausdrückt, sprechen wir von einer Vermittlungsbeziehung, die Reflexionsbeziehung (Spiegelung) genannt wird. In dieser Beziehung steht die Ware A mittels einer anderen Ware zu einem Aspekt von sich selber in Verhältnis (dem Wert), ähnlich Personen, die ihr Bild im Spiegel sehen oder über ihre Persönlichkeit in den Bemerkungen anderer hören. In der Betrachtung, wie die Äquivalentform diese Aufgabe erfüllt, sagt Marx: "Um solch einen Wertspiegel zu machen, muss die Schneiderei [die Ware B produziert] selbst nichts widerspiegeln außer ihrer abstrakten Eigenschaft, menschliche Arbeit zu sein." (MEW 23; 72) In einer Fußnote bemerkt Marx, dass Hegel diese Art von Verhältnis „Reflexionskategorie" nennt.[4] In der ersten deutschen Ausgabe des Kapitals schrieb Marx: „Sein [des Rocks] *Aequivalentsein* ist sozusagen nur eine *Reflexionsbestimmung* der Leinwand."[5] „Die relative Werthform einer Waare ist vermittelt, nämlich durch ihr Verhältniß zu andrer Waare."[6] Mit anderen Worten: Die Ware A kann explizit in ein Verhältnis zu sich selbst als Wert nur durch die Vermittlung einer anderen Ware kommen, deren konkretes Anderssein A's Gegensatz oder Negativum ist. Nur so kann die andere Ware einen einzelnen Aspekt [den Wertaspekt] der Ware A ausdrücken. Auf diese Art und Weise können wir erkennen, wie die Erscheinung oder Erscheinungsform des Wertes (der Tauschwert) Ausdruck seines Wesens ist: Wert selbst. Wir können das Verhältnis oder die reflexive Vermittlung in folgender Weise darstellen:



Diese Reflexionsbeziehung ist ein Aspekt der Warenform, des Klassenverhältnisses selbst. Wir können die Beziehung Gegensatz/Einheit jetzt genauer erkennen als in der zuvor diskutierten einfachen Wertform. Ich merkte an, dass die relative Wertform und die Äquivalentform in gleicher Weise im Widerspruch stehen wie ArbeiterInnenklasse und Kapital. So wie die relative Wertform ihre Bedeutung nur in der Äquivalentform findet, so erkennt die ArbeiterInnenklasse sich selbst als ArbeiterInnenklasse nur in ihrem Verhältnis zum Kapital. In der Tat existiert die ArbeiterInnenklasse nur innerhalb dieses Verhältnisses. Die relative Wertform drückt also die Perspektive der ArbeiterInnenklasse aus. Streiche das Kapital, und es gibt keine ArbeiterInnenklasse als solche mehr. Und umgekehrt: Die Weigerung als ArbeiterInnenklasse zu funktionieren (das heißt: zu arbeiten), bewirkt die Vernichtung des Kapitals. Ausgedrückt in der Sprache der Herrschenden: Die Masse der ArbeiterInnen sieht ihre gemeinsame Lage als ArbeiterInnenklasse widergespiegelt vom Kapital, das als Spiegel dient. Auf diese Weise erhält die Klasse ihre Bestimmung und Selbst-Erkenntnis. Das gilt sowohl für die Klasse an sich, bei der alle ArbeiterInnen ihre Arbeitskraft gegen Einkommen austauschen, als auch für die Klasse für sich, wenn die ArbeiterInnen ihre Einheit im Kampf entdecken.

Die Perspektive des Kapitals ist die der Äquivalentform. Die Äquivalentform betont und drückt die gemeinsame Eigenschaft von Waren – Wert – aus, genauso wie das Kapital die gemeinsame Eigenschaft der Menschen in Form der ArbeiterIn – der Arbeitskraft – durchzusetzen und auszudrücken versucht. Das Kapital ist nur dann Kapital, wenn es der ArbeiterInnenklasse gegenübersteht; umgekehrt gilt dasselbe für die ArbeiterInnenklasse, doch ist das Verhältnis nicht im Gleichgewicht. Die ArbeiterInnenklasse versucht aus diesem gegenseitigen Verhältnis zum Kapital auszubrechen – den Spiegel zu zerstören –, während das Kapital die Identität der Menschen als ArbeiterInnen beizubehalten und auszuweiten versucht.

In der englischen Ausgabe des Kapitals [wie in der 4. deutschsprachigen Ausgabe] bespricht Marx die Äquivalentform unter der Überschrift der drei „Eigentümlichkeiten". Erstens: in der Äquivalentform wird der Gebrauchswert zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Werts. Da der Wert der Ware A sich in etwas anderem als sich selbst ausdrückt, wird – durch sein Verhältnis zu einem anderen Gebrauchswert – die Besonderheit des Wertes, nämlich ein soziales Verhältnis zu sein, aufgezeigt: „… deutet dieser Ausdruck selbst an, dass er ein gesellschaftliches Verhältnis verbirgt." (MEW 23; 71) Das haben wir gesehen. Zweitens manifestiert sich die konkrete nützliche Arbeit die dem Wert zugrunde liegt in ähnlicher Weise selbst. Auch das haben wir in der Besprechung des Doppelcharakters der Arbeit untersucht. Drittens: Die Arbeit von offensichtlich „privaten" Individuen wird „zur Form ihres Gegenteils, zu Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form." (MEW 23; 71) Obwohl Aristoteles davon ausging, dass der Austausch zweier Waren ein Gemeinsames erfordert, konnte er nicht erkennen, was dieses Gemeinsame sein könnte, da er in einer

Gesellschaft lebte, die auf Sklavenarbeit beruhte. Wie Marx bemerkte konnte er deshalb auch nicht den Begriff einer wertproduzierenden Arbeit entwickeln und verstehen, wie privater Austausch soziale Arbeit ausdrücken könnte. Der Begriff des Wertes und die Funktion der Äquivalentform konnte erst zu einem Zeitpunkt verstanden werden, zu dem die Warenproduktion nicht mehr nur zeitweilig stattfand, sondern die kapitalistische Gesellschaft die Warenproduktion verallgemeinert und die Beziehung zwischen Menschen auf die von Warenbesitzern reduziert hatte. In der ersten deutschen Ausgabe des Kapitals fügt Marx noch eine vierte Eigentümlichkeit hinzu – „Der Fetischismus der Waarenform ist frappanter in der Aequivalentform als in der relativen Werthform".[7] –, die er relativ ausführlich besprach. In der dritten deutschen Ausgabe, auf die unsere gegenwärtige englische Übersetzung beruht, sind so gut wie alle Besprechungen des Fetischismus der Warenform (und ihrer Kategorien) in das vierte Unterkapitel verlegt worden. Übrig blieb nur eine nebenbei gemachte Anmerkung über den „rätselhaften Charakter" der Äquivalentform, der den bürgerlichen politischen ÖkonomInnen völlig entging. Dieser „rätselhafte Charakter" ist die scheinbar „natürliche" Eigenschaft einer Ware in Äquivalentform, den Wert scheinbar durch ihre natürlichen und körperlichen Eigenschaften ausdrücken zu können. Auch das Kapital begreift sich selbst insofern als ein „natürliches" Verhältnis, als es die Arbeit aller als Manifestation der menschlichen Natur begreift und nicht als Aktivität, die durch ein Zwangsverhältnis entsteht.

Die Unzulänglichkeiten der einfachen Wertform und der Übergang zur entfalteten Wertform.

Die Diskussion über die relative Wertform und die Äquivalentform hat ergeben, wie diese einfache Wertform des Tauschwertes den Warenwert in einer unabhängigen und bestimmten Art ausdrückt. Marx hat uns gezeigt, dass sowohl Substanz als auch Maß des Wertes ins Spiel kommen und in dieser Form Ausdruck erlangen. Wir sahen auch, wie der innere Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert (die Klassenbeziehung reflektierend) einen klar erkennbaren, äußerlichen Ausdruck durch diese Gegenüberstellung der beiden Waren erhellt. Die Analyse des Ausdrucks $xA = yB$ zeigt, dass die Naturalform des Äquivalents B nur als Wertform von A figuriert, während die Naturalform von A nur als Gebrauchswert figuriert, dessen Wert von B ausgedrückt wird. Das zeigt uns – zusammen damit, dass der Wert, sowohl quantitativ wie qualitativ, die Grundlage für die Gleichheit darstellt, die ausgedrückt wird –, wie alle Elemente, die wir bis hierher analysiert haben (Gebrauchswert, Tauschwert, abstrakte Arbeit, gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit usw.) in ihrem elementaren Zusammenhang mit der einfachen Wertform verknüpft sind. In der entfalteten Wertform, der allgemeinen Wertform und der Geldform, die [bei Marx] folgen, wird uns gezeigt, wie weitere Bestimmungen berücksichtigt werden, um einen vollständigeren und komplexeren Ausdruck des Wertes zu bekommen.

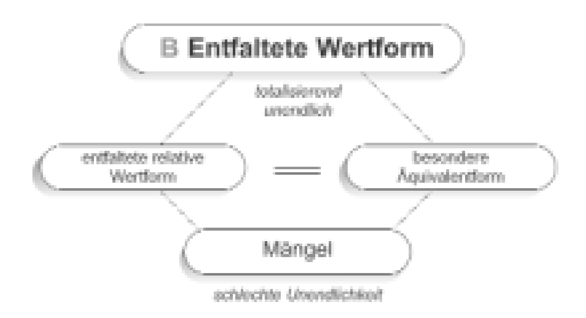
Marxens anschließende Diskussion der entwickelteren Wertformen zeigt zahlreiche Aspekte der Warenform, die in der einfachen Form noch nicht enthalten sind. Daher sind die einfachen Formen noch mit Mängeln behaftet. In der einfachen Form ist der Wert von A in der Form von B ausgedrückt. Der Wert erhält dadurch zwar einen unabhängigen Ausdruck, trotzdem bleibt ein Widerspruch zwischen Form und der Natur des Wertes.

Sich auf diesen „Mangel" beziehend, meint Marx, dass die einfache Form weit davon entfernt ist „ihre qualitative Gleichheit und quantitative Proportionalität mit allen anderen Waren darzustellen." (MEW 23; 76) Das ist offensichtlich richtig, aber warum? Der Grund liegt in der vorherigen Analyse des Wertes. Dort sahen wir, dass der Wert abstrakte Arbeit ausdrückt. Wir sahen auch, dass abstrakte Arbeit das Produkt der kapitalistischen Produktionsweise ist, in der Arbeit immer der Durchsetzung der Warenform unterliegt, weil es sich um allgemeine Warenproduktion handelt. Weiters sahen wir, dass der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit auf dem Durchschnittszeitaufwand der ganzen warenproduzierenden Gesellschaft beruht. Wenn also die Substanz und das Maß des Wertes die Universalität der Warenform widerspiegeln, so tut dies auch der Wertausdruck. Die Wertform muss die Verbindungen zwischen allen Waren repräsentieren. Die Entwicklung der Wertform muss Fortschritt in diese Richtung beinhalten. Wenn in der einfachen Wertform die Ware A ihren Ausdruck in der Ware B findet, und wenn weiters das gewählte B immateriell oder zufällig ist (und wir haben hier einen weiteren Grund, sie zufällig zu nennen), dann kann hiezu jede Ware herangezogen werden. „Die Anzahl ihrer möglichen Wertausdrücke ist nur beschränkt durch die Anzahl von ihr verschiedner Warenarten." (MEW 23; 76). Aus diesem Grund besteht die zweite Form des Wertes, die entfaltete relative Wertform aus einer „stets verlängerbaren Reihe ihrer verschiednen einfachen Wertausdrücke" (MEW 23; 76). Damit ist der unmittelbare Widerspruch zwischen der einzelnen Repräsentation des Wertes von A und der Vielfalt der Waren (der Universalität des Wertes) aufgelöst. Diese neue Form hat natürlich wieder ihre Widersprüche, was uns zur folgenden Form führt.

7

Die entfaltete Wertform

Die Diskussion um die Mängel der einfachen Wertform hat gezeigt, warum darin der Wert nicht in vollständiger Weise ausgedrückt wird. Durch die Zufälligkeit und die Einschränkung auf eine eins zu eins Relation zwischen Waren, scheitert sie daran, die Beziehung zwischen jeder Ware und allen anderen zu zeigen. Die offensichtlich nächste Stufe [die entfaltete Wertform],



wird durch den zufälligen Charakter der Beziehung der Gesamtsumme aller möglichen Formen [yB, wC, zD usw.], die den Wert einer gegebenen Ware [Ware A] ausdrücken, bestimmt.

Das ergibt die bekannte Form einer unendlichen Folge einfacher Wertgleichungen, z.B.

xA = yB
xA = wC
xA = zD

oder

$$xA = \begin{matrix} yB \\ wC \\ zD \end{matrix}$$

Jede Gleichung zeigt die Charakteristik der einfachen Wertform: die Polarität zwischen relativer Wertform und Äquivalentform, eine Einheit von Gegenüberstellungen, Rückwirkungen usw. Auf diese Art ist die vorhergehende Form in der vollständigeren Form bewahrt, die daher auch die Beziehungen der ersteren zum Klassenkampf enthält.

Diese Form ist unendlich in dem Sinne, dass die Anzahl der Gleichungen nur durch die Zahl der Waren beschränkt ist und die Zahl der Waren durch das Kapital konstant gesteigert wird. Das bedeutet, dass immer eine weitere hinzugefügt werden kann – es wird in der Form theoretisch keine direkte Grenze ausgedrückt. Diese Unendlichkeit erklärt eine der grundlegendsten Charakteristiken des Kapitalismus – sein Streben nach Unendlichkeit. Es sucht und tendiert dazu, sich dauernd auszudehnen – beständig immer mehr Menschen, Material und Produktion unter seine Kontrolle zu bringen – endloses Wachstum, dessen einziges Ziel die erweiterte soziale Kontrolle ist. Es ist an dieser Stelle nicht sachdienlich, die Quellen dieses Wachstums zu diskutieren (einige Ideen wurden in der Einleitung berücksichtigt), sondern nur festzustellen, wie die erweiterte Wertform diese Tendenz in Richtung Unendlichkeit ausdrückt. Diese Unendlichkeit ist natürlich die Perspektive des Kapitals auf sich selbst. Jene der ArbeiterInnenklasse ist davon unterschieden. Obwohl die Aktivität der ArbeiterInnenklasse zeitweise die Entwicklung des Kapitals bewirken mag, bringt sie die tatsächliche Entwicklung letztlich in eine Position, aus der heraus sie die Ansprüche des Kapitals auf Unendlichkeit verweigern und es schließlich zerstören muss.

Andererseits entdeckt die ArbeiterInnenklasse durch das Kapital einen anderen Typus von Unendlichkeit – den der potentiell unendlichen Möglichkeiten des Lebens. In dieser Bewegung, in der das Kapital eine Welt der stets zunehmenden Güter und Aktivitäten eröffnet, wird der ArbeiterInnenklasse das gewaltige Potential einer Gesellschaft jenseits der Traditionen und des Kapitals gezeigt. Denn das Kapital revolutioniert zwar die Gesellschaft, will jedoch die sich eröffnenden Möglichkeiten im eigenen Interesse beschränken.

Durch diese zweite Form [die entfaltete Wertform] wird die Beziehung der Widerspiegelung, der Reflexion, durch die der relative Wert von A einen unabhängigen Ausdruck durch ein bestimmtes Äquivalent erhält, durch die Summe der wertausdrückenden Waren erweitert. „Jeder andere Warenkörper wird zum Spiegel des Leinwandwerts.“ (MEW 23, 77) Aus diesem Grund nennt Marx die relative Wertform “entfaltet“. Die Äquivalentform bleibt spezifisch in dem Sinne, dass, obwohl es eine endlose Liste von Äquivalenten gibt, jede der spezifische Ausdruck des relativen Wertes von A ist. Erst in der nächsten Form wird die Äquivalentform verallgemeinert. In der entfalteten Form ist der Wert der Ware A, deren relativer Wert ausgedrückt wird, zufällig. Wir haben also eine Situation, in der alle Waren, außer einer, als Ausdruck der Wertform für alle anderen dienen. So werden die verschiedenen Arten der nützlichen Arbeit, die alle diese Waren produziert, durch die Beziehung der Produkte untereinander als gleich ausgedrückt.

Die Bedeutung dieser neuen Form ist für Marx direkt mit ihrem umfassenden Charakter verbunden. Da alle Waren systematisch einbezogen werden, verschwindet die Zufälligkeit. Die Form ist eine der sozialen Totalität; das bedeutet, diese reflektiert eine Situation, die das Ganze der Gesellschaft

umfasst, und dadurch wird die Totalität der allgemeinen Warenproduktion im Kapitalismus besser repräsentiert.

Bis hierher haben wir die Beziehung zwischen dieser Form und dem Ausdruck der Substanz des Wertes festgestellt. Aber auch die Größe der Wertquantität spielt in dieser Form eine Rolle. In der einfachen Wertform sahen wir, dass die quantitativen Proportionen x und y des Austausches xA = yB, obwohl im Austausch realisiert, durch die Menge von Arbeit definiert werden, die in ihnen verkörpert wird. Ein weiterer Grund, dies eine zufällige Form zu nennen, lag darin, dass die Proportion zufällig oder durch Zufall bestimmt schien. Aber in der entfalteten Wertform ist die Zufälligkeit verschwunden, denn es „wird offenbar, daß nicht der Austausch der Wertgröße der Ware, sondern umgekehrt die Wertgröße der Ware ihre Austauschverhältnisse reguliert." (MEW 23, 78)

Mängel der entfalteten Wertform

Obwohl uns diese Wertform eine vollständigere Repräsentation des Wertes gibt, indem ein Aspekt der Beziehung zwischen allen Waren manifest gemacht wird, zeigt Marx auf, warum selbst diese Wertform inadäquat ist. Er listet drei Mängel auf, die er zuerst aus dem Blickwinkel der relativen Wertform [der Ware A] betrachtet:

1. Die Reihe der Gleichungen für den relativen Wertausdruck der Ware ist unfertig und unabgeschlossen.
2. Diese Reihe bildet ein zusammengesetztes Mosaik unabhängiger Ausdrücke, die ohne Zusammenhang auseinander fallen.
3. Die relative Wertform jeder Ware ist verschieden, weil die Liste (der Ausdrücke) verschieden ist. So gibt es keinen gemeinsamen Ausdruck, der die Universalität offensichtlich machen würde.

Und vom Blickwinkel der Äquivalentform [Warenreihe B, xC, wD usw.]:

1. Weil wir spezifische Äquivalente haben, haben wir eine Reihe nicht aufeinander bezogener, fragmentarischer Äquivalentformen.
2. Die Arbeit, die in jedem Äquivalent verkörpert ist, erscheint als besondere, nicht als allgemeine oder abstrakte Arbeit.
3. Abstrakte Arbeit wird nur durch die Totalität seiner besonderen Formen ausgedrückt, aber diese Totalität ist immer eine unvollständige Reihe, der eine innere Einheit fehlt.

In Kürze: Was Marx sagt, ist nicht nur, dass ein adäquater Ausdruck des Wertes die Wechselwirkung aller Waren des Kapitals repräsentieren muss, sondern dass dies auch auf eine Art und Weise geschehen muss, die jede theoretische Wechselwirkung sichtbar macht. Die einfache Reihe von Gleichungen, wie sie in der Relation der entfalteten Wertform enthalten ist, erlaubt das nicht. Von beiden Seiten der Gleichung aus betrachtet, haben wir eine unfertige, fragmentierte und unverbundene Reihe. Aus diesem Grund bleibt die allgemeine Wechselwirkung, die die abstrakte Arbeit produziert, unausgedrückt. Das Problem, dass in xA = yB, xA = wC etc B und C nicht aufeinander bezogen sind und wir dadurch keinen gemeinsamen Ausdruck für den Wert von A haben – Problem der *Fragmentierung*. Weiters liegt das Problem darin, dass die Hinzufügung einer neuen Ware in diese Wertform den Wertausdruck verändert – Problem der *Unfertigkeit*. Da immer wieder neue Waren hinzugefügt werden (solange das Kapital wächst), wird die Liste der Waren immer unfertig sein, und eine einzige Repräsentation der universellen abstrakten Arbeit ist unmöglich. Diese Kritik der entfalteten Wertform durch Marx ist mit der Kritik von Hegel am Schlecht-Unendlichen vergleichbar – auch [Hegel] versteht darunter eine unverbundene, unfertige Reihe.

Wie wird diese Schwierigkeit überwunden? Die Antwort ist schon in der Form selbst enthalten. Wenn A gegen B, C, D und so weiter ausgetauscht wird und die letzteren Waren den Wert der ersteren ausdrücken, dann ist es auch wahr, dass B, C, D, und so weiter gegen A ausgetauscht werden können. Folglich drückt A, betrachtet als Äquivalent, den Wert von B, C, D und so weiter aus. Anders ausgedrückt müssen wir, um das Problem zu lösen, nur die Perspektive wechseln, den Tauschprozess gleichsam von rückwärts aus betrachten. Wir haben diesen Perspektivenwechsel schon bei der einfachen Wertform: xA = yB gesehen. Wie wir sahen, ist die einfache Wertform nicht ohne weiteres reversibel, wenn wir sie umdrehen verlieren sie ihre ursprüngliche Bedeutung. Wie bis jetzt dargelegt, drückt xA = yB den relativen Wert von A durch die Naturalform B aus. Um einen Wertausdruck für B zu erhalten, müssen wir die Perspektive ändern und yB = xA schreiben. Es ist der gleiche Austausch, der hier stattfindet: von A nach B und vice versa. Obwohl die Bewegung die gleiche ist, sind die Konsequenzen des Perspektivenwechsels im Fall der entfalteten Wertform weitreichender. Wogegen wir im Fall der einfachen Wertform nach dem Wechsel eine weitere einfache Wertform erhalten, schreiten wir hier von

$$xA = \begin{matrix} yB \\ wC \\ zD \end{matrix}$$

zu

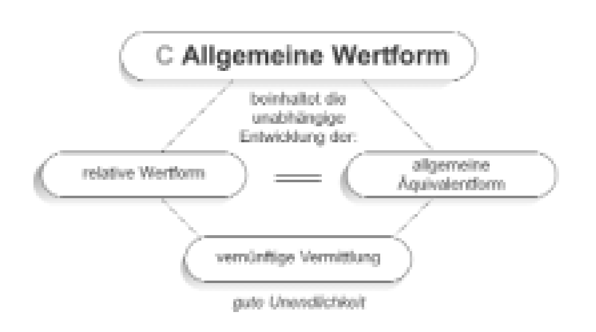
yB
wC = xA
zD

7 Nun sind wir weiter gekommen, weil wir erreicht haben, was wir benötigten: nämlich einen gemeinsamen Ausdruck für den Wert aller Waren: xA. Wir haben jetzt eine „unendliche" Liste, aber eine, die nicht länger fragmentarisch ist, da jede Ware mit jeder beliebigen anderen durch einen allgemeinen Ausdruck des Wertes in A verknüpft ist.

Die Analyse der Wertform (und folglich des Kapitals) lässt sich in folgenden Ergebnissen zusammenfassen: Die Form ist *widersprüchlich* - sie beinhaltet sowohl die Entgegensetzung wie auch die Einheit der beiden Pole; sie ist *reflexiv* - die beiden Pole enthüllen in ihrer Interaktion ihr spezifisches Wesen, das sie vereint; *totalisierend* – das Wesen hängt von allen Elementen ab und muss durch alle ausgedrückt werden; *unendlich* - die Warenwelt des Kapitals expandiert kontinuierlich. In der Marx'schen Diskussion der allgemeinen Wertform finden wir weitere Verfeinerungen dieser charakteristischen Merkmale.

Die allgemeine Wertform

Wir haben nun das Entstehen der allgemeinen Wertform verfolgt. Die entfaltete Form erwies sich als konsequente Erweiterung der einfachen Form. Die allgemeine Wertform resultierte aus einem Perspektivenwechsel der entfalteten Wertform. Das allgemeine Äquivalent wurde zufällig gewählt. Wir bewegten uns von einem einfachen und akzidentiellen, partiellen Ausdruck der relativen Wertform verschiedener Waren zu einer, die den Wert (jeder Ware) in einer einzelnen Ware ausdrückt. Jede Ware findet ihren Wertausdruck in einer einfachen oder elementaren Form (z.B. yB = xA), aber da das Äquivalent für alle dasselbe ist, ist diese Form allgemein und einheitlich.



Wert erhält nun einen einzelnen Repräsentanten. Durch diese Gleichsetzung des Wertes einer Ware mit einem einzelnen Repräsentanten wird nicht nur ihr Wert von ihrem körperlichen Gebrauchswert unterschieden, sondern auch das Gemeinsame aller Waren findet einen einheitlichen Ausdruck, da es nur einen einzelnen, singularen Repräsentanten aller Warenwerte gibt.

Diese Form ist allgemein oder universell in all ihren Bestandteilen. Die relative Wertform einer jeden bestimmten Ware ist allgemein, „weil sie zugleich die relative Wertform aller Waren ist".[8] D.h. der relative Wert aller Waren wird auf die gleiche Weise durch das gleiche Äquivalent ausgedrückt. Die Äquivalentform ist allgemein, weil das Äquivalent die einzigartige Form der Erscheinung des Wertes für alle Waren geworden ist. Deswegen gilt die den Wert produzierende Arbeit als die allgemeine Form der Realisation menschlicher Arbeit, als abstrakte Arbeit. Das allgemeine Äquivalent ist daher zu einem Symbol oder Repräsentanten genau jener sozialen Situation geworden, aus der die abstrakte Arbeit und der Warenwelt entstammen: das Kapital und seine Klassenstruktur. Wenn wir vom allgemeinen Äquivalent und der allgemeinen relativen Wertform sprechen (und diese Form die allgemeine Wertform nennen) so bedeutet dies keineswegs, dass sich die charakteristischen Widersprüche aller Formen in allgemeine Harmonie aufgelöst hätten – weder in die Form selbst noch in die Warenwelt. Ganz im Gegenteil. Sie sind in neuer Weise erhalten geblieben. Geblieben sind die unumkehrbare (irreversible) und widersprüchliche Polarität und Reflexivität der einfachen Wertform sowie die totalisierenden und unendlichen Aspekte der entfalteten Wertform. Aber es gibt auch einen neuen Aspekt. Indem das allgemeine Äquivalent den Charakter der unmittelbaren Austauschbarkeit mit jeder anderen Ware erhalten hat, haben all die anderen ihre Qualität verloren. Sie können nicht länger unmittelbar gegeneinander, sondern müssen durch das allgemeine Äquivalent getauscht werden.

Diese Beobachtung erhellt einen fundamentalen Aspekt der allgemeinen Form: die Äquivalentform, der allgemeine Wertausdruck aller Waren, wird zum allgemeinen Vermittler zwischen ihnen. Zuvor sahen wir, wie einzelne Waren sich auf ihren jeweiligen Wert durch die Vermittlung über ein Äquivalent (Spiegelung) bezogen. Nun sehen wir, wie das allgemeine Äquivalent die Rolle der Vermittlung übernimmt. Das allgemeine Äquivalent erhält eine neue, erweitere Rolle. „Indem alle Waaren sich in einer und derselben Waare als Werthgrößen bespiegeln, wiederspiegeln sie sich wechselseitig als Werthgrößen ".[9] Diese Reziprozität zwischen zwei beliebigen Waren (alle Kombinationen), diese wechselseitige Widerspieglung der Waren, wodurch sie sich als Waren aufeinander beziehen, entspricht der

Interaktion der einzelnen Wareneigentümer, welche die warenproduzierende Gesellschaft charakterisiert. Aber diese Weise der reziproken Beziehung ist durch das allgemeine Äquivalent vermittelt.[10] Nun erscheint das Äquivalent in doppelter Weise als Vermittler. Erstens als Ausdruck des Wertes für eine jede Ware, zweitens für die Beziehung einer jeden Ware zu jeder anderen als Werte. Diese zweite Form einer Vermittlung zwischen zwei Extremen ähnelt einer Vermittlung als Urteilsschluss. In einem logischen Schluss werden zwei Extreme mittels eines dritten Begriffs vereint. In diesem Fall vermittelt das allgemeine Äquivalent die Beziehung zwischen zwei beliebigen Waren. Zur Illustration: Hier ist darauf zu achten, wie die Beziehung zwischen yB und wC durch die wechselseitige Beziehung zu xA vermittelt wird:

yB
wC = xA
zD

oder

yB=xA=wC

Der allgemeine Vermittler tut nichts anderes, als die partikulare Charakteristik des Wertes jeder einzelnen Ware als das allgemeine Element, welches sie vereint, zum Ausdruck zu bringen. Dadurch fügt das allgemeine Äquivalent jedes Einzelding in das allgemeine Wertverhältnis ein. Erneut können wir sehen, wie die allgemeine Form die Gesamtheit der unterschiedlichsten Elemente zu einer Totalität formt; anstatt fragmentiert zu sein werden sie zu einem Ganzen zusammengefasst. Die laufende Folge der Warenverhältnisse wächst und bleibt potentiell unendlich, aber diese Unendlichkeit ist nicht mehr länger eine lästige Addition getrennter Elemente. Die kapitalistische Warenwelt ist nun als eine integrierte und einheitliche Unendlichkeit ausgedrückt, in welcher die Erscheinung einer neuen Ware nicht länger der Schaffung eines neuen begrenzten Prozesses, sondern, die Fortsetzung eines unendlichen Prozesses bedeutet – vorangetrieben vom eigenen Tun.

Das ist in der Tat das Kapital. Seine Entfaltung ist weder zufällig, noch kommt sie „von außen". Die Welt des Kapitals ist nicht äußerlich „hinzugefügt", sondern generiert ihre eigene Ausweitung – ein Teil davon ist die Entfaltung der Warenwelt. Sie ist unendlich, wie ein sich ausdehnendes Universum – nicht wie eine Einkaufstasche, in die wir eine Ware nach der anderen legen. Ob wir jetzt von der Ausdehnung in internationaler Hinsicht sprechen, dass verschiedene Teile der Welt in die Umlaufbahn der kapitalistischen Durchsetzung sozialer Kontrolle durch Arbeit gezogen werden, oder von seiner Ausdehnung in alle Sektoren industrieller Produktion, oder seinem Eindringen in alle Aspekte der Reproduktion der Arbeitskraft (das Trachten nach einem 24-Stunden-Arbeitstag) – in jedem Fall sind die neuen kontrollierten Bereiche nicht bloß Zusätze. Art und Ausmaß der Kontrolle ist das Ergebnis zuvor geführter Kämpfe, jedenfalls sollen diese Bereiche nach der Intention des Kapitals organisiert werden. Kolonialismus brachte Rohstoffe in englische Fabriken. Die Kontrolle der Textilproduktion ergänzte die Kontrolle der Kleidermanufakturen. Die Kontrolle des Schlafzimmers entspringt der Absicht, das Arbeitskräfteangebot zu steuern.

Die neue Vermittlungsform, ausgedrückt in der allgemeinen Wertform, die Vermittlung, welche die Wechselbeziehungen aller Elemente der Warenwelt (und des Kapitals) garantiert, ist für die Art und Weise, in der das Kapital Kontrolle ausübt, fundamental. Die Vermittlungsleistung des allgemeinen Äquivalents zwischen allen Elementen drückt zweifellos die Tendenz des Kapitals aus, alle Beziehungen in der gesellschaftlichen Fabrik zu vermitteln. Es mischt gleichsam überall mit: zwischen den WarenproduzentInnen mit Geld W-G-W, zwischen ManagerInnen und ArbeiterInnen mit Löhnen und dem Gesetz, zwischen Eltern und Kindern mit der Schule, zwischen Männern und Frauen mit Heirat und Verhütungsmitteln, zwischen sich selbst und Weißen mit Schwarzen und so weiter.

Was bedeutet es, dass das Kapital überall als eine vermittelnde Kraft interveniert? In den genannten Beispielen entdecken wir, dass die vermittelnde Einheit, die ich Kapital nenne, vom Geld über den Staat bis zu den ArbeiterInnen reicht. Dies beleuchtet eine in der Einführung diskutierte strittige Frage, die hier, damit solche Behauptungen Sinn machen, noch mal betont werden muss, nämlich dass alle diese vermittelnden Einheiten Momente des Kapitals selbst sind. Während Geld als Kapital zu betrachten wahrscheinlich nicht schwierig ist (wir werden uns damit im nächsten Abschnitt auseinandersetzen), ist es schwieriger, den Staat oder spezielle Teile der ArbeiterInnenklasse als Kapital zu betrachten. Vorhin betonte ich den Aspekt, dass die ArbeiterInnenklasse Teil des Kapitals sei. Kapital ist nicht nur der eine Pol, sondern schließt die ArbeiterInnenklasse ein, ja ist die ArbeiterInnenklasse -– zumindest solange sie als Arbeitskraft fungiert, so lange sie arbeitet. Daher kann ein Teil der ArbeiterInnenklasse durch das Kapital vermittelt werden, da es in dieser Rolle selbst Kapital ist. Zum Beispiel vermitteln Männer die Beziehung zwischen Kapital (Industrie oder Staat, der den Lohn zahlt) und [unentlohnten] Hausfrauen: Kapital (K) – bezahlte Männer (M) – unbezahlte Frauen (W), jedes einzelne der drei



Elemente ist Teil des Kapitals, aber jedes spielt eine andere Rolle: Das Kapital erzwingt Arbeit (im Austausch gegen Einkommen), Männer sind bezahlte Arbeiter in der Fabrik oder im Büro, Frauen sind unbezahlte Arbeiterinnen zu Hause. Jedes der Elemente vermittelt die beiden anderen in verschiedener Weise. Da gibt es K-M-W, aber auch K-W-M und M-K-W. Die drei Elemente ergeben eine Totalität – eine Subtotalität – der kapitalistischen Gesellschaft, nichtsdestoweniger eine Totalität. Im ersten Fall, K-M-W, vermitteln Männer das Kapitalverhältnis ihren Hausfrauen, indem sie sie dazu bringen, durch Reproduktionsarbeit die Arbeitskraft der Männer wiederherzustellen (Kochen, Waschen, Emotionsarbeit) und zugleich die Wucht weiblicher Revolte gegen ihre Lebensbedingungen auffangen. Im zweiten Fall, K-W-M, vermitteln die Frauen das Verhältnis der Männer zum Kapital. Eine Art geschieht durch Einkaufen, bei dem die wirkliche Äquivalenz des Geldlohns zu den Subsistenzmitteln klar wird – Frauen müssen mit der Kohle haushalten, wenn ihnen das nicht gelingt (wegen der Preise etc.), wird das ihnen und nicht dem Kapital zum Vorwurf gemacht. Im dritten Fall, M-K-W, vermittelt das Kapital die Beziehung zwischen Männern und Frauen durch Heiratsgesetze, Geburtenkontrolle usw. Hier erscheint das Kapital als der Staat mit seinen Gesetzen und seiner Polizeigewalt.

Bei der Spaltung der anderen Segmente der ArbeiterInnenklasse wird diese Art der Vermittlung vom Kapital weidlich ausgenützt. Betrachten wir kurz zwei weitere wohlbekannte Fälle: die Schule und der Gebrauch migrantischer Arbeit. Im Fall der Schule kann die Verwaltung (V) das Kapital repräsentieren, deren Aufgabe es ist, die Beziehungen zu zwei Gruppen von ArbeiterInnen zu organisieren: den SchülerInnen (S) und den ProfessorInnen (P). Die übliche hierarchische Organisation der Schule stellt ProfessorInnen in die Mitte, als Vermittler zwischen SchülerInnen und Schulverwaltung: V-P-S. Diese Rolle ist zumindest eine zweifache. Die ProfessorInnen müssen die Verwaltungsrichtlinien, die Regeln, das Benotungssystem und dergleichen übernehmen und den SchülerInnen auferlegen. Andererseits müssen sie jegliche Unzufriedenheit der SchülerInnen durch ihre "Bildung" auffangen. Manchmal, im Falle von Streiks der Lehrkräfte, in Zeiten von Entlassungen oder knapper Arbeitsplätze, versucht das Kapital, die SchülerInnen zur Disziplinierung der ProfessorInnen einzusetzen: V-S-P. Es mag gelegentlich auch vorkommen, dass SchülerInnen sich einmischen (intervene), um eine beliebte ProfessorIn vor der Entlassung zu bewahren. Im Allgemeinen gestaltet die Verwaltung die Beziehungen zwischen SchülerInnen und ProfessorInnen (P-V-S) mittels verschiedener institutioneller Strukturen, von der Klasseneinteilung bis hin zum Polizeieinsatz. Im Fall migrantischer Arbeit gibt es den wohlbekannten Versuch des Kapitals, ImmigrantInnen (I) gegen ortsansässige ArbeiterInnen (O) auszuspielen. ArbeitgeberInnen (A) versuchen, die Forderungen der ImmigrantInnen nach Arbeit und Einkommen zu nutzen, um die Gewerkschaften, die von den ortsgebundenen ArbeiterInnen dominiert werden, zu schwächen(A-I-O). Gleichzeitig werden ortsansässige LohnarbeiterInnen zwischen die Einkommensforderungen der ImmigrantInnen und das Kapital gestellt (A-O-I). Natürlich spielt in all dem das Kapital noch mal seine eigene Rolle, indem es die Beziehungen zwischen den ImmigrantInnen und den ortsansässigen ArbeiterInnen sowohl in der Fabrik als auch in der Gemeinschaft strukturiert – und das ergibt dann O-A-I.

Verstehen wir diese Art der Vermittlung im Klassenkampf, erkennen wir auch besser seine Komplexität. Es wird auch deutlich, wie die Initiative und die Macht der ArbeiterInnenklasse diese Art der Herrschaft zerstören und eine Neuzusammensetzung der Klassenverhältnisse erzwingen kann. Die Verweigerung oder das Umgehen der Vermittlung durch die ArbeiterInnenklasse ist eine mögliche Form. Wenn zum Beispiel Hausfrauen direkt vom Kapital einen Lohn verlangten, so umgingen sie die kapitalistische Vermittlung durch die Männer und etablierten ein direktes K-F. SchülerInnen, die das Verwaltungsgebäude stürmten, um eine Beendigung des Krieges zu fordern oder Kürzungen des Budgets zu verhindern, umgingen die Vermittlung durch ProfessorInnen und etablierten V-S, eine direkte Konfrontation zwischen ihnen und dem Kapital. Eine weitere Möglichkeit wäre, wenn die vom Kapital entworfenen Vermittlungen zu so harten Konflikten führten, dass ein Teil der Gesellschaft zusammenzubrechen begänne oder in neue Formen gezwungen würde.

Nehmen wir nochmals das Beispiel Bildung. In den Universitäten der Sechzigerjahre trugen die StudentInnen ihre Kämpfe im Allgemeinen direkt mit der Verwaltung aus, beziehungsweise gingen sogar darüber hinaus. In den High Schools kam es selten vor, dass der Hauptimpuls des SchülerInnenprotests sich gegen die Verwaltung richtete; stattdessen wurde er gegen andere SchülerInnen oder gegen Lehrkräfte gerichtet. Lehrkräfte mussten als Vermittler fungieren, ihr Job wurde unter dem kontinuierlich wachsenden Druck der SchülerInnen – durch ihren passiven Widerstand, ihre Ablehnung der Disziplin, ihre Gewalt – so schwierig, dass das eine Veränderung ihrer Beziehung zum Kapital erzwang. Die Weigerung der SchülerInnen, ruhig zu sitzen und zu arbeiten, trug (neben Inflation etc.) maßgeblich zu neuen Forderungen der Lehrkräfte nach weniger Arbeit und mehr Geld bei. Die Forderung nach mehr Disziplin im Klassenzimmer ist das Äquivalent zur Beschleunigung am Fliessband – es steigert die Intensität des Arbeitstages und den Wert der Arbeitskraft. Diese Gegebenheiten haben die LehrerInnen dazu bewegt, neue militante Gewerkschaften zu bilden, die eine ganz neue Anordnung der Macht im Bildungsbereich geschaffen haben. Angesichts der Weigerung der Lehrkräfte, in kritischen Situationen Disziplin durchzusetzen, also angesichts dieser Arbeitsverweigerung, waren Schulverwaltungen und Stadtregierungen gezwungen, höhere Löhne zu zahlen, beziehungsweise Polizei und Wachdienste zu holen. Diese Entwicklungen repräsentieren einen wichtigen Einbruch der kapitalistischen Kontrolle über die Erzeugung neuer Arbeitskraft. Zugleich ergeben sich daraus ernsthafte Probleme für die Strategie der ArbeiterInnenklasse. Wie kann die wachsende Macht der SchülerInnen und Lehrkräfte so organisiert werden, dass sie sich mehr gegen das Kapital richtet als gegeneinander? Die autonome Macht der SchülerInnen erzwang ein neues Niveau autonomer Organisation und die Macht der Lehrkräfte eine Neuzusammensetzung der Klassenstruktur. So lange jedoch die Dynamik und die Richtung dieser Entwicklungen nicht verstanden werden, besteht die Gefahr des Zusammenbruchs und der Niederlage. Auch an den Universitäten war in den Sechzigerjahren eine ähnliche, jedoch weniger dramatische Entwicklung zu sehen. Die Kämpfe der StudentInnen gegen den Krieg erzwangen eine Neuzusammensetzung des Lehrpersonals. Eine neue Generation radikaler Lehrkräfte wurde eingestellt und diese trugen zur Neuorganisation der Lehrkräfte auf Universitätsebene bei. Die Kämpfe führten auch zum allgemeinen Zusammenbruch der Fähigkeit, den Nachschub an Arbeitskraft mit höherer Bildung zu disziplinieren, zu planen und zu organisieren. Unter dem Druck der StudentInnen verfiel die Jagd nach einem Universitätsabschluss als Karrieregarantie und wurde durch eine Abschlussinflation abgelöst, sodass nicht einmal mehr ein Doktorat eine Anstellung garantiert. All diese Entwicklungen führten zu Bestrebungen des Kapitals, mit Hilfe der Finanzkrise in den Schulen wieder Arbeitsdisziplin einzuführen und Bildung auf nationaler Ebene neu zu strukturieren. Eine derartige Umstrukturierung muss notwendigerweise auch Versuche beinhalten, neue Arten der Vermittlung zu finden, die jene ersetzen können, die von den Kämpfen der ArbeiterInnenklasse aufgebrochen werden. Letztlich zielt der Klassenkampf auf die Zerstörung der Spaltungen, die das Kapital der ArbeiterInnenklasse aufzwingt. Und obwohl die ArbeiterInnen um Einheit von StudentInnen und ProfessorInnen gegen die Verwaltung streben können, Männer und Frauen um Einheit gegen das Kapital, Einheit von Schwarzen und Weißen notwendig ist, so ist doch klar, dass der Weg zur Zerstörung der Vermittlung nicht so einfach ist wie das Verkünden der Parole: "Vereinigt euch und kämpft!"

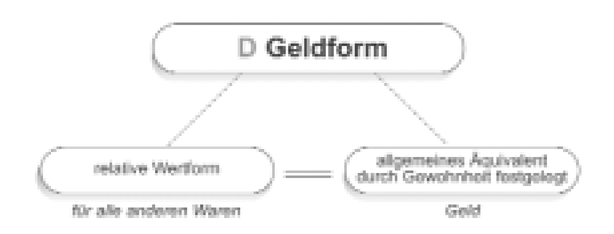
Wie ich bereits im Abschnitt zur abstrakten Arbeit dargelegt habe, sind die Spaltungen real und hierarchisch; es handelt sich um Machtverteilungen. Einheit erfordert nicht nur einen Machtkampf der verschiedenen Segmente der ArbeiterInnenklasse gegen das Kapital, sondern manchmal auch zwischen diesen Segmenten. Das Problem der politischen Organisierung ist, wie diese Kämpfe innerhalb der Klassen zu entwickeln sind, sodass sie die Klasse stärken und nicht schwächen. Die Analyse der von der allgemeinen Wertform hervorgebrachten Vermittlung zeigt uns mehr vom Charakter solcher Kämpfe. Sie ist zumindest ein Schritt zu ihrer Lösung.

Die Geldform des Wertes

Der Übergang von der allgemeinen Wertform zur Geldform ist viel einfacher als die vorherigen Übergänge. Der einzige Unterschied zwischen den



beiden ist, dass in der Geldform das allgemeine Äquivalent durch gesellschaftliche Gewohnheit in einer einzigen Ware fixiert wird. Sobald das geschieht, wirkt dieses allgemeine Äquivalent als Geld, und wir haben die Geldform.



Da dies das Ziel der gesamten Analyse war, ist es sinnvoll, diese Beziehung in umgekehrter Weise zu formulieren. Geld wird zum Teil als allgemeines Äquivalent bestimmt (weitere Definitionen erfolgen in späteren Kapiteln des Kapitals). Die Geldform ist das totale Verhältnis

yB
zC = xGold
wD

und muss vom Geld in Goldform unterschieden werden. Diese Geldform beinhaltet alle Bestimmungen der früheren Formen. Sie besitzt die widersprüchliche Einheit und die reflexiven Beziehungen zwischen der relativen Wertform und der Äquivalentform, die in der einfachen Wertform zum Ausdruck kommen. Sie beinhaltet die Totalität und Unendlichkeit, die in der entfalteten Wertform zum Ausdruck kommen und in der allgemeinen Wertform verschmolzen sind. Und sie hat den vermittelten Charakter, der in der allgemeinen Form besprochen wurde. So ist die Geldform, gleich dem Kapital, widersprüchlich, reflexiv, totalisierend, unendlich und vermittelt.

Geld erscheint nicht einfach als ein Element dieser Totalität, sondern, in seiner Rolle als allgemeines Äquivalent, als Ausdruck der Totalität. Geld ist hier sowohl eine Ware unter vielen als auch der einzige Ausdruck der Wechselwirkungen [aller Waren] als Momente des Kapitals, das heißt, als Wert. Indem Geld alle Waren als Werte zum Ausdruck bringt, bringt es auch das Reich des Kapitals zum Ausdruck – die sozialen Beziehungen, die aus allen Gebrauchswerten Waren macht. Als ein Moment der Geldform ist Geld ein Teil des Kapitals und somit Kapital. Wenn das Kapital im Grunde die soziale Beziehung der Warenform ist (von der die Warenwelt ein Moment ist), dann ist Geld der wesentliche Ausdruck der Warenform selbst. Eine Münze in der Hand zu haben, heißt in der kapitalistischen Gesellschaft, einen goldenen Tropfen dieser Gesellschaft zu besitzen. Schau tief in diese Münze hinein, wie in eine Kristallkugel, und hinter ihrem goldenen Glanz, an dem viele Augen hängen blieben, entdeckst du Blut und Schweiß des Klassenkampfes.

Die verschiedenen Rollen der Äquivalentform erweisen sich als Aspekte des Geldes, in der Äquivalentform hatten wir bereits das Geld gesehen. So steht zum Beispiel Geld als Äquivalent in widersprüchlicher Einheit mit der Arbeitskraft. Indem das Geld den Charakter aller anderen waren widerspiegelt, zeigt es ihre Werteigenschaft auf; Waren sind Teil des Kapitals. Die Tendenz des Kapitals, sich unendlich auszudehnen, ist zum Teil auch die Tendenz, aus sozialen Beziehungen Geldbeziehungen zu machen, das heisst, alle Gebrauchswerte in Werte zu verwandeln, indem sie Geld gleichgesetzt werden. Geld wird zum Zauberstab, durch den neue Elemente der Welt dem Kapital einverleibt werden.

Ein Objekt mit Geld gleichzusetzen heisst, ihm einen Preis zu geben. Somit ist die Preisform eine Unterform der Geldform, in der jedes

yB = xGold

Aber die Preisform steht nie für sich alleine. Sie ist Teil der Geldform. Jene Ware, die einer bestimmten Menge Geld gleichgesetzt wird, dadurch ein Preis gegeben und damit augenblicklich in die ganze Welt des Kapitals eingebunden.[11] Wie? Indem ein Preis festgesetzt wird, wird bekräftigt, dass dieser durch irgendeine Art nützliche Arbeit produzierte Gebrauchswert nur ein einzelnes Produkt jenes universellen Instruments kapitalistischer Kontrolle ist: der Arbeit. Irgendein Objekt mit Geld gleich zu setzen bedeutet es allen anderen Waren gleich zu setzen, und das heißt, jene Arbeit, die es hervorgebracht hat, allen anderen Arbeiten gleich zu setzen, ihre Abstraktion zu bekräftigen. (Wie Marx übergehen wir dabei jene Fälle, wo Dinge, die nicht das Produkt von Arbeit sind, einen Preis zugeschrieben bekommen.) Es macht keinen Unterschied mehr, ob das Ausmaß der verkörperten Arbeit gesellschaftlich notwendig ist oder nicht – wie wir bereits zuvor gesehen haben, ist das oft nicht der Fall. Die qualitative Gleichheit der Arbeit wurde bestätigt und die Quantität wurde gesellschaftlich festgelegt. Geld zeigt der Ware an, dass sie ein Produkt abstrakter Arbeit ist – ein Wert.

Das Geld setzt nicht nur alle Waren als Arbeitsprodukte gleich, sondern fungiert auch als allgemeiner Vermittler zwischen all den unterschiedlichen Bestandteilen des Kapitals. Wenn die Arbeitskraft mit Geld gleichgesetzt wird, vermittelt

Geld dieses Verhältnis mit dem Kapital. Der Geldlohn (G) ist eine Form, mit der das Kapital (K) sein Verhältnis zur ArbeiterInnenklasse (AK) vermittelt: (K – G – AK) Wie wir im vorhergehenden Abschnitt gesehenen haben, existieren noch viele andere Formen der Beziehung, aber der Geldlohn ist die wesentlichste. Mit der Bedeutung des Geldlohns ist zugleich die Bedeutung der nicht-entlohnten Verhältnisse gegeben. Unbezahlte Beziehungen werden auf verschiedenste Weise vermittelt – zum Beispiel stellen die Männer eine Beziehung ihrer nicht-entlohnten Frauen zum Kapital her. Für alle Arbeitenden gilt, dass ihre Arbeit gegen Mittel des Unterhalts (Lebensmittel) getauscht wird, aber dies geschieht nicht immer unmittelbar für Lohn. Sogar Kinder arbeiten für das Kapital, indem sie ihre Arbeitskraft für ihre zukünftige Rolle als ArbeiterInnen produzieren (sei es bezahlt, sei es unbezahlt), sie werden dafür jedoch nicht direkt entlohnt. Sie und ebenso die Hausfrauen werden aus Ressourcen (Geld) unterstützt, die ihr entlohnter Vater oder ihre Mutter erhält. Zwischen Kapital und Vater gibt es das durch den Geldlohn hergestellte Verhältnis, zwischen Kapital sowie Kinden und Hausfrauen tritt der Vater. Die Tatsache, dass Kinder und Hausfrauen für das Kapital arbeiten, wird unter diesen Umständen durch ihre Nicht-Entlohnung verdeckt. Es scheint, als ob sie nur eine private Beziehung zum männlichen Lohnempfänger hätten, aber keine zum Kapital.

Dies hebt eine wichtige Überlegung zum Geld hervor, die oft übersehen wird: Um nämlich die Rolle der Vermittlung oder des allgemeinen Äquivalents zu spielen, müssen zahlreiche Beziehungen existieren, in denen Geld nicht direkt vermittelt. In der Diskussion um entlohnte und nicht-entlohnte Arbeit im „Kapital“ macht Marx dies deutlich. Damit das Kapital fähig ist, den Geldlohn zur Vermittlung seiner Beziehung zur ArbeiterInnenklasse als LohnarbeiterInnen zu verwenden, muss es sich selbst erhalten. Aber wenn gesagt wird, dass es „unter dem Kapital“ immer auch Nicht-Entlohnte geben muss, dann bedeutet dies, dass Geld seine Rolle als allgemeiner Vermittler in einer sehr speziellen Weise ausübt. Schlussendlich müssen alle Waren erhalten, um zu überleben, aber dies muss nicht notwendigerweise durch Löhne geschehen. Trotzdem bleibt Geld der universale Vermittler, da es sogar seine Abwesenheit definiert. Jene, die keine Löhne erhalten, werden mit Blick auf die LohnempfängerInnen definiert – sie sind durch die fehlende Kontrolle über Geld bestimmt. Kinder mögen kein Geld bekommen, aber sie erhalten gekaufte Güter – sie üben zwar keine Kontrolle darüber aus, aber das Geld, mit dem sie unterstützt werden und mit dem ihre Nahrung gekauft wird, zirkuliert trotzdem. Daher kämpfen auch die Nicht-Entlohnten um Löhne, nicht weil sie die Herrschaft des Kapitals ausdehnen wollen – darunter leiden sie bereits –, sondern um Macht zu gewinnen, Macht das Kapital zu zerstören.

Auf vielfältige Weise ist die Aufrechterhaltung der nicht-geldförmigen, unentlohnten Beziehungen für das Kapital von entscheidender Wichtigkeit. Das Bild der zu den Fabrikstoren strömenden Massen ist eine traditionelle, aber beschränkte Version. Die Lage der einkommenslosen StudentInnen, Frauen und GettobewohnerInnen in den entwickelten Ländern wurde oftmals von uns diskutiert. Aber die Debatte um die ursprüngliche Akkumulation zeigte eine weit dramatischere Situation in der Dritten Welt. Das Kapital schuf und erhielt eine riesige, sich teilweise selbst versorgende Arbeitskraftreserve, die nicht entlohnt war. Das war eines der Hauptziele des Kolonialismus – eben die Schaffung einer weltweiten Reservearmee. Und die Armut bleibt weiter das Werkzeug, mit dem unzählige Millionen am Leben erhalten werden und zugleich (so das Kalkül) einfach zur Verfügung stehen, wenn es dem Kapital passt. Die Arbeitskräftereserven werden durch Migration in Gebiete verfrachtet, in denen billige Arbeitskräfte benötigt werden, um die Lohnforderungen besser gestellter ArbeiterInnen niederzuhalten, (z.B. wenn ArbeiterInnen aus Mexiko und der Karibik in die USA begracht werden; ebenso aus südeuropäischen Ländern in die nördlichen Staaten Europas). Das Kapital stützt sich auch auf diese Reserven durch die Beschäftigung in ihren Heimatgebieten, wo Runaway-shops [US-amerikanisch: Fluchtbetriebe] sich billige Arbeit vor Ort suchen.

Wir haben also gesehen, dass die Spaltung in Entlohnung und Nicht-Entlohnung einen fundamentalen Aspekt der Geldform darstellt. Sie ist eine spezifische Spaltung zwischen einigen Waren (die Arbeitskraft einzelner) und Geld. Sie zeigt die fundamentale Spaltung zwischen der direkten Anwesenheit der Geldform und ihrer indirekten Anwesenheit, oder die notwendige Koexistenz von geldförmigen und nicht geldförmigen Beziehungen im Kapital.

Die Tatsache, dass Geld ein Vermittler ist, dass es zwischen Kapital und ArbeiterInnenklasse tritt, bedeutet zweierlei. Erstens: Vom Standpunkt der ArbeiterInnenklasse aus muss der Angriff auf das Kapital diese Vermittlung zugleich nutzen wie zurückweisen, ebenso wie Frauen und StudentInnen Männer und ProfessorInnen instrumentalisierten, aber auch umgingen. Streiks sind bereits Formen dieser Tendenz im Kapital, da ArbeiterInnen die Vermittlung durch den Lohn zurückweisen und das

Kapital durch Arbeitsverweigerung, Sabotage und Fabrikbesetzungen, etc. direkt attackieren. Ein weiterer Weg des Klassenkampfes, die Vermittlungsfunktion des Geldes zurückzuweisen, besteht in der Außerkraftsetzung der Preise. Sie ist die Essenz der direkten Aneignung und umfasst nicht nur den Preis der Arbeitskraft, sondern ebenso die Preise aller anderen Waren. Dazu zählen die Selbstreduktion der Mietpreise und Kosten für öffentliche Dienstleistungen, das Auswechseln von Preisschildern in Supermärkten, die Verwendung manipulierter 15 Cent Münzen anstatt der 50 Cent Wertmarken in der U-Bahn oder die vollständige Ausschaltung der Preise durch Ladendiebstähle, Diebstahl durch Beschäftigte oder „Schwarze Weihnachten", bei denen Güter angeeignet werden. Die Zurückweisung der Preise ist eine Verweigerung der Spielregeln des Kapitals. Die Weigerung, die Rolle des Geldes zu akzeptieren, bedeutet, alles abzulehnen, was in die Bestimmung des Geldes eingeht – das ganze Set der Wertbeziehungen. Das ist die Perspektive der Macht der ArbeiterInnenklasse.

Anders ist die Bedeutung der Geldvermittlung für das Kapital. Weil Geld der allgemeine Vermittler ist, ist es überall dort, wo es zwischen Kapital und ArbeiterInnenklasse gestellt ist, mögliches Objekt der Manipulation. Als die Lohnkämpfe in den 30er Jahren in den USA und Europa die traditionelle Methode der Lohnmanipulation durch das Kapital verunmöglichten, war es nur natürlich, dass das Kapital mit Hilfe der Ideen Keynes und anderer neue Wege suchte, das Geld im Klassenkampf einzusetzen. Die wesentlichsten Ideen Keynes drehten sich daher in erster Linie um die Frage, wie staatliche Regulation mittels monetärer und fiskalischer Manipulation von Richtung und Ausmaß des Geldflusses genutzt werden kann, um die ArbeiterInnenklasse zu kontrollieren.

Ideologisch wurden diese Ideen natürlich völlig anders präsentiert. Monetäre und budgetäre Politik wurden als Werkzeuge dargestellt, um Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum zu garantieren. Aber Wachstum bedeutete in Wirklichkeit Kapitalakkumulation, und Vollbeschäftigung bedeutete Durchsetzung des Arbeitszwangs und den Weiterbestand der notwendigen, minimalen Reservearmee mittels Feinsteuerung der Ökonomie. Die Keynesianische Strategie benutzte diese, um die Ökonomie entweder zu stimulieren oder sie „abzukühlen". Das bedeutet, die Forderungen des Proletariats mittels Inflation oder Rezession zu managen. Wir kommen zu jenem Beispiel zurück, das am Beginn dieses Abschnitts zitiert wurde: Die Inflation wird benützt, um die Lohnkämpfe der ArbeiterInnenklasse zu unterlaufen und Wert zum Kapital zu transferieren. Da wir das Geld aus der Perspektive der Wertform betrachtet haben, in der Form und Substanz als allgemeiner Vermittler vereinigt sind, können wir den Mechanismus der Inflation besser verstehen. Inflation bedeutet, dass die Preise nicht aufgrund wachsenden Inputs von Arbeit, sondern durch eine Entwertung des Geldes steigen. Die Preise sind das Geldäquivalent der Warenwerte, welche eben durch diese Preisform ausgedrückt wird. Die Preise zu erhöhen bedeutet, die Masse des Geldes (sei es in Gold oder in Papierform) zu erhöhen, die sich mit Waren austauschen. Wenn die Gesamtsumme des Geldes, über die die ArbeiterInnenklasse verfügt, steigt, dann sinkt folgerichtig die Warenmenge, die sie damit erwerben kann. Auf diese Weise wird die Wertmenge, die die ArbeiterInnenklasse für ihre Arbeitskraft erhält, reduziert und das Ausmaß des Mehrwertes für das Kapital erhöht.

Eine Frage kann möglicherweise gestellt werden: Macht es irgendeinen Unterschied, dass die ArbeiterInnenklasse gegenwärtig Papiergeld und nicht Gold erhält? Marx zeigt im dritten Kapitel des „Kapitals", dass dies keinen Unterschied macht. Wenn Geld als Mittel der Zirkulation (als allgemeiner Vermittler) fungiert, benötigt es keineswegs eine körperliche Form, weder als Gold noch als Papiergeld. Tatsächlich ist das Geld, welches die ArbeiterInnenklasse erhält, oftmals nicht einmal mehr Papiergeld, sondern Guthaben auf Bankkonten, welche Zug um Zug im Austausch für Waren an das Kapital zurücktransferiert werden. In diesem Fall ist das Geld einfach Rechengeld, welches über den Fluss des Wertes (sei es in Form der Arbeit oder der Waren) Buch führt, welches aber nicht „wirklich" existieren muss. Ja mehr noch: Die Tatsache, dass das existierende Geld Papierform angenommen hat, bedeutet, dass der Wert, den es repräsentiert, einfach manipuliert werden kann. Wenn X Ware B = Y Masse Gold ist, dann bedeutet eine Preiserhöhung entweder eine Erhöhung der zugefügten Arbeitmenge für die Produktion von B oder der Arbeitsinput in die Goldproduktion wird reduziert. Aber für das Papiergeld sind die Produktionskosten für alle



Zwecke gleich Null, und das Papiergeld repräsentiert nur ein bestimmtes Ausmaß an Wert. In diesem Fall ist es einfach, die Preise zu erhöhen, indem mehr Papiergeld in Umlauf gebracht wird, sodass ein gegebenes Quantum an Waren, das durch mehr Papiergeld repräsentiert wird, einen höheren Preis hat (vorausgesetzt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bleibt konstant).

Darin bestand die Idee von Keynes, später von Lewis und anderen. Der Staat könnte mehr Geld drucken oder mittels Kreditsystem das Geldvolumen ausdehnen, um auf diese Weise die Preise zu erhöhen, was den Wert jeder Geldeinheit senkt und daher die Lohnhöhe der ArbeiterInnenklasse unterläuft. Diese Wertsenkung könnte sowohl bei gleichbleibenden, als auch bei steigenden Löhnen durchgeführt werden. Im letzteren Fall würde es eine natürliche Tendenz der Kapitalisten geben, die Preise zu erhöhen, um die steigenden Kosten auszugleichen, was aber durch eine entsprechende Ausweitung der Geldversorgung begleitet werden müsste, welche der Staat zu garantieren hätte.

In der gegenwärtigen Inflation wird diese Handhabung des Geldes durch eine weitere ergänzt. Indem die Verfügbarkeit von Öl und Nahrungsmittel administrativ eingeschränkt wurde, konnte die Erhöhung ihrer Preise durchgesetzt werden; so wurde die Preiserhöhung für Nahrungsmittel produziert und die Ölpreise konnten mit der allgemeinen Inflation mitziehen. Dies ist nicht nur in einem oder mehreren Ländern durch den Staat passiert, sondern wurde durch die gemeinsame Aktion multinationaler Konzerne und einer Anzahl von Staaten auf Weltebene durchgesetzt. Im Fall des Erdöls wären die OPEC, die „Seven Sisters“ und sowohl westliche wie östliche Regierungen zu nennen; im Falle des Getreides die ProduzentInnen, Getreidehändler-Innen, die Vereinigten Staaten und die UdSSR. Die resultierenden Preiserhöhungen haben die Löhne der ArbeiterInnenklasse weltweit gesenkt und sind Teil der weltweiten Gegenoffensive des Kapitals, die Lohnkämpfe einzudämmen. Die Produktion dieser Inflation durch das Management der Kapitalflüsse wurde in zunehmenden Maß durch das Kapital zur Eindämmung der Lohnkämpfe umgeleitet. Das Management der Kapitalflüsse, welche durch diese Inflation produziert wurden, wurde in zunehmenden Maß durch das Kapital zu internationalen, staatlichen Institutionen wie Weltbank und Währungsfonds verlagert.

Wie immer auch die Manipulation des Geldwertes bewirkt wurde, sei es durch Unternehmen, nationale Regierungen oder internationale Übereinkünfte, es sollte nun klar sein, dass das Objekt der Manipulation das Wertverhältnis zwischen ArbeiterInnenklasse und Kapital darstellt. Wir haben gesehen, auf welch komplexe Weise das Geld die Klassenbeziehung ausdrückt, und ebenso die komplexe Rolle, die es im Herzen dieser Beziehung spielt. Es existieren viele Funktionen und Institutionen des Geldes, die im ersten Kapitel des „Kapital“ nicht herausgearbeitet werden, aber die Analyse des allgemeinen Äquivalents in der Geldform und in der Preisform erlauben uns einige fundamentale Einsichten in die Rolle des Geldes als Medium der Zirkulation und als Vermittler zwischen den Klassen. Wenn auch nicht im Detail, so erlaubt uns diese Analyse doch den wesentlichen Charakter der Kontrolle mittels Geld und Inflation in der gegenwärtigen Periode des Klassenkampfes zu erkennen.

Genauso wie bei den anderen Kategorien dieses Kapitels haben wir gesehen, wie wir durch die Überwindung des Fetischismus zu den dahinter liegenden Klassenverhältnissen gelangen. So konnten wir einige der politischen Funktionen des Geldes erkennen. Geld erscheint als Vermittler für das Kapital, durch welches es seine Kontrolle über die bezahlte wie unbezahlte Arbeit innerhalb und außerhalb der Fabrik ausübt. Es ist ein Mittel, die Wertmenge oder den Reichtum zu kontrollieren, die die Arbeiter-Innenklasse schafft. Wenn die Macht der Arbeiter-Innenklasse jenes Niveau erreicht, das es erlaubt, die direkte Beeinflussung des Geldlohnes durch das Kapital zu stoppen (und Lohnsenkungen zu verhindern), versucht das Kapital, das Geld indirekt einzusetzen, indem es die Wertrelationen durch Inflation verändert und die Löhne der ArbeiterInnenklasse auf diesem Umweg angreift. Dies wird immer wichtiger, da auch die Nicht-Entlohnten um Löhne kämpfen und daher auch die unbezahlte Arbeit aus dem Schatten der Löhne getreten ist. Auf ähnliche Weise hat die Tendenz der ArbeiterInnenklasse, mehr Geld für weniger Arbeit zu fordern, um das Verhältnis zwischen dem produzierten und dem erhaltenen Wert aufzulösen, das Kapital genötigt, neue Formen der Manipulation des Geldwertes anzuwenden, um dieser Tendenz zu begegnen. Während des Kampfzyklus der 60er Jahre gelang es der ArbeiterInnenklasse die Dominanz des Kapitals über die Bestimmungen des Wertes und die Geld/Preis Beziehungen zu brechen und diese in ihrem Sinne zu verschieben. Das stellte die grundlegende Basis des Kapitalismus, seine Kontrolle über die Arbeit, in Frage und ist ebenso die Ursache für die derzeitige Krise. Angesichts der Probleme, mit denen das Kapital beim Versuch, die Klassenbeziehungen in seinem Interesse neu zu strukturieren, konfrontiert ist, besteht unser gegenwärtiges Problem darin, unsere Kämpfe auf dem neuen Terrain der andauernden Krise effizienter zu gestalten.

e-mail: hmcleave@eco.utexas.edu

*** xA=yB ist zu lesen:**

x meint ein bestimtes Quantum, etwa 15 Ellen Leinwand, A bezeichnet die Warenart (Leinwand). B bezeichnet die andere Ware, y ihr Quantum. xA=yB könnte also bedeuten: 15 Ellen Leinwand sind 10 kg Tee wert.

Anmerkungen:

1. W.A. Lewis, „Economic Development with unlimited supplies of labour," Manchester School, May 1954, 139-191
2. Über die sich verändernde Beziehung zwischen Organisation und Klassenzusammensetzung, siehe Bologna, Sergio „Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Theorie der Partei an den Anfängen der Rätebewegung". In: Bologna, Sergio/Cacciari, Massimo Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse und Organisationsfrage, Merve Verlag 1973
3. Marx an Engels 22. Juni 1867, In: Karl Marx, Friedrich Engels, „Briefe über das Kapital", Berlin 1954, Seite 137
4. In der deutschen Ausgabe findet sich in diesem Abschnitt folgend Fußnote: „"Es ist mit solchen Reflexionsbestimmungen überhaupt ein eigenes Ding. Dieser Mensch ist z.B. nur König, weil sich andre Menschen als Untertanen zu ihm verhalten. Sie glauben umgekehrt Untertagen zu sein, weil er König ist." (MEW 23; 72 FN)
5. Karl Marx, „Das Kapital", Erstausgabe, Neudruck der ersten Ausgabe von 1867, Hamburg 1980 , Seite 22
6. Marx Engels Gesamtausgabe = MEGA II. Abteilung, Band 5, Seite 638
7. Marx Engels Gesamtausgabe = MEGA II. Abteilung, Band 5, Seite 637
8. „Das Kapital", Urausgabe, Neudruck der ersten Ausgabe von 1867, Hamburg 1980 Seite 29
9 „Das Kapital", Urausgabe, Neudruck der ersten Ausgabe von 1867, Hamburg 1980 Seite 30
10. Diese Reziprozität zwischen zwei Waren lässt sich irgendwie mit Hegels bürgerlicher Gesellschaft vergleichen. Aber die Vermittlung der reziproken Beziehung durch ein universelles Äquivalent ist unterschieden von Hegels Konzept. Die Einführung in die syllogistische Vermittlungen der Wissenschaft der Logik durch Marx zeigt die Unterschiede.
11. In seiner Analyse der Produktion und Zirkulation von Waren zeigt Marx, wie der Preis eines Produktes ins Kapital einbezogen wird, selbst wenn es aus einer nicht-kapitalistischen Produktionsweise stammt (MEW 24, S. 113-115) Heute, aus der Perspektive der sozialen Fabrik, in der so genannte nichtkapitalistische Produktionsweisen als Weg verstanden werden, die nicht bezahlte Arbeit zu organisieren, stimmt das umso mehr.

James C. Scott
Seeing like a State –

How Certain Scheme to Improve the Human Conditions Have Failed, New Haven and London: Yale University Press 1998, 16,95 Euro

Durch die Brille des Staates sehen

James C. Scott, Professor an der amerikanischen Eliteuniversität Yale, lädt den Leser zu einem radikalen Perspektivenwechsel ein: Die Gesellschaft aus der Sicht des Staates zu sehen. „Seeing like a state" ist eine Zeitreise durch das 19. und 20. Jahrhundert - mit staatlichen Versuchen, Ökonomie, Natur und das Leben der Menschen zu verbessern und das Scheitern dieser Projekte. Scott wurde in akademischen Kreisen weltweit mit seinen Büchern über alltägliche Widerstandsformen der Bauern in Südostasien bekannt, in denen er zeigte, wie die „Weapons of the weak" (1987) genutzt werden, um die dörfliche „Moral economy" (1977) gegen Staat und Markt zu verteidigen.

Eine zentrale These von „Seeing like a State" ist, dass der Staat die Gesellschaft radikal simplifizieren muss, damit er seine „rationalen" Planungen und Programme überhaupt anwenden kann. Alles muss klassifizierbar, nummerierbar und standardisierbar gemacht werden. Scott beginnt interessanterweise mit der preußischen Forstwirtschaft des 19. Jahrhunderts, die auf der ganzen Welt als Vorbild galt. Um den Wald ökonomisch nach wissenschaftlichen Kriterien nutzen zu können, machten sich die Forstplaner daran, den „Normalbaum" aus der Artenvielfalt und als Abstraktion von der Realität zu schaffen (S.15). Mit Monokulturen und der Ordnung des Waldes durch Schneisen wurde der Wald verwaltbar gemacht. Allerdings führte die „wissenschaftliche" Nutzung zum Artensterben und zu Seuchen in Form von Schädlingen. Der Staat ordnet und simplifiziert aber nicht nur die Natur, sondern auch seine Menschen, die Sprache und die Städte. 1849 wurde den Filipinos vom spanischen Gouverneur befohlen, sich spanische Vornamen zuzulegen. Die Einführung von Vornamen und unterscheidbaren Nachnahmen war in vielen Staaten die Voraussetzung für Besteuerung. Auf den Philippinen ging der Staat bei der Vergebung der Vornamen alphabetisch vor, so begann der Vorname der Bewohner einer Region z.B. mit A und einer anderen mit B (S.69). Für die wissenschaftliche Stadtplanung des 19. Jahrhunderts beschreibt Scott Paris als Beispiel. Der Architekt Haussmann ließ für Louis Napoleon riesige „Schneisen" in die Stadt schlagen, um die Armee bei der Niederschlagung von Aufständen besser einsetzen zu können (S.61). Die mittelalterliche Stadt wirkt mit ihrem Gassengewirr von außen wie das reinste Chaos, ihre Bewohner verstanden ihre Ordnung aber. Die moderne Stadtplanung schlug Linien durch die Städte, um die urbanen Räume ordnen und beherrschen zu können. Auf Grund des zentralistischen Liniensystems des Verkehrs ist es für uns oft viel aufwendiger von A nach B zu kommen, weil die Punkte nicht direkt verbunden sind (S.75).

Nach diesem Exkurs über das 19. Jahrhundert kommt Scott zum *„authoritarian high modernism"* des 20. Jahrhunderts. Nach dem Glauben seiner Vertreter ist die Gesellschaft durch den Staat rational, wissenschaftlich und effizient wie durch einen Ingenieur berechenbar. Um so mehr der Staat die Gesellschaft unterwirft, um so mehr kann sich das wissenschaftliche Management ausdehnen. Lokale Traditionen und Erfahrungen werden als zu überwindende Relikte der Vergangenheit angesehen. Der abstrakte Durchschnittsbürger ist Gegenstand der Planung. Als wichtige Hauptideologen nennt Scott: Die russischen Modernisierungszaren, Taylor, Lenin, Walter Rathenau, den Architekten Le Corbusier sowie den persischen Schah. Staatliche Wirtschaft wurde auch von AEG-Chef Rathenau seit dem 1.Weltkrieg favorisiert, weil erst sie Rationalität ermögliche.

Le Corbusier wurde berühmt für den Entwurf einer Reißbrettstadt für 3 Millionen Einwohner. Seine Ideen wurden beim Bau der Hauptstadt von Brasilen, Brasilia, in die Praxis umgesetzt. Brasilia wurde so gebaut, dass Menschenansammlung und Staus erst gar nicht entstehen sollten. Mit Hilfe der Architektur glaubte man soziale Segregation verhindern zu können. Wie in dem preußischen Wald der „Normalbäume", so wäre auch in Brasilia kein Leben möglich gewesen, wenn nicht an den Rändern ungeplant Brasil entstanden wäre. Das ist eine von Scotts Hauptthesen: Die Reißbrettplanungen der autoritären Modernisten hätten überhaupt nicht funktioniert, wenn nicht durch Widerstand von unten ihre Systeme durch ungeplante Elemente ergänzt worden wären und so das Schlimmste verhindert wurde. Als weiteres Beispiel nennt er die so-

wjetische Kollektivierung von 1929. Rational war sie nur vom Standpunkt des Staates aus, die Verfügungsgewalt über das bäuerliche Mehrprodukt in die Hände zu bekommen (S.209f.). Ansonsten sank die Produktivität und Produktion pro Hektar drastisch ab. Ohne die spontanen Gegenmaßnahmen von unten- Schwarzmarkt und Verteidigung der privaten Parzellen- hätte dieses System die Sowjetunion nicht ernähren können. Ohne den Widerstand der als rückständig angesehenen Bauern hätte die Kollektivwirtschaft nicht überleben können. Zu schlimmen Hungersnöten kam es dann, wenn es den Planern wie in Russland 1929 und in China 1959 zeitweise gelang, diese Überlebensmechanismen der Bauern vollständig zu unterdrücken.

Ein ganzes Kapital widmet Scott den Konzeptionen der revolutionären Partei. Für Lenin sei die Avantgardepartei eine Maschine zur Produktion der Revolution gewesen (S.152), wie für Le Corbusier das Haus eine Maschine zum Leben. Die Massen, laut Scott ein bezeichnender Ausdruck für die Simplifizierung der Gesellschaft, haben die Aufgabe den *blueprint* der Kader umzusetzen. Von sich aus revolutionär werden zu können, sprach Lenin in „Was tun?“ den Arbeitern ab. Spontane Regungen der Arbeiter wurden eher als Gefahr betrachtet, die die Avantgarde möglichst schnell wieder unter Kontrolle bringen muss. Mit dieser modernistischen Wahnidee hätte man laut Scott nie eine Revolution in Russland machen können. Die spontane Revolte der Soldaten und die Agrarrevolution der Bauern sowie die selbstständige Gründung von Räten durch die Arbeiter schwächten das alte Regime so sehr, dass die Bolschewiki einen fast schon leeren Thron übernehmen konnten (S.158). Nach der Übernahme der Staatsmacht sollte die Revolution möglichst schnell im Museum verschwinden und erst in den Lehrbüchern wurde die Revolution unter der straffen Führung der Partei Wirklichkeit. Positiv dagegen setzt Scott die Partei-Theorien von Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai, die verstanden hätten, dass eine Revolution nicht planbar und dirigierbar ist. Spontane Entwicklungen von unten sah Luxemburg als Bereicherung und die Partei eher als Maschine eine kreative und selbstbewusste Arbeiterklasse zu produzieren (S.178).

Des Weiteren beschreibt Scott die Umsiedlung von 5 Millionen Bauern in Tansania der 70er Jahre. Die modernen Dörfer und die Landwirtschaft, die dadurch geschaffen werden sollten, erwiesen sich als totales Desaster. Am Ende des Buches versucht er Lehren aus diesen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zu ziehen. Was die autoritären Modernisten immer ignoriert hätten, wäre das metis. Dieses griechische Wort bedeutet im Deutschen ungefähr listige Intelligenz. Mit metis bezwang Odysseus die Sirenen, in dem er sich an den Mast fesseln ließ und die Ohren der Ruderer mit Wachs verstopfte (S.313). Auf der unteren Ebene der Gesellschaft haben die Akteure praktisches Wissen angesammelt, mit Konflikten, Naturkatastrophen oder überlebensgefährlichen Situationen umzugehen. Ohne dieses Wissen kann keine Gesellschaft funktionieren. Scott nennt den „Dienst nach Vorschrift-Streik“ der Pariser Taxifahrer, der zeige, wenn sie sich an alle Regeln des Staates halten und keine eigenen Überlebensstrategien entwickeln, würde der Verkehr zusammenbrechen. Das erinnert an die alte These der Operaisten, dass ein Fabrikbetrieb als Dienst nach Vorschrift nie funktionieren würde.

Die Vorschläge am Ende des Buches sind etwas wage. Friedrich Hayek, der Apologet des freien Marktes, und der russische Anarchist Peter Kropotkin würden übereinstimmen, dass der Staat nicht der Gesetzgeber für die Zukunft sein kann. Man solle bei der Planung von Gesellschaft kleine Schritte unternehmen und sich vorwärts tasten, die Möglichkeit einer Umkehr mit Bedenken sowie Überraschungen und Initiative von unten miteinplanen (S.345). Ein Oben und Unten von Gesellschaft stellt der Autor nicht in Frage, sondern nur den autoritären Modernismus.

James Scotts Buch ist eine Pflichtlektüre für alle, die die Gesellschaft verändern wollen. Der Autor gehört eher zur staatskritischen Linken und vertritt keinesfalls, der Markt würde schon alles regeln, noch macht er einen Kult um lokale Traditionen oder glorifiziert sie. In den USA gibt es sowohl eine anti-staatliche Rechte als auch Linke. Bei uns gibt es im Grunde beides kaum. Für uns als revolutionäre Linke zeigt „Seeing like a state“, dass eine Revolution nur ein langer Prozess seien kann, der nicht planbar und voraussehbar ist. In ihm kommen die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kräfte und Ideen im Widerstand zusammen. Eine nachkapitalistische Gesellschaft ist nicht mehr als „social engineering“ einer Elite, sondern als Selbstbefreiung der Produzenten vorstellbar. Plan oder Pläne sind in einer solchen Gesellschaft sicher notwendig, aber die Wahnidee auf dem Boden der Wissenschaft könne eine Avantgarde die Gesellschaft wie eine Maschine zum Laufen bringen, in der wir nur die gut geölten Schrauben sind, hat nie funktioniert. Mit Holloway können wir uns vom wissenschaftlichen Sozialismus verabschieden, der eher zu einem Begriff von Technokraten wurde, um anderen Leuten den Mund zu verbieten. Mit Scott landet der „wissenschaftliche“ Reißbrett-Entwurf einer nachkapitalistischen Gesellschaft im Mülleimer.

Paul Pop

+Was sind unsere politischen Forderungen und Ziele?

Gleiches (Arbeits- und Sozial-)Recht für alle: Urlaubsanspruch, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitslosengeld, 13. und 14. Monatsgehalt, Abfertigungsanspruch, Pensionsanspruch, volle Geltung des Arbeits- und Mutterschutzgesetzes;

Ausweitung der geltenden Kollektivverträge auf atypisch Beschäftigte: Branchenähnliche Kollektivverträge und Ist-Lohnerhöhungen sollen auch für freie DienstnehmerInnen, WerkvertragsnehmerInnen und neue Selbständige (Gewerbescheininhaber mit nur einem Auftraggeber) gelten.

Grundsicherung für alle: Teilweise Entkoppelung von Einkommen und Arbeit.

Vertretung durch den Betriebsrat: Dienst- und WerksvertragsnehmerInnen sollen ebenso wir Angestellte die Vertretung durch den Betriebrat in Anspruch nehmen können.

Nationale und Internationale Vernetzung: mit internationalen Gewerkschaften und nationalen/internationalen NGOs

+Was wir euch auf dem Weg dorthin anbieten:

Rechtsberatung: Umfangreiche Information über Steuer- und Sozialversicherungsrecht, aber auch bei der Vertragsgestaltung stehen wir zur Seite, und prüfen gerne jeden "atypischen" Vertrag auf seine Tücken!

Rechtsvertretung: Wir klagen für unsere Mitglieder versteckte Dienstverhältnisse ein. Aber auch bei der Vertretung gegenüber dem Arbeitgeber in Rechtsstreitigkeiten zum Arbeits- und Sozialrecht helfen wir weiter. Ein spezieller Rechtsschutz für privatrechtliche Angelegenheiten steht zur Verfügung.

Verdienstentgangsversicherung: Eine kombinierte Kranken- und Unfallversicherung, damit die soziale Kälte nicht allzu hart zuschlagen kann.

>>> www.gpa.at

+Nähere Informationen und Kontakt:



